

COMPACT



Ausgabe 6/2016 | 4,95 EUR
www.compact-online.de

MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Raus aus der EU!

Für ein Europa
der Vaterländer

Brexit

Der britische Ausweg

Kampf um Wien

Junckers Putschtruppen

VW-Skandal

Eine US-Verschwörung

Genscher

Agenten in der Sauna



Dossier: Die neue Opposition
Querfront – nicht links, nicht rechts

06
4 192153 204957

**Nur Ihr
Abo macht
uns stark!**

Mut zur Wahrheit
COMPACT C

Ehrlicher Journalismus in Zeiten der Lüge.

Die schweigende Mehrheit kann die Verhältnisse zum Tanzen bringen, wenn sie ihre Stimme wiederfindet. COMPACT ist ihr Lautsprecher, weil wir drucken und verbreiten, was andere nicht zu schreiben wagen. Unterstützen Sie uns jetzt mit einem Abo! Als Dankeschön genießen Sie exklusive Vorteile:

COMPACT-Abonnenten

- bekommen das Magazin, bevor es am Kiosk erhältlich ist,
- jeden Monat in einer Versandtasche bequem nach Hause!
- zahlen kein Porto!
- erhalten ein Buch oder eine DVD ihrer Wahl gratis!
- zahlen bei COMPACT-Konferenzen nur den halben Eintrittspreis!
- haben freien Eintritt zu der monatl. Veranstaltungsreihe COMPACT-Live!

www.mut-zum-abo.de



Neuer Erscheinungstermin: Samstag ist der neue Donnerstag!



**Ab 2. Juli am Kiosk:
das nächste COMPACT-Magazin**

**Immer wieder samstags...
kommt die Wahrheit ans Licht.**

Ab sofort gönnst sich COMPACT zwei Tage mehr Zeit für die Redaktion. Statt wie bisher donnerstags erscheint das einzig wahre Monatsmagazin nun immer samstags.

Mut zum Abo zahlt sich aus!

COMPACT-Abonnenten erhalten das aktuelle Magazin 4 bis 5 Tage vor dem offiziellen Erscheinungstermin und genießen weitere exklusive Vorteile (siehe Übersicht links).

Unterstützen Sie uns jetzt:
Bestellen Sie Ihr persönliches COMPACT-Abo per Telefon unter 03327-569 86 11 oder senden Sie uns den ausgefüllten Coupon per Post oder Fax zu.

Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Prämie sichern!

- Ja, ich will COMPACT ab Nr./20..... mit 59,40 EUR (inkl. Versandkosten innerhalb Deutschlands) für 12 Ausgaben abonnieren und meine Wunschprämie kassieren!
- Ja, ich will COMPACT ab Nr./20..... mit 83,40 EUR (inkl. Versandkosten ins Ausland) für 12 Ausgaben abonnieren und meine Wunschprämie kassieren!

Ich freue mich auf meine Abo-Prämie COMPACT-Spezial Nr. 9 «Zensur in der BRD».

Absender / Lieferadresse

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Email _____

Telefon _____

Unterschrift **X** _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich COMPACT-Magazin GmbH widerruflich, den Abo-Betrag umgehend zulasten meines Kontos per Lastschrift einzuziehen.

Bankverbindung

Kontoinhaber _____

Bank _____

IBAN (Kto-Nr.) _____

BIC (Bankleitzahl) _____

Kündigung

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, wenn es nicht bis 14 Tage vor Erscheinen der jeweils letzten Ausgabe gekündigt wurde.

Unterschrift **X** _____

Ausgefüllten Vordruck per Post an:

COMPACT-Magazin GmbH, Am Zernsee 9, 14542 Werder (Havel)

Oder per Fax an:

+49-(0)33 27 / 569 86-17

Abo online holen:

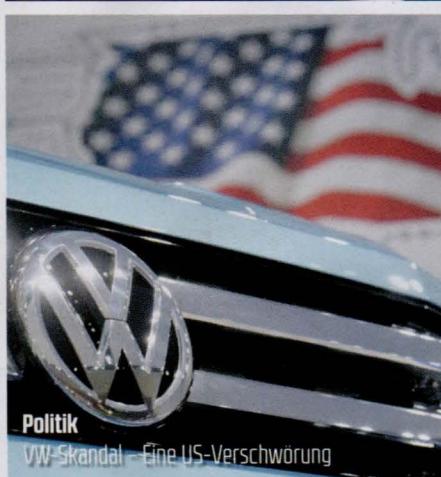
www.mut-zum-abo.de

COMPACT
MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT



Titelthema

Raus aus der EU! – Für ein Europa der Vaterländer



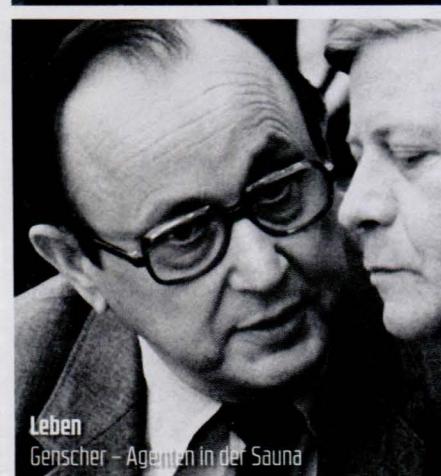
Politik

VW-Skandal – Eine US-Verschwörung



Dossier

Querfront – Die neue Opposition



Leben

Genscher – Agenten in der Sauna

- 05 Editorial
- 06 Leserbriefe
- 07 Foto des Monats
- 08 Zitate des Monats
- 09 COMPACT Intern
- 10 Köpfe des Monats
- 11 Aufschrei des Monats

Titelthema

- 13 Raus aus dem Imperium!
von Jürgen Elsässer
- 17 Junckers Putschtruppen
von Jürgen Elsässer
- 21 Brexit – der britische Ausweg
von John Laughland
- 24 «Die EU ist der Tod der Demokratie»
Interview mit Nigel Farage
- 27 Vereidlung nach Plan
von Tino Perlick

Politik

- 29 Die große Zerstörerin
von Michael Klonovsky
- 32 Verschwörung gegen VW
von Ralf Flierl
- 35 Vater Staat gegen Mutter Natur
Interview mit Prof. Dr. Ulrich Kutschera
- 39 «Die Amerikaner erinnerten mich
an eine Kolonialmacht»
Interview mit Joachim Paul

Dossier

- 42 Aufstand der Mitte
von Jürgen Elsässer
- 44 Die rechte Linke
von Martin Müller-Mertens
- 46 Genossen und Kameraden
von Benedikt Kaiser
- 49 Wanderer und Suchende
Dokumente der Querfront-Debatte

Leben

- 51 Fahrgenuss statt Autofrust
von Marc Dassen

- 54 «Identität ist eine tief
empfundene Wahrheit»
von Sebastian Hennig

- 57 Die Nacht der Monster
von Harald Harzheim

- 60 Agenten in der Sauna
von Helmut Roewer

- 63 Unsere Helden _ Arminius
von Jan von Flocken

- 65 BRD-Sprech _ Breites Bündnis
von Manfred Kleine-Hartlage

- 66 Harzheims Klassiker _ L'Atalante
von Harald Harzheim

COMPACT Impressum ©

Herausgeber & Verlag

COMPACT-Magazin GmbH

Geschäftsführer Kai Homilius

Am Zernsee 9, 14542 Werder (Havel)

E-Mail verlag@compact-magazin.com

Website www.compact-online.de

Vertrieb, Bestellungen, Abo-Betreuung

Fon 03327-5698611

Fax 03327-5698617

E-Mail vertrieb@compact-magazin.com

Bankverbindung COMPACT-Magazin GmbH

Mittelbrandenburgische Sparkasse

BIC: WELADED1PMB

IBAN: DE74 1605 0000 1000 9090 49

Redaktion

E-Mail redaktion@compact-magazin.com

Chefredakteur Jürgen Elsässer (V.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst Martin Müller-Mertens

Cover/Layout/Bild Steffen Jordan

Fotoquelle Cover Knut Wiarda – Fotolia

COMPACT-Online Arne Fischer

E-Mail fischer@compact-magazin.com

Anzeigenakquise

E-Mail anzeigen@compact-magazin.com

Printed in Germany

Druckauflage dieser Ausgabe

80.000 Exemplare

Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe

Samstag, den 02.07.2016



Redaktionsschluss
11. Mai 2016

Brief an die Putzfrau der SPD

Liebe Susanne Neumann,

vermutlich sind Sie das derzeit beliebteste SPD-Mitglied in Deutschland. Sie sind der Star der Parteibasis, seit Sie mit Sigmar Gabriel Anfang Mai Tacheles geredet haben. Das Video stürmt die *Youtube-Charts*, und auch ich bin begeistert. Dabei sollten Sie mal lesen, was ich schon alles Böses über die Sozis geschrieben habe! Aber wenn Sie den Laden übernähmen, würde ich Buße tun.

Was ich nicht in Ordnung finde: Dass Sie sich als Reinigungskraft bezeichnen lassen. Mut zur Wahrheit: Sie sind eine Putzfrau. Dazu können Sie stehen, und darauf können Sie stolz sein. Ohne Leute, die auch den Dreck wegmachen, könnten die ganzen Herren in Nadelstreifen nämlich einpacken. Frauen wie Sie waren es, die nach dem Krieg den Schutt weggeräumt und unser Land wieder hochgebracht haben, das war Euer Wirtschaftswunder. Also lasst Euch nicht mit schönen Berufsbezeichnungen abspeisen, die die harte Realität vernebeln sollen und Euch keinen Cent mehr Lohn, keinen Tag mehr Urlaub einbringen. Am Anfang des Niedergangs der Sozialdemokratie stand vermutlich genau dieser Neusperek: Als die Genossen sich die Realität schönzureden begannen, indem sie vermeintlich böse Worte wie Putzfrau, Gastarbeiter, Zigeunerschnitzel oder Neger ausmerzten.

Ich weiß nicht, was sich Gabriel gedacht hat, als er sich mit Ihnen aufs Podium setzte. Anstatt einen der geschniegelten Funktionäre oder eine vegane Quotenfrau mit Hosenanzug zu nehmen, gab er Ihnen den Vorzug, die sich – wie ich – offensichtlich von Zigaretten und Pommes ernährt. Vielleicht wollte er, nachdem ihm seine ganzen Höflinge vornerum ins Gesicht lachen und hintenrum an seinem Stuhl sägen, endlich mal mit jemandem reden, der ehrlich zu ihm ist. Und als er Sie fragte: «Was soll ich denn machen?», schien er mir wirklich interessiert zu sein. Kein Wunder: Die SPD liegt bei unter 20 Prozent, und ihre ruhmreiche Bruderpartei in Österreich erhielt bei den Präsidentschaftswahlen im April sogar nur noch zehn. Vor der Nacht der langen Messer, die ihm droht, hat er ihren Rat gesucht – den Rat einer einfachen Arbeiterin, so wie auch seine Mutter eine war.

Und so, wie die dem kleinen Siggi einst die Leviten gelesen hat, haben Sie es jetzt auch gemacht. Glauben Sie, die Botschaft ist angekommen? Ich jedenfalls kämpfte mit Tränen der Wut, als Sie davon sprachen, dass alle Ihre Kollegen vor der Altersarmut stehen und Sie – nachdem Sie ein Leben lang gerackert haben, dem Staat nie auf der Tasche lagen und jetzt mit dem Krebs kämpfen – gerade mit 735 Euro Rente rechnen



Chefredakteur Jürgen Elsässer.

Foto: Jörg Gründler

dürfen; dass keiner mehr in Ihrer Branche einen unbefristeten Arbeitsvertrag bekommt und man als Teilzeitjobber in diesem Land auch keine Wohnung mieten kann. «Warum soll ich eine Partei wählen, die mir das eingebrockt hat?», platzte es da aus Ihnen heraus. Das ist die Frage, die Millionen früherer Schmidt- und Schröder-Wähler umtreibt.

Gabriel hat dann einen bemerkenswerten Satz gesagt: «Die Sozialdemokratie darf den Gerechtigkeitsbegriff nicht auf die eigene Gesellschaft verengen.» Sie wissen so gut wie ich, wozu diese Einstellung geführt hat: Dass Deutschland zum Sozialamt für die ganze Welt geworden ist. Die Rente ist nicht mehr sicher und die Beiträge zur Krankenversicherung steigen, weil Millionen Zuwanderer wie selbstverständlich die gleichen Leistungen in Anspruch nehmen wie die Deutschen, die 40 Jahre malocht und eingezahlt haben. Eine Arbeiterpartei, die ihren Namen verdient, darf nicht in den Ruf der Großkapitalisten einstimmen, die – aus reinem Profitinteresse – Billiglöhner importieren und dann von Humanität schwafeln. Anders gesagt: Die SPD muss tatsächlich ihren Gerechtigkeitsbegriff verengen – auf Menschen wie Sie nämlich. Sie, liebe Frau Neumann, sind der Maßstab – eine deutsche Putzfrau aus Gelsenkirchen. Wissen Sie das?

J. Elsässer



Leserbriefe schicken Sie bitte an: leserbrief@compact-magazin.com

Gut, dass an *Charlie Hebdo* erinnert wird. Und gut, dass einige langsam genervt sind, was so manche Satire auslöst. Es ist eine uralte Technik der Herrschenden, die Massen zu trennen und gegeneinander aufzustacheln. Dass darüber keiner nachdenkt!?

Michael, Website-Kommentar

Nahezu 100 Prozent Zustimmung von meiner Seite! Alles richtig analysiert und kommentiert, auch der Hinweis auf *Charlie Hebdo* ist (fast) vollkommen korrekt: Diese atheistischen Mainstreamer in Paris haben ihre Hasspredigten nicht nur gegen Jesus und die katholische Kirche geschleudert, sondern mindestens ebenso dreist und geschmacklos auch gegen den Islam und dessen Propheten. Für mich ist der Islam kein Hassobjekt.

Michael_b, Website-Kommentar

Das war wirklich ein hervorragender Artikel von Elsässer, zu dem man nur gratulieren kann. Beziüglich der Strafanzeige Erdogans gegen den Schmierfinken habe ich gemischte Gefühle. Einerseits sehe ich nicht ein, warum sich der Dreckspatz jede beliebige Schweinerei erlauben können soll; andererseits geht es natürlich nicht an, dass sich Deutschland nun auch noch türkischem Druck beugt. Man hat in Washington, Brüssel und Tel Aviv schon drei Gouvernante und benötigt keine vierte in Ankara.

Jürgen G., Kommentar auf YouTube



Zum Titelthema Christenverfolgung

Eure Positionen sind viel zu defensiv. Das mag aus strategischen Gründen der Blattlinie geschuldet sein – wird aber bald von der Realität eingeholt und überholt werden. Denn die gegenwärtige Situation ist in der Realität nicht von einer statischen Ethik bestimmt, sondern von einer dynamischen Eroberung. Aber Ihr seid trotzdem gut – Ihr seid Toröffner für die Freiheit der Völker, die sich als existentieller Faktor der Geschichte so ihren Raum schafft!

Peter Paninovor, Website-Kommentar

Mit den Themen Islamofaschismus und der Entwicklung von Protestparteien habt Ihr es wieder verstanden, besonders wichtige Themenkomplexe aufzugreifen. COMPACT entwickelt sich immer mehr zum führenden Oppositionsmedium, dem es gelingt, den entsetzlichen Einheitsbrei der Mainstream-Medien zu durchbrechen.

MixedChannel222, Website-Kommentar

Der Islam kommt nicht von alleine hierher, ihn drückt jemand absichtlich nach Europa. Im Nahen Osten wird er radikal vernichtet (durch Sekten, die Moscheen sprengen), und den Menschen bleibt nichts übrig, als zu fliehen. Wer hat sich so gefreut, als Gaddafi gestürzt wurde? War das nicht die jetzige Kandidatin für die US-Präsidentschaft? Der Nahe Osten destabilisiert sich nicht von allein, sondern man stimuliert dies von außen. Und am Ende muss es wieder unser Eurasischer Kontinent ausbaden.

+schnauze, Website-Kommentar

Ich teile Pirinçcis Polemik gegen Navid Kermani nicht. Dass Kermani Anstoß nimmt am Bild eines leidenden und sterbenden Gottes, empfinde ich als «Wohltat». Hier liegt eine wesentliche Differenz zwischen dem Gottesbild des Christentums und des Islams. Dass er das Kreuz als verstörend empfindet, hat er vielen Christen voraus, denen das Kreuz zu einem kulturellen Symbol verblasst ist. In einem anderen Punkt gebe ich Pirinçci jedoch Recht: Die Islamophilie deutscher Feuilletons und weiter Teile der deutschen Öffentlichkeit ist peinlich. Sie zeugt von gravierender Unkenntnis und der Weigerung, die tatsächlichen Probleme beim Namen zu nennen.

Eckhard Scheider, Website-Kommentar

Nicht ein arabischer Staatsbediensteter hat Europa oder die USA angegriffen, trotzdem sind unzählige westliche Militärbasen in deren Ländern, zerstören seit Jahrzehnten Infrastrukturen, Krankenhäuser, Schulen. Im Irak haben die Amis Uran-Geschosse benutzt und weite Teile verstrahlt. Die NATO führt ganz Europa in mehrere Kriege. Seit dem Jahr 1801 wurden arabische Länder über 36 Mal angegriffen. Und Ihr kommt mit einem Artikel, wie gefährlich der Islam sein soll??? Unfassbar so was!

Ilter Saka, Facebook-Kommentar



Zu «BRD-Sprech»

Ganz großes Kompliment an Manfred Klenne-Hartlage für seine erhellenden Gedanken zum Thema Politikerfloskeln und Phrasen-Nebelkerzen. Dank BRD-Sprech freue ich mich schon auf die Juni-Ausgabe. Noch genialer wäre COMPACT, wenn Ihr am Ende noch eine Seite Humoriges einbautet. Weiterhin alles Gute, Glück auf! Mich habt Ihr als Abonnenten gewonnen.

Michael Schmitt, per E-Mail

Zu COMPACT allgemein

Glückwunsch, Herr Elsässer, zu dem gelungenen Einstieg. Sie haben mir «voll aus der Seele» geschrieben. Ich bin nun schon eine Zeit Abonnent dieser Zeitung und habe es bisher nicht bereut. Dank an das Team. Weiter so und viel Durchhaltekraft. Hans-Joachim D., per E-Mail

Wieder ein super Heft! Eine Unzahl verschiedener und so wichtiger Themen wird uns in Zukunft noch beschäftigen!

Lohe der Freiheit, Website-Kommentar

Liebe «Compacten», es ist äußerst frustrierend, das Magazin gekauft zu haben und dann, quasi wie auf Entzug, gegebenenfalls 31 Tage warten zu müssen! Nehmt dies bitte als Kompliment und macht Euch bitte Gedanken über einen eigenen Sender oder eine Tageszeitung; nichts auf dieser Welt ist jetzt so wichtig wie die Wahrheit! Marius Kolkhorst, Website-Kommentar



Zum Editorial über Böhmermann

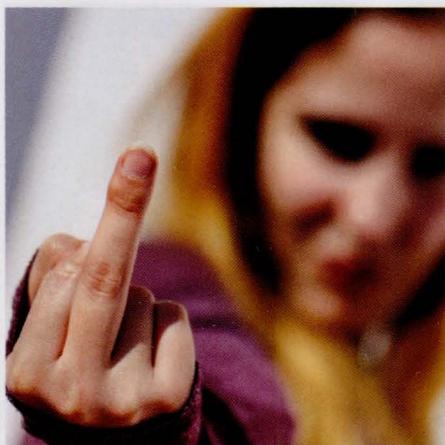
Ich habe gestern mit Freude das neue COMPACT-Magazin aus dem Briefkasten geangelt und mir gleich das Editorial vorgenommen. Jeder Satz spricht mir aus der Seele. Vor allem der Grundtenor, dass sowohl der Angreifer als auch der Angegriffene im Grunde «Arschgeigen» sind. Mögen die Despoten der Welt all das verkörpern, was Despoten eben ausmacht, punktuell aber sind sie immerhin Patrioten, verteidigen die nationale Souveränität und vertreten ihr Volk.

Katzenvater, Website-Kommentar



Gemeinsam kämpfen – gemeinsam feiern. Mit einem musikalischen «Gebet für Palmyra» spielte das Orchester des Sankt Petersburger Mariinski-Theaters unter Leitung von Waleri Gergijew am 5. Mai zur Befreiung der syrischen Antikenstadt vom Islamischen Staat auf. Ein Jahr zuvor waren die Kopf-ab-Milizen in das Unesco-Kulturerbe einmarschiert und hatten rund 20 Prozent der etwa 2.000 Jahre alten Ruinen zerstört. Erst mit Unterstützung durch russische Luftangriffe konnte Syriens Armee das Gebiet im März zurückerobern. Zähneknirschend zeigten sich sogar die USA mit dem Vormarsch der Regierungstruppen einverstanden. Der Sieg sei «eine gute Sache», verlautbarte das State Department.

Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com



«Fuck the EU!» Foto: Alonso Aguilar/Thinkstock

Raus aus der EU

«Jeder dritte Deutsche ist für einen EU-Austritt (...) In Frankreich will sogar fast jeder Zweite die Staatengemeinschaft verlassen. (...) Das ergab eine Umfrage des renommierten britischen Meinungsforschungsinstitutes Ipsos Mori.» (Welt Online, 9.5.2016)

«Wir sollten bitte nicht vergessen, dieses ganze Projekt europäische Einheit ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es geht immer dabei [darum], Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für andere. (...) Wenn irgendjemand glaubt, (...) dass das 65 Jahre nach Kriegsende keine Rolle mehr spielt, dann sind Sie vollkommen schief gewickelt. Ich kann Ihnen nach zehn Jahren Brüssel sagen, das spielt jeden Tag noch eine Rolle.» (Günter Verheugen, SPD, EU-Kommissar 1999 bis 2010, Maybrit Illner, 9.12.2010)

Oschihad-Export

«Während Angela Merkel die Türkei besucht, entbrennt in Deutschland eine Debatte um die Ditib – die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. kontrolliert rund 900 Moscheen in Deutschland. Die türkische Religionsbehörde sagt auf Anfrage, sie habe derzeit rund 970 Imame nach Deutschland entsandt, für je fünf Jahre.» (Welt am Sonntag, 24.4.2016)

Kindsraub

«Streit mit homophober Leihmutter: Schwules Paar darf Baby behalten // Zwei Männer haben den Sorgerechtsstreit gegen eine thailändische Leihmutter gewonnen. Die Frau hatte sich geweigert, das Kind an den US-Amerikaner und seinen spanischen Partner abzugeben.» (Spiegel Online, 26.4.2016)

Zinsraub

«Die Sparkassen schließen Strafzinsen für normale Sparer auf lange Sicht nicht mehr aus. (...) Wenn die aktuelle Niedrigzinsphase (...) lange andauere, würden die Sparkassen die Kunden nicht davor bewahren können.» (Stern Online, 27.4.2016)

Scharia-Bussi

«Im Asylheim // Ehefrau musste Vergewaltiger die Füße küssen // Ein Mann (35) misshandelt und vergewaltigt seine junge bildschöne Ehefrau (23). Drückt ihr Mund und Nase zu, bis sie beinah erstickt. Nur: Dass er dafür auf die Anklagebank muss, versteht er nicht. Der gläubige Muslim hält sich nach islamischem Recht für unschuldig.» (Bild Online, 27.4.2016)

Gender-Einschulung

«In der britischen Gemeinde Brighton und Hove City wurden Eltern von den zuständigen Stadträten angeschrieben und gebeten, ihren stellenweise noch vierjährigen Kindern bei der Auswahl des «bevorzugten Geschlechts» im Zuge der bevorstehenden Einschulung zu helfen.» (metropolitico.org, 27.4.2016)

Viele Fäuste, kein Halleluja

«In der Verfassungskommission im Parlament der Türkei haben sich wie schon in der vergangenen Woche Politiker geprügelt. Parlamentarier der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP und der prokurdischen HDP seien mit Fäusten aufeinander losgegangen (...).» (Spiegel Online, 2.5.2016)

Die Vorstellung des FAZ-Magazins (links) wurde von Unbekannten mit der Realität konfrontiert. Foto: Twitter



Merkelokratie

«Nach der Veröffentlichung geheimer TTIP-Dokumente will Angela Merkel das Abkommen rasch unter Dach und Fach bringen. Dies sei einhellige Meinung der gesamten Regierung.» (Spiegel Online, 2.5.2016)

Pisa-Deutsche

«Lehrer sollen weniger Fachwörter benutzen – Migranten zuliebe (...) Vor allem sollen Migranten zum Deutschsprechen animiert werden – auch durch eine vereinfachte Sprache im Unterricht.» (Welt Online, 3.5.2016)

Satansgesetz

«Das Grundgesetz schützt alle Handlungen, die von der eigenen Religion (Weltanschauung, Gewissen) verlangt werden. Das kann auch ein Satanskult sein, darunter kann auch der Genuss von Rauschgift fallen.» (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.5.2016)

Bereicherung

«Wenn die Integration von einer Million als Asylbewerber zugewanderten Menschen in den Arbeitsmarkt schlecht läuft, kommen auf den deutschen Staat über die Jahrzehnte Netzkosten von bis zu 400 Milliarden Euro zu.» (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.5.2016)

AfD-Exorzismus

«Wer die AfD unterstützt, paktiert mit dem rechten Teufel.» (Die Juso-Vorsitzende Johanna Uekermann, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.5.2016)





Unübersehbar: COMPACT am Kiosk. Foto: COMPACT

COMPACT im Abo

Für zehntausende COMPACT-Leser ist der Kiosk die wichtigste Versorgungsstation fürs Gehirn: Dort ist das Magazin für Souveränität immer häufiger prominent platziert. Die ersten Artikel verschlingen manche Leser bereits in der Schlange vor der Ladenkasse.

Wichtig ist die wachsende Kioskpräsenz für COMPACT vor allem, um neue Leser zu erreichen. Oft ist der erste Kontakt mit unserem Magazin der ungläubige, dann erfreute Blick auf eine unserer schicken Titelseiten im Zeitschriftenregal. Zudem will und muss COMPACT auch über den Kreis seiner Leser hinaus in der Öffentlichkeit sichtbar sein. Auch das ist ein Teil des Mutes zur Wahrheit.

Leider können es manche Feinde von Meinungs- und Pressefreiheit nicht ertragen, wenn neben der Lügenpresse auch COMPACT ausliegt. Gerade in jüngster Zeit häufen sich daher faschistoider Versuche etwa der Antifa, Ladenbesitzer einzuschüchtern – vor Kurzem nahm deshalb ein Edeka-Markt in Hamburg unser Magazin aus seinem Regal. Doch das blieb gottlob ein hanseatischer Sonderfall.

Wer COMPACT also garantiert jeden Monat erhalten will, kommt an einem Abonnement kaum vorbei. Dann flattert unser unabhängiger Journalismus nicht nur bequem ins Haus. Neuabonnenten erhalten zudem eine von vielen attraktiven Prämien, freien Eintritt bei COMPACT-Live-Veranstaltungen sowie das Ticket für unsere Konferenzen zum halben Preis. Abonnieren können Sie uns entweder online über abo.compact-shop.de, telefonisch unter 03327/56986-11 oder per Fax 03327/56986-17. ■



Unbelehrbar: Die Halluzinationen von Bildblog.
Foto: COMPACT

COMPACT im Zerrbild

Seit Anfang März wird COMPACT-Magazin vom *Bildblog* mit flapsigen Heftkritiken bedacht. Konnte das Netzportal bisher oft mit gelungenen Analysen der Massenmedien überzeugen, finden sich zu COMPACT leider nur verbissene Stänkerien. Den ermüdenden Pauschalvorwurf, das Magazin sei eine «publizistische Plattform für diverse Verschwörungstheorien und allerlei ausländerfeindliches Geraune», kennt man ja zur Genüge.

Nach Einschätzung des *Bildblog*-Autoren Benedikt Frank – Gelegenheitsschreiber mit Fachgebiet «Film, Fernsehen, Digitales und Videospiele» – ist Chefredakteur Jürgen Elsässer den erotischen Reizen der AfD-Frontfrau Frauke Petry verfallen und zitiere im Übrigen zu viel aus der ansonsten von ihm verdamten Lügenpresse. Diese Vorwürfe sind durchaus amüsant: Offensichtlich lässt man mangels Beweisen mittlerweile die Rechts-Vorwürfe gegen COMPACT stecken und zahlt uns nur noch mit kleiner journalistischer Münze heim. Warum sollte es ein Widerspruch sein, dass wir die Monopolmedien im Allgemeinen verachten – aber dennoch im Konkreten nach den Perlen suchen, die in diesem Misthaufen versteckt sind?

Ansonsten beschränkt sich Franks Schmähung auf allerlei Haarspaltereien – das nehmen wir sportlich. Eine Verschwörungstheorie aber hätten wir noch: Ob es Zufall ist, dass der *Bildblog* just in dem Moment gegen uns zu schießen begann, nachdem wir seinen Herausgeber Stefan Niggemeier in der Januarausgabe von COMPACT als einen der Einpeitscher gegen Xavier Naidoo vorgeführt hatten? ■



Unbestechlich: Gerhard Wisnewski bei COMPACT-Live.
Foto: COMPACT

COMPACT in Bayern

Erstmals präsentierte sich COMPACT-Live im April in Bayern. In unmittelbarer Nähe Münchens luden wir zu einer Diskussionsrunde über Deutschland im Griff der Lügenpresse mit dem Investigativjournalisten und Publizisten Gerhard Wisnewski. Der 56-Jährige war nach jahrelanger Arbeit bei Mainstream-Medien von diesen kaltgestellt worden. Ende vergangenen Jahres zog auch der Knaur-Verlag, wo seit 2006 Wisnewskis Jahrbuch *verheimlicht, vertuscht, vergessen* erschien, die Reißleine.

Ein weitere Premiere: Der neue COMPACT-Redakteur Tino Perlick bestand dabei seine Feuertaufe vor Publikum und stellte den etwa 60 Zuschauern unsere Sonderausgabe COMPACT-Spezial Zensur in der BRD vor, in der auch der Fall Wisnewski behandelt wird. Eine Aufzeichnung der spannenden Veranstaltung finden Sie unter youtube.de/compacttv.

Mit dabei war auch ein Reporter des *Bayrischen Rundfunks*. Auf BR-Online strickte er tags darauf eine regelrechte Verschwörungstheorie. Kostprobe: «Der Tagungsort wurde erst einen Tag vorher bekannt gegeben. Der Verweis auf die Veranstaltungsstörungen zu Zeiten der Weimarer Republik liefert den Grund – und die Konspiration ist Teil der Inszenierung. (...) Doch das unausgesprochene Motto heißt: Wir Opfer gegen den Rest der Welt.» Tatsächlich gibt es COMPACT regelmäßig zum Anfassen – von Konspiration also keine Spur. Das nächste Mal am 22. Juni in Altenburg/Thüringen unter dem Arbeitstitel: «Grenzen dicht! Für ein Europa der Vaterländer!», unter anderem mit Jürgen Elsässer. (19:00 Uhr, im Kulturhaus Kosma, Eintritt frei!) ■

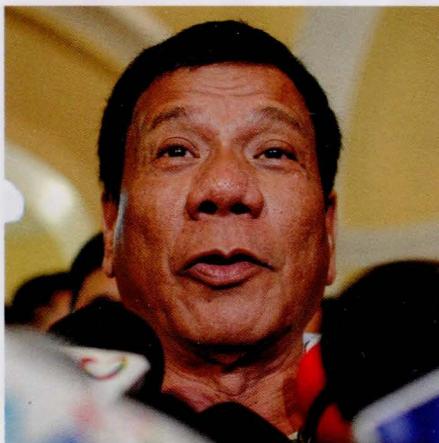


Foto: Lyn Rillon/AFP

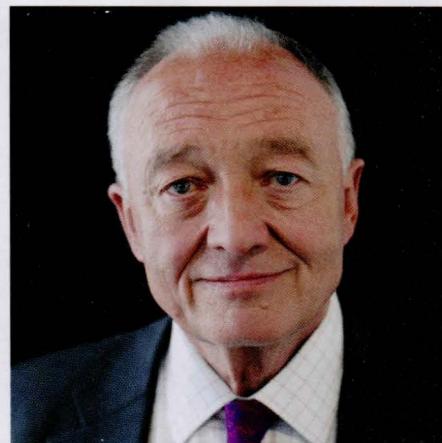


Foto: Getty Images/Oli Scarff

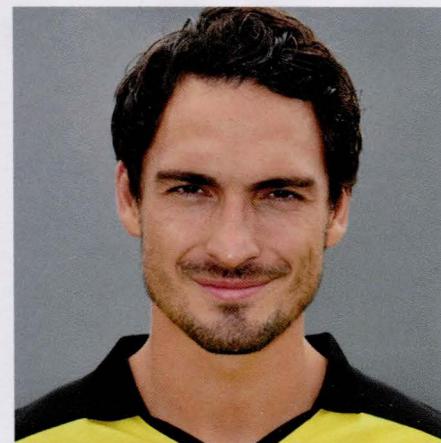


Foto: kicker.de

Aufsteiger des Monats



Rodrigo Duterte

Die Wahllokale waren kaum geschlossen, da ließen sich die ersten sogenannten Menschenrechtsorganisationen bereits warm. «Wir werden sofort reagieren, wenn es erforderlich ist», drohten die US-Amerikaner von Human Rights Watch nach dem Sieg Rodrigo Dutertes im Rennen um die Präsidentschaft der Philippinen. Das Ateneo Human Rights Center in der Hauptstadt Manila liebäugelt bereits mit einem Amtsenthebungsverfahren. Westlichen Medien gilt der Machtantritt des 71-Jährigen bereits als Rückkehr der Diktatur in den Inselstaat mit seinen 100 Millionen Einwohnern.

Tatsächlich hat Duterte zum Teil mit derben Sprüchen für Furore gesorgt. Zeitweise setzte bei dem Langzeitbürgermeister der Millionenstadt Davao City auch das Hirn aus – so bedauerte er, an der Massenvergewaltigung einer Australierin nicht teilgenommen zu haben. Doch gefährlich für den Westen ist der neue Staatschef durch seinen dezidiert USA-kritischen Kurs im geostrategisch wichtigen Pazifik. Im Streit zwischen Washington und Peking um die Vorherrschaft im südchinesischen Meer lehnte er jüngst ein Treffen mit dem US-Botschafter in Manila ab und konferierte stattdessen mit dem Generalkonsul der Volksrepublik.

Zeitweise drohte er den USA und Australien mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. «Der Wechsel wird nicht schnell passieren», kommentierte ein Diplomat der südostasiatischen Staatenorganisation ASEAN eine mögliche Bündnisrochade der Philippinen. Nicht schnell? Nächstes Jahr würde reichen! (km) ■

Absteiger des Monats



Ken Livingstone

Er war das schillernde linke Aushängeschild der britischen Labour Party. Doch Ende April wurde der 70-Jährige aus der Partei ausgeschlossen. Der als «roter Ken» bekannt gewordene einstige Londoner Bürgermeister (2000–2008) fiel dabei einer Säuberungsaktion zum Opfer, in der Dutzenden Mitgliedern wegen Antisemitismusverdachts die Tür gewiesen wurde. Zugleich setzte Parteichef Jeremy Corbyn zwei Untersuchungsausschüsse zum Thema ein – Kritiker behaupten, weil er sich nach früheren Hamas-Kontakten nunmehr als geläutert empfehlen wolle.

Begonnen hatte die Affäre mit einem *Facebook*-Post der aus Pakistan stammenden Unterhausabgeordneten Naz Shah. Diese hatte die Umsiedlung der israelischen Juden in die USA gefordert. Livingstone bezeichnete den Kommentar zwar als «völlig übertrieben» und zudem «rüpelhaft», jedoch nicht als antisemitisch; zudem kritisierte er eine «fein abgestimmte Kampagne der Israel-Lobby, die jeden als antisemitisch verleumdet, der die israelische Politik kritisiert».

Den Altsozialisten wird die Distanzeritis seiner Ex-Genossen wohl kaum aus der Ruhe bringen. Schon im Jahre 2000 hatte er erstmals vorübergehend seine Mitgliedschaft verloren, als er sich gegen den Willen von Tony Blair als Unabhängiger um den Londoner Bürgermeisterposten bewarb. 2004 nahm Labour ihn wieder auf. 2006 empfing er Venezuelas Staatschef Hugo Chavez und war nach dem Ende seiner Amtszeit zeitweise für den iranischen Fernsehsender *Press TV* tätig. (fb) ■

Was macht eigentlich



Mats Hummels

München hat wieder mal eingekauft. Der Rekordmeister holt Innenverteidiger und Eingengewächs Mats Hummels zurück in die Allianz Arena. In den letzten acht Jahren hat der heute 27-Jährige für den Ligakonkurrenten Borussia Dortmund die Töppen geschnürt. Nun lässt sich der BVB den Weggang des Stars vergolden: Zwischen 35 und 40 Millionen Euro soll die Ablöse betragen – mit weniger, so BVB-Boss Hans-Joachim Watzke, hätte man sich nicht zufrieden gegeben.

Aus Dortmund zogen in den letzten Jahren mit Mario Götze und Robert Lewandowski bereits zwei Identifikationsfiguren an die Isar. Geld schießt nun mal Tore. Vor allem den BVB-Fans geht die regelmäßige Shopping-tour der Bayern auf die Nerven. Er hoffe, dass Hummels «während seiner letzten Wochen in Schwarzgelb jene Anerkennung erfährt, die er verdient», bat Watzke vorsorglich um Zurückhaltung auf den Tribünen. Zumal Gerüchte kursierten, Hummels selbst sei auf den Wechsel gar nicht unbedingt scharf gewesen.

In jedem Fall hat sich Bayern erneut einen echten Vollblutfußballer gesichert. Das runde Leder gehört bei den Hummels zur DNA. Vater Hermann lief 1982/83 für den Zweitligisten Schloss Neuhaus, einem Vorläufer des SC Paderborn, auf. Bruder Jonas spielt mit Unterhaching in der Regionalliga. Aber Mats stellt sie alle in den Schatten: Zwei Meisterschaften und – Stand Mai – einen Pokalgewinn holte er mit dem BVB und krönte seine Karriere bereits 2014 mit einem WM-Sieg. Aber da ist sicher noch mehr drin. (mmm) ■

«Aufgewachte Kollegen müssen sich vernetzen»

von Klaus Briegleb

Ein Polizist schreibt an COMPACT und berichtet über den ungeheuren Stress infolge der Asylantenkriminalität – und den politischen Druck der Vorgesetzten auf Kritiker in den eigenen Reihen.

Sehr geehrtes COMPACT-Team, zuallererst möchte ich mein aufrichtiges Lob für Ihr informatives Magazin aussprechen. Seit nunmehr eineinhalb Jahren bin ich treuer Leser der monatlichen Ausgabe als auch sämtlicher Sonderausgaben. (...)

Nun möchte ich zu meinem eigentlichen Anliegen kommen und meinen Unmut als Bürger dieses Landes in der Eigenschaft eines Polizisten in Nordrhein-Westfalen kundtun: Seit Sommer des Jahres 2015 ist das Einsatzaufkommen in meiner Behörde enorm gestiegen. Da mir keine konkreten Zahlen vorliegen, kann ich hier nur subjektiv von etwa 15 bis 20 Prozent Mehrarbeit ausgehen. (...) Ursächlich für diese Mehrarbeit ist zum einen der permanente Personalmangel und ständige Kräfteabbau bei der Polizei – und Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und sonstige Einsätze, die nun vermehrt auf unsere reichlich zugezogenen «Flüchtlinge» aus Nordafrika und dem Nahen Osten zurückzuführen sind. (...) In unmittelbarer Umgebung von sogenannten «Flüchtlingsunterkünften» werden erhöhte Einbruchs- und Diebstahlszahlen verzeichnet. Teils wird sogar das Personal des Einzelhandels angegangen und bedroht. Die typische ISIS-Kopf-ab-Geste scheint dabei äußerst beliebt zu sein. Zudem kommt es innerhalb der Unterkünfte unter den Bewohnern immer wieder zu Streitigkeiten und körperlichen Auseinandersetzungen, teils mit Hieb- und Stichwaffen. (...)

Gesprächen aus den oberen Reihen der Polizeiführung ist zu entnehmen, dass demnächst die Beamten des Streifendienstes mit effektiveren Maschinengewehren

tolen und besseren Überziehschutzwesten mit höherer Schutzklasse, die vor Beschuss aus automatischen Waffen schützen sollen, ausgerüstet werden. Weiter gibt es Überlegungen zur Anschaffung von ballistischen Helmen und durchschlagskräftigerer Munition mit effektiveren Dienstwaffen. (...)

Falscher Fokus auf rechte Gewalt

Völlig gegensätzlich zu dieser Problematik wird, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, von Politik, Gutmenschen und dem Mainstream gemeinsam in das große Horn geblasen und auf Probleme von «rechts» aufmerksam gemacht. Anhand meiner mehrjährigen, teils deutschlandweiten Einsatzerfahrung (unter anderem 1. Mai-Krawalle in Berlin, Rechts-Links-Großdemos) kann ich kein – nicht zu bewältigendes – Problem mit Rechtsextremismus ableiten. (...) Wenn dem so wäre, hätten wir schon längst Bilder wie 1992 in Rostock-Lichtenhagen und 1993 in Solingen zu sehen bekommen. (...) Stattdessen versuchen Linke, Linksgrüne, ja selbst Ausländer mit Hakenkreuz-Schmierereien die Aufmerksamkeit auf den rechten Sektor zu lenken. Nur ein Bruchteil der vermehrten Brandanschläge auf Asylunterkünfte kann einer rechten Gesinnung zugeordnet werden. Hauptsächlich werden diese durch die Bewohner selbst verursacht. (...)

Politisch nicht korrekte Aussagen führen oft zu gravierenden Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Beendigung der Karriere. Wie schnell so etwas gehen kann, konnte man am Beispiel des Kollegen aus Sachsen-Anhalt sehen, der Anfang dieses Jahres wegen eines Facebook-Eintrages bezüglich der Nichtahndung der von Ausländern begangenen Straftaten suspendiert wurde. Oder der Fall der Kollegen aus Jena im März dieses Jahres, welche die Märzausgabe der COMPACT hinter die Windschutzscheibe ihres Einsatzwagens legten und daraufhin zwangsversetzt wurden. (...)

Wer, wenn nicht die Polizeibehörden und/oder die Bundeswehr, haben die Möglichkeit, dem Schrecken ein Ende zu bereiten? Aufgewachte Kollegen der Polizei und Kameraden der Bundeswehr müssen sich vernetzen und austauschen, um koordiniert und geplant (...) handeln zu können! ■

Zu dieser Rubrik



In der Rubrik «Aufschrei des Monats» sollen künftig Bürger zu Wort kommen, die aus persönlicher (!) Erfahrung über Missstände in unserem Land berichten können. Wir bitten um Zusendung solcher Texte – und gleichzeitig um Verständnis, dass wir nicht alle abdrucken können.

Foto: ArtFamily/Fotolia

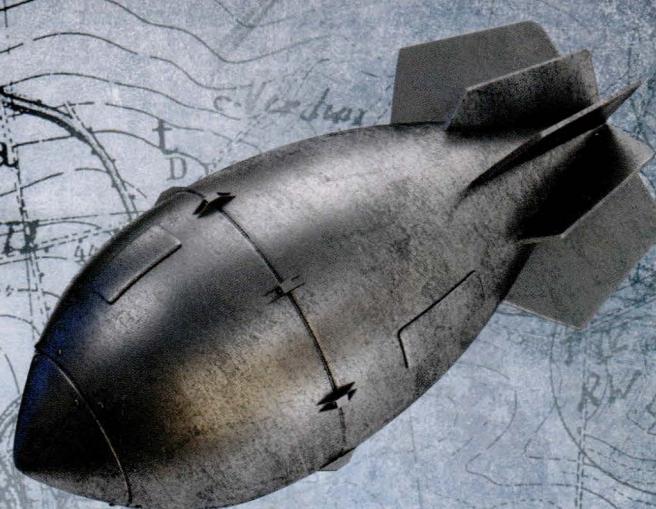
Nur ein Bruchteil der Brandanschläge auf Asylunterkünfte kann einer rechten Gesinnung zugeordnet werden.

Prügelknabe Polizei – hier im Einsatz bei der fast immer gewalttamen 1. Mai-Demo in Berlin-Kreuzberg. Foto: picture alliance/ZUMAPRESS.com

Klaus Briegleb ist ein Pseudonym. Der Leserbriefschreiber ist der Redaktion namentlich bekannt und hat COMPACT abonniert, bat aber – aus Angst vor Repressalien – um Anonymität.



Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas



15 Jahre Recherche, neueste Erkenntnisse: Hitler hatte die Atombombe!

■ Vor 15 Jahren veröffentlichten Edgar Mayer und Thomas Mehner ein Buch, das für Furore sorgte. Die zentrale Aussage des Werkes: Nicht nur die Amerikaner, auch Hitler hatte die Atombombe. Für diese Aussage wurden die Autoren belächelt und angefeindet. 15 Jahre lang haben Mayer und Mehner seither weitere Indizien für ihre These gesammelt. Mit diesem Buch legen sie die Ergebnisse ihrer Recherchen vor, die man nur als spektakulär bezeichnen kann. Die neuen Belege lassen keinen Zweifel zu: Das Dritte Reich hatte Atomwaffen. Entgegen dem offiziellen Bild war die Forschung Deutschlands der Amerikas sogar weit voraus. Mehr noch: Die USA konnten in Hiroshima und Nagasaki nur deshalb Atombomben zum Einsatz bringen, weil sie sich der deutschen Technologie bemächtigt hatten.

Edgar Mayer und Thomas Mehner beleuchten mit neuen Fakten, Dokumenten und Zeugenaussagen, was Mainstream-Historiker Ihnen bis heute verschweigen:

- »Lasst sie sprechen!« Zeitzeugenberichte, die deutschen Atomwaffen und das »göttliche Wunder« des amerikanischen Manhattan-Projekts.
- Die geplante deutsche Rundumverteidigung – weshalb das Deutsche Reich bei Kriegsende Dutzende Atomwaffen gehabt haben muss.
- Was sollte U-234 nach Japan transportieren? Bekannte Fakten und neue Informationen: Hatte das deutsche U-Boot Atomwaffen an Bord, die für das Land der aufgehenden Sonne bestimmt waren?
- Gibt es Hinweise auf die Verwendung des Uran-Isotops 233 statt des üblicherweise diskutierten Uran 235 für die deutschen Atomwaffen?
- Merkwürdige ausländische Aktivitäten unweit des thüringischen Jonastals im November 2014: Suchbohrungen und viel Geheimniskrämerei vor Ort.
- »Da ist nichts.« Abwegige offizielle Statements zu unbekannten Anlagen unter dem Truppenübungsplatz Ohrdruf – und die Tatsachen. Ein Film aus den 1980er-Jahren offenbart die Wahrheit.
- »Die Suche nach Hitlers Atombombe« und das ZDF. Wie aus sogenannten »Verschwörungstheorien« 15 Jahre später wissenschaftliche Hypothesen wurden.
- Was hat es mit dem Supersprengstoff RADgUM auf sich? Eine Waffe, deren gewaltige Zerstörungskraft sogar führende Vertreter des NS-Regimes schockierte.
- »Totgesagte leben länger«: die Wiederauferstehung von Hitlers Geheimwaffenchef SS-Obergruppenführer Dr. Ing. Hans Kammler.

»Als wir 1967 mit der Einlagerung begannen, hat unsere Gesellschaft als Erstes radioaktive Abfälle aus dem letzten Krieg versenkt, jene Uranabfälle, die bei der Vorbereitung der deutschen Atombombe anfielen.«

Alwin Urff, stellvertretender Betriebsleiter des Atommüllzwischenlagers ASSE II, am 29. Juli 1974 in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung



Edgar Mayer & Thomas Mehner: *Und sie hatten sie doch!* • gebunden • 254 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 951 900 • 19.95 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de



Raus aus dem Imperium!

von Jürgen Elsässer

Die Europäische Union durchlebt ähnliche Verfallsstadien wie zuvor andere Großreiche: An die Sowjetunion erinnert die Diktatur nicht gewählter Kommissare, an das antike Rom die Zerstörung des traditionellen Glaubens durch Masseneinwanderung. Heute ist es der Islam, der in das Wertevakuum strömt.

Wird die Europäische Union überleben – oder sind wir schon Zeugen ihres Todeskampfes? Der monetäre Krebs der Einheitswährung bringt immer neue Metastasen hervor, nicht nur in Griechenland. Die Sicherung der Außengrenzen ist zusammengebrochen. In der Asylkrise durchzieht ein Graben den Kontinent, die Osteuropäer verweigern sich der Kontrolle durch Brüssel. In vielen Staaten sind die eurokritischen Parteien zur stärksten Kraft herangereift und im Begriff, die Regierung zu übernehmen. Selbst wenn der Austritt Großbritanniens, der sogenannte Brexit, beim Referendum am 23. Juni keine Mehrheit finden sollte, wäre das nur eine Atempause für das Imperium.

Die Suche nach einem Ausweg ist auch für die Eliten quälend. Vertiefung oder Erweiterung – dieses Dilemma prägt seit 30 Jahren die Debatten. Die Frage wurde meist mit einem entschlossenen Sowohl-als-auch ad acta gelegt – um kurz darauf wieder aufzutauen. Kluge Leute versuchten es mit geschichtlicher Hilfestellung. Der atlantische Vordenker Alan

Posener wollte 2012 in der *Welt* herausgefunden haben: «Der Schlüssel zur Zukunft Europas liegt in der Vergangenheit.» Im Rückgriff auf den britischen Historiker Niall Ferguson untersuchte er, was die Großreiche der letzten 2000 Jahre überdauern ließ – und was nicht: «Die langlebigsten sind das Imperium Romanum, Byzanz und das Heilige Römische Reich mit einer durchschnittlichen Dauer von über 800 Jahren; die kurzlebigsten – neben Steppenimperien wie jene des Welteroberers Dschingis Khan und des „Eisernen“ Tamerlan – sind die kontinentaleuro- päischen Imperien Napoleons, Hitlers und des „Stählerernen“ Dschugaschwili sowie die „Großasiatische Wohlfahrtssphäre“ Japans [etwa 1930 bis 1945], die allenfalls einige Jahrzehnte überdauerten. Ferguson glaubt, hier eine Gesetzmäßigkeit zu erkennen: Gerade weil die neuen Imperialisten versuchten, ein Höchstmaß an sozialer Homogenität und politischer Uniformität durchzusetzen, weil ihnen zentralisierte Macht und totale Kontrolle über alles gingen, konnten sie ihre Herrschaft nicht lange behaupten.»

«Der Lauf des Imperiums – Zerstörung.» Das Gemälde des amerikanischen Malers Thomas Cole aus dem Jahr 1836 spielt auf die Verwüstung Roms durch die Vandalen an. Foto: New York Historical Society.



Das EU-Sternenbanner mit Hakenkreuz steht für das Vierte Reich. Foto: my-metropolis.eu

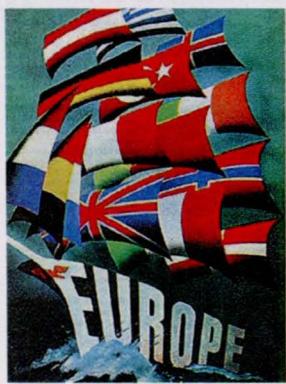
Wie in der UdSSR gibt es auch in der EUdSSR ein Parlament – aber es ist bloß Fassade.



Dünn und Doof? Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Europaparlamentspräsident Martin Schulz, feucht fröhlich. Foto: dpa

Die EUdSSR

Aus dieser Analyse folgert Posener, dass die EU sich nicht zu einer zentralistischen Kopie der Vereinigten Staaten fortentwickeln darf, sondern lediglich ein Freihandelsverbund sein sollte. «Europas Kleid muss aber locker sein», postuliert er. Dem könnte man frohen Herzens zustimmen – würde einem die Freude nicht dadurch vergällt, dass selbst ein systemformer Publizist wie er und andere Edelfedern nicht verhindern konnten, dass der Zug genau in die entgegengesetzte Richtung führ und weiter fährt. Im ökonomisch-politischen Bereich ähnelt die EU immer mehr dem kurzlebigen sowjetischen Modell. Wie in der UdSSR gibt es zwar ein Parlament – aber es ist bloß eine potemkinsche Fassade, zumal eine schmucklose. Die eigentliche Macht wurde damals und wird heute von Kommissaren ausgeübt, über die der Wähler niemals befinden konnte. Die Gewaltenteilung, die zu den Wesensmerkmalen einer Demokratie gehört, ist in der Union aufgehoben, weil das Recht zur Einreichung von Gesetzesvorschlägen nicht bei der Legislative liegt, also dem Straßburger Parlament, sondern bei der Exekutive, also der EU-Kommission.



Plakat für den Marshall-Plan 1947 (oben) und die Verteidigung des Abendlandes auf einer CDU-Werbung der 1950er Jahre (unten). Fotos: kas.de

Die religiöse Indifferenz der EU zerstört die eigene Kultur.

Ein zweites oft unterschätztes Machtzentrum ist der Europäische Gerichtshof (EuGH), dessen Mitglieder ebenfalls nicht gewählt werden, der aber über seine Musterurteile die Gesetze und Verordnungen prägt, die unsere Alltagsrealität bestimmen. Dabei kann es vorkommen, dass am Ende ein Jurist aus der Wallachei entscheidet, wie die Menschen in dem

ihm fremden Deutschland zu leben haben. Besonders fatal ist, dass der EuGH jederzeit die «vier Grundfreiheiten» als Killerargument einsetzen kann, wenn ein Nationalstaat versucht, eigene Interessen zu schützen: den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital auf dem Binnenmarkt. Schon im Maastrichter Vertrag von 1992, der Gründungsurkunde der EU, wurde dieser Katechismus verbindlich festgelegt. Mit diesem Druckmittel wurde in Deutschland die Mitbestimmung ebenso begrenzt wie der Einfluss der öffentlichen Hand auf Großbetriebe, Sparkassen oder den Wohnungsbau – das sei ein Hemmnis für den «freien Verkehr» des Anlage suchenden Kapitals. Den Zustrom polnischer Klempner und rumänischer Hütchenspieler dürfen wir selbstverständlich ebenso wenig einschränken – damit würden wir nämlich gegen die Dienstleistungsfreiheit beziehungsweise Personenfreizügigkeit verstößen. Seit Maastricht gilt: 85 Prozent unserer Gesetze werden nicht mehr in Deutschland geschrieben, sondern in Brüssel. Der Bundestag muss sie abnicken – oder es hagelt empfindliche Geldbußen.

Während die EU in der realen Wirtschaft Deregulierung und Privatisierung erzwingt, hat sich in der Finanzsphäre eine Art Börsianersozialismus herausgebildet. Die Europäische Zentralbank (EZB) geriert sich als sowjetische Planbehörde und hat die Marktgesetze außer Kraft gesetzt: Nach Lust und Laune ihres Chefs Mario Draghi wird Geld geschöpft und werden immer neue Fantastillionen in Umlauf gebracht, die nicht durch die Realwirtschaft gedeckt sind. Der jüngste Vorschlag, an jeden Erwachsenen 1.000 Euro zu verschenken, um damit die schwächeren Binnenkonjunktur in Schwung zu bringen, ist ein Verschnitt kommunistischer Egalitätsträume mit den Visionen der Monetaristen: Von «Helikoptergeld» sprach einst deren Vordenker Milton Friedman – er wollte die Scheinchen einfach vom Himmel regnen lassen. Man kann das als Beispiel nehmen, wie die EU die schlechtesten Seiten des Sozialismus wie des Kapitalismus kombiniert.

Das Ende der Römischen Republik

Kann man also mit Posener die Schlussfolgerung ziehen, dass Europa zu retten wäre, wenn wir nur die Strukturen der EU reformieren würden? Wenn es weniger Bürokratie und mehr Subsidiarität gäbe, weniger Geldzentralismus und mehr Marktwirtschaft? Dass diese rein politökonomische Sichtweise nicht ausreicht, wird in einem anderen historischen Vergleich deutlich: «Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der römischen Republik» ist Thema einer fulminanten Untersuchung des belgischen Historikers David Engels. Er sieht den Niedergang in beiden Fällen in der «vollständigen Verleugnung der eigenen Vergangenheit» begründet. Er kritisiert explizit das politisch korrekte Mantra, dass die europäische Identität nichts anderes sei «als eine eher abstrakte Verbundenheit mit



rein universalistischen (und gefühlsmäßig unbesetzten) Werten, (...) dazu bestimmt, als bloßer Platzhalter einer künftigen Weltstaatsidentität zu fungieren».

Im Konkreten kritisiert Engels, dass die Werte im Lissabonner Vertrag der EU nur universalistische Allgemeinplätze sind, die überall auf der Welt ihre Gültigkeit haben («Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören», heißt es in Artikel 2). Getilgt wurde dagegen jeder Verweis auf die spezifisch europäische Ausformung dieser Abstrakta. Das beginnt schon bei dem Satz «Unsere Verfassung (...) heißt Demokratie, weil die Macht in den Händen nicht einer Minderheit, sondern der größtmöglichen Zahl ist». Dieser Passus wurde bereits im Entwurf von 2006 gestrichen, weil er von Perikles stammt – und der den Tugendwächtern nicht genehm ist, weil in Athen zu seiner Zeit Frauen, Fremde und Sklaven kein Mitspracherecht hatten.

Es ist in erster Linie diese suizidale Liberalität, die zur Überfremdung führt.

Insbesondere betrifft die Auslöschung jedes Traditionsbegriffs aber die christlichen Wurzeln Europas und die Zurschaustellung religiöser Indifferenz. Dieses Tabula Rasa erschöpfe sich nicht in der Trennung von Staat und Kirche, sondern zerstöre die eigene Zivilisation und ersetze sie durch eine fremde, schreibt Engels. «Da es wegen des so sogenannten Kulturchristentums durchaus möglich ist, sich als Europäer zu fühlen, ohne sich innerlich zum christlichen Glauben zu

bekennen, es aber sehr schwierig ist, sich etwa als Teil der arabisch-muslimischen Welt zu begreifen, ohne dem Islam und seiner vielschichtigen Gesellschaftsordnung anzugehören, bedeutet die religiöse Neutralität der europäischen Institutionen in Wirklichkeit eine ungeheure Schwächung der einen und Stärkung der anderen Glaubensgemeinschaft.»

Im alten Rom hatte die zunehmende Distanz von Staat und Eliten gegenüber dem Glauben der Väter fatale Folgen im Volk. «Die breiten Massen allerdings, auch wenn sie sich von der altererbt Religionslosen, scheinen das gefühlsmäßige Bedürfnis nach transzendenten Werten keineswegs durch einen abstrakten Verfassungspatriotismus ersetzen zu können. Sie wenden sich daher zunehmend exotischen Glaubensvorstellungen zu (...). Erneut stellen wir daher fest, dass der Sieg rein universalistisch gefasster Identitätswerte langfristig keineswegs eine allgemeine humanistische Aufgeklärtheit der breiten Masse zur Folge hat, sondern ungewollt vielmehr den Rückfall in einen halbprimitiven, halb spätzeitlichen Aberglauben (...).»

London wird Londonistan

Dieselbe Haltung, die vor 2000 Jahren den Einzug indischer und orientalischer Götter in die römische Gesellschaft begünstigte (später kam das Christentum hinzu), öffnet heute in der EU dem Islam Tür und Tor. Ein Menetekel war die Bürgermeisterwahl in London Anfang Mai 2016: Mit 57 Prozent der Stimmen wurde der Labour-Kandidat Sadiq Khan zum ersten muslimischen Stadtoberhaupt einer europäischen Metropole gewählt. Khan ist pakistanischer Abstammung, betont aber seine «Britishness». Das wollte er unter Beweis stellen, indem er sich für die Schwulen-ehe einsetzte und als erste Amtshandlung einer Holocaust-Gedenkeremonie beiwohnte.



Die EU-Diktatur



«Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob etwas passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.»

(Der heutige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, *Spiegel* Nr. 52/1999)

«Nichts sollte in der Öffentlichkeit geschehen. Wir sollten in der Euro-Gruppe im Geheimen diskutieren. (...). Die Dinge müssen geheim und im Dunkeln getan werden. Wenn es ernst wird, müssen wir lügen.»

(Jean-Claude Juncker, *Focus* Nr. 19/2011)

«Kurier: Joschka Fischer und Helmut Schmidt verlangen einen Putsch in Europa. Wer soll putschen und gegen wen? Daniel Cohn-Bendit: Das ist eine uralte Idee von Helmut Schmidt. Er sagt, das Europa-Parlament soll putschen, es soll neue Verträge durchsetzen, damit Europa endlich die Funktion übernehmen kann, die es übernehmen soll. Schmidt findet, dass es die Regierungen nicht schaffen, die Regierungen denken zu national.»

Die Brüsseler Machtzentrale in trügerischem Fahneneschmuck.

Foto: Zutograf/istockphoto.com

Ein «britischer Moslem» als Bürgermeister von London: Zur Siegesfeier stieß er mit Softdrinks an.

Foto: Alex Lentati

Auf dem Weg zum Imperium

19.6.1946: Winston Churchill ruft zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa auf.

9.5.1950: Gründung der Montanunion durch Robert Schuman mit sechs Ländern (D, F, I, B, NL, Lux).

23.10.1954: Pariser Verträge
– Aufnahme der Bundesrepublik in NATO und Westeuropäische Union.

25.3.1957: Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom).

1.11.1993: Der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union tritt in Kraft.

26.3.1995: Das Schengener Abkommen schafft die Grenzkontrollen ab.

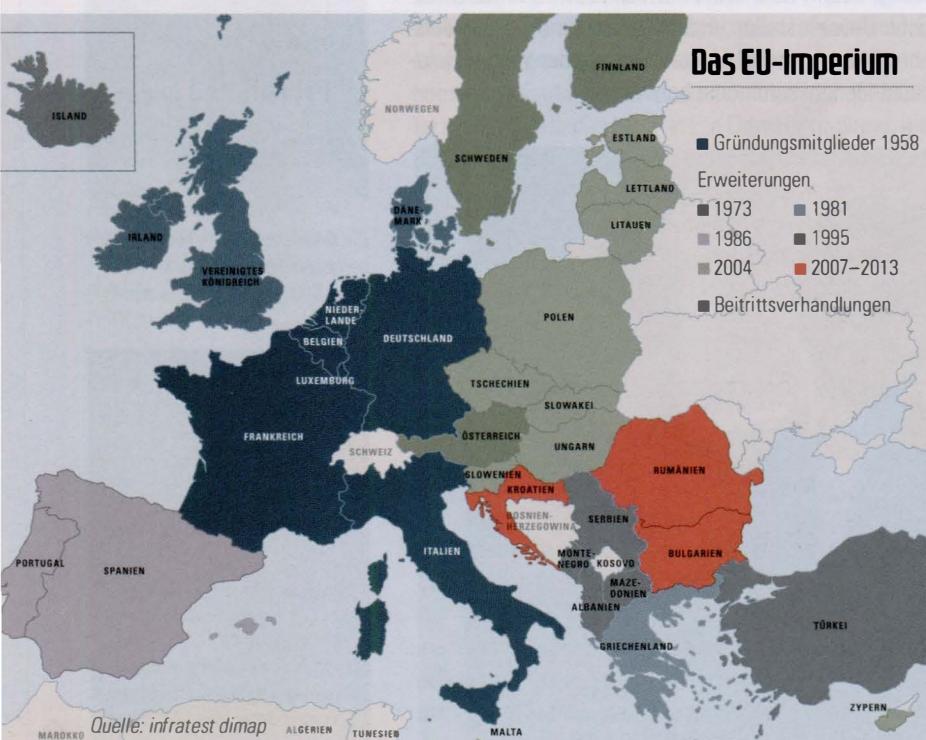
1.1.2002: Der Euro wird in zwölf Staaten als Bargeld eingeführt.

30.5./1.6.2005: Ablehnung der Europäischen Verfassung in Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden.

1.12.2009: Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft.

27.9.2012: Der Euro-Rettungsschirm (ESM) tritt in Kraft.

Grafik COMPACT



Am Wahlkampf war bemerkenswert, wie locker alle Hinweise auf Verbindungen zum islamischen Terrorismus an Khan abperlten. Dass es sich dabei nicht um billige Tory-Propaganda handelte, zeigt ein Artikel auf der Plattform *Daily Beast* aus der Feder von Maajid Nawaz, der nach eigenem Bekenntnis selbst ein «muslimischer Extremist» war und 2002 von Khan als Anwalt verteidigt wurde. Laut Nawaz ist vor allem dessen Verbindung zu der fundamentalistischen Gruppe al-Muhadschirun elektrisierend – aus ihr kommen Täter und Drahtzieher der Anschläge auf das Londoner Nahverkehrsnetz am 7. Juli 2005. Zu ihren Mitgliedern gehört Khans Schwager, und er selbst trat 2003 mit einem ihrer Kader auf einer Konferenz auf. Außerdem setzte sich Khan für Yusuf al-Qaradi ein, einen Prediger der Muslimbruderschaft: Dieser sei «nicht der Extremist, als der er dargestellt wird». Dabei hatte der sogenannte Geistliche in seinem Scharia-Buch (*The Lawful and Prohibited in Islam*) das Schlagen von Ehefrauen befürwortet, über die Todesstrafe für Homosexualität disputation und Selbstmordanschläge gegen israelische Zivilisten unterstützt. Noch im Jahr 2010, so Nawaz, pöbelte Khan im Wahlkampf gegen einen ebenfalls muslimischen Gegenkandidaten der Liberaldemokraten: Der sei nur ein «Onkel Tom», weil er der probritischen Ahmadi-Sekte angehöre.

Einfall der Barbaren

Nawaz betont mehrfach, dass der neue Londoner Bürgermeister kein Fundamentalist mehr sei. Aber gleichzeitig findet er es seltsam, dass jedes Nachfragen in diese Richtung im Wahlkampf als rassistisch gebrandmarkt wurde – das bedeute nämlich, dass man «an *Sadig Khan* einen weniger strengen Maß-

stab anlegt als an seine weißen Kollegen, nur weil er ein brauner Moslem ist». Tatsächlich ist es schwer vorstellbar, dass ein eingeborener Engländer oder Deutscher in eine Führungsposition gewählt würde, der noch vor wenigen Jahren Kontakte zu terroristischen Strukturen hatte und ihren Extremismus öffentlich verharmloste. Khan aber wurde dies nachgesessen.

Der Islam hat schon jetzt über eine Million Anhänger in London.

Am gefährlichsten sind Politiker wie er vermutlich genau deswegen, weil sie ihren Radikalismus abgestreift haben – ansonsten würden sie nämlich nie eine Mehrheit bekommen. Folgerichtig präsentierte sich der Labour-Pakistani gerade nicht als Moslem-, sondern als Multikultivertreter. «Seine Biographie drückt gerade ideal das Lebensgefühl der Weltstadt aus, wo mehr als dreihundert Sprachen gesprochen werden und Weiße nur noch knapp in der Mehrheit sind», jubelte die *Frankfurter Rundschau*. Es ist in erster Linie diese suizidale Liberalität, die London schrittweise in eine nicht-europäische Stadt verwandelt: Je mehr Einwanderer kommen und je weniger von ihnen die Übernahme der englischen Kultur verlangt wird, umso schneller schreitet die Überfremdung voran. Dabei gibt der Islam, der schon jetzt über eine Million Anhänger an der Themse hat, den Ton an.

Kein Wunder, dass Khan für den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU wirbt – sie ist der beste Garant für offene Grenzen. Sein Gegenkandidat, der konservative Zac Goldsmith, stand dagegen für den Brexit. Das hat offensichtlich nicht gereicht, um die Wähler zu begeistern: Als blasierter Multimilliardär, verheiratet mit einer Rothschild-Tochter, fand er nie einen Zugang zum einfachen Volk und stand gerade nicht für die abendländischen Werte, die es zu verteidigen gilt.

Wie die Entwicklung weitergeht, zeigt das antike Rom: Die dekadenten Oberklassen lassen immer mehr fremde Sklaven ins Land und drücken mit diesen billigen Arbeitskräften das eigene Volk ins Elend. Die Aufstände von Bauern und Plebejern werden blutig niedergeschlagen, an die Stelle der Republik tritt der Cäsarismus, dann die Kaiserdiktatur. Auf reine Militärmacht gestützt, kann das Reich zwar noch überleben – aber nur, bis seine fremden Söldner ihnen aus dem Osten anbrandenden Stammesbrüdern die Grenzen öffnen. Im Jahre 410 wurde Rom von den Westgoten erobert und sollte seine alte Größe nie mehr wiedererlangen. Der Ostteil des Reiches mit der Hauptstadt Byzanz hielt immerhin noch bis 1453 durch – vor allem deswegen, weil es das Christentum als Staatsreligion standhaft verteidigte. ■



Junckers Putschtruppen

von Jürgen Elsässer

EU-Kommission und Merkel-Regime setzen jene Staaten unter Druck, die die muslimische Invasion über die Balkan-Route gestoppt haben: In Mazedonien soll eine Orange Revolution im CIA-Stil die Grenze bei Idomeni aufsprengen, in Österreich ein zweites Einfallstor über den Brenner etabliert werden.

Die Zahl der ankommenen Asylbewerber hat stark abgenommen, Turnhallen und andere Notunterkünfte werden wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung zugeführt. «Wir stehen vor einer Kehrtwende», sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Anfang Mai. Doch das ist nur ein Placebo, denn derselbe Juncker arbeitet fieberhaft daran, die einstweilen gebremste Massenzuwanderung aus dem islamischen Krisenbogen wieder in Gang zu bringen. Dabei schießt er sich vor allem auf die Regierungen in Skopje und Wien ein, die neben Budapest maßgeblich zur Versiegelung der Balkanroute beigetragen haben – aber aufgrund ihrer innenpolitischen Zerrissenheit zu einem von außen gesteuerten «Regime Change» geradezu einladen.

Balkanpakt gegen EU-Diktatur

Innerhalb der EU haben sich seit Anfang März zwei Blöcke gebildet, die antagonistische Konzepte gegenüber der Masseninvasion verfolgen: Auf der einen Seite setzt die Bundesregierung auf die Türkei als Regulator des Zustroms und hat ein entsprechendes Abkommen mit großzügigen Zugeständnissen an die Osmanen vorangetrieben. Auf der anderen Seite haben die Staaten in Ost- und Südosteuropa erkannt,

dass man die Balkanroute auch ganz ohne die trügerische Hilfe der Türken schließen kann, wenn Mazedonien den Flaschenhals zuverlässig verstopt hält. Schon allein die Zahlungen der EU differieren beträchtlich: Während Angela Merkel Ankara per Vertrag Hilfszahlungen in Höhe von sechs Milliarden Euro versprochen hat, bekommt Skopje für seinen Abwehrkampf an seiner Südgrenze keinen Cent aus Brüssel – dafür aber kostenlose NATO-Stacheldraht aus Ungarn und personelle Unterstützung auch aus den anderen Balkanländern und Österreich. Während die Achse Berlin-Brüssel-Ankara bisher noch nichts zur Reduzierung der Migrationsströme beigetragen hat, ist dem Schulterschluss Wien-Budapest-Skopje die fast komplettte Schließung der Balkanroute zu verdanken.

Von Ende Februar bis Mitte April herrschte in Idomeni Ausnahmezustand: Bis zu 30.000 illegale Flüchtlinge, unterstützt von linksradikalen Aktivisten aus der EU, versuchten mehrfach unter Einsatz von Gewalt, die Grenze zu überrennen. Doch der Sperrzaun hielt, die Beamten schlugen die Chaoten ohne Schusswaffen-einsatz zurück. Nachdem dieser Ansturm fürs erste abgewehrt war, ging die Randale auf andere Weise in der mazedonischen Hauptstadt weiter. Seit Mitte April finden immer wieder Großdemonstrationen

Während sie in Idomeni noch Asylforderer zu Attacken auf den Grenzzaun animierten, legten die Refugee-Welcome-Sturmtruppen am Brenner selbst Hand an. Rund 500 Linksradikale griffen am 7. Mai 2016 am Grenzübergang zwischen Italien und Österreich die Polizei an. Foto: Reuters/Dominic Ebenbichler

Berlin hat sich mit Ankara verbündet, Wien mit Skopje.



EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker geißelt eine Grenzschließung am Brenner schon mal als «Katastrophe». Foto: Consilium of the European Union



Bereits im Frühjahr 2015 gab es in Mazedonien den Versuch einer Orangen Revolution. Ein Jahr später sind die Regime-Change-Aktivisten wieder auf der Straße. Foto: picture alliance / AP Photo

gegen die Regierung statt, die in Straßenkämpfen und Brandschatzungen öffentlicher Gebäude enden. «Wenn Mazedonien kollabiert und tausende militante Migranten das Land wieder passieren können, steht der Zusammenhalt der EU unmittelbar auf dem Spiel», warnte Chris Deliso auf der Plattform *balkananalysis.com*. Der außerparlamentarische Druck flankiert den Beschluss der pro-europäischen linken Opposition, die Wahlen am 5. Juni zu boykottieren.

rend das Wirtschaftswachstum 2014 stolze 3,8 Prozent erreichte – von solchen Werten können die meisten EU-Staaten einschließlich Deutschland nur träumen.

Der Dolchstoß von Przino

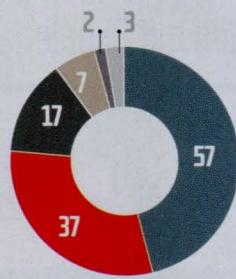
Doch im Februar 2015 war es vorbei mit der Stabilität. Der SDSM-Vorsitzende Zoran Zaev präsentierte Mitschnitte, wonach der Geheimdienst die Telefonate von über 20.000 Bürgern abgehört hatte. Auch O-Töne aus Gesprächen von Premier und Ministern waren dabei, in denen über illegale Aktivitäten gegen die Opposition diskutiert wurde. Die Echtheit des Materials kann man schwer beurteilen – ungewöhnlich sind solche Vorgänge in allen Balkanstaaten sicher nicht.

Die Krawalle von Idomeni setzten sich ähnlich in Skopje und am Brenner fort.

Aber interessant ist der Zeitpunkt: Zaev zündete seine Enthüllungen, nachdem er am 31. Januar des Landesvertrags angeklagt worden war. Er hatte, so der Vorwurf, die Regierung monatelang mit ausländischen Geheimdienstmaterialien erpresst, um den Eintritt seiner SDSM in das Kabinett zu erzwingen. Und dann präsentierte er Tonbänder, die er – so seine eigenen anfänglichen Angaben – tatsächlich «mit der Hilfe eines fremden Landes» (*Guardian*, 27.2.2015) beschafft hat... Vermittler der Schmutzakten dürfte der britische Botschafter Charles Garett gewesen sein, dessen Initialen immer wieder in Konversationen von Zaev auftauchen.

Macht in Mazedonien

Sitzverteilung nach den Parlamentswahlen 2014



- VMRO-DPMNE
- Sozialdemokratische Union Mazedoniens (SDSM)
- Demokratische Union für Integration (Albaner)
- Demokratische Partei der Albaner
- Demokratische Union
- Sonstige Parteien

Quelle: Staatliche Wahlkommission Mazedoniens
Grafik: COMPACT

Ein Land in Auflösung

Eigentlich könnte der anstehende Urnengang für klare Mehrheitsverhältnisse sorgen und der kleinen Republik wieder Stabilität bringen. «Wir sind ein Land in Auflösung», beklagte der mazedonische Publizist Saso Ordanski gegenüber *Spiegel Online*. Während in der westlichen Presse den regierenden Nationalkonservativen (VMRO) die Schuld für die Staatskrise zugeschoben wird, sieht alles nach einem von außen gesteuerten «Regime Change» aus. Das russische Außenministerium warnte: «Die Aktivierung des „Ukraine-Szenarios“, die Förderung illegaler Aktivitäten und eines Staatsstreiches von außen kann zu tiefgreifenden Erschütterungen in Mazedonien und zur Destabilisierung der Balkanstaaten generell führen.»

Das Ukraine-Szenario wird von den Sozialdemokraten (SDSM) orchestriert. Der ewige Rivale der VMRO erlitt bei den letzten Wahlen im April 2014 ein Debakel und stürzte um über acht auf 25 Prozent ab. Alle folgenden linken Stänkereien gegen die Regierung nützten nichts, denn die Wirtschaft im Lande – zu einem Großteil im Besitz der öffentlichen Hand – hält sich seit dem Lehman-Crash 2008 erstaunlich gut: So pendelten in den letzten Jahren das Haushaltsdefizit um vier und die Staatsverschuldung um 40 Prozent, wäh-

In der Folge kam es zu ähnlich gewalttätigen Demonstrationen wie zur Zeit – und zu einem bewaffneten Feuerüberfall von Albanerbanden in Kumanovo, einer Grenzstadt zum Kosovo, Anfang Mai 2015. Mehrere Tage lieferten sich die Freischärler Gefechte mit den Sicherheitskräften – am Ende zählte man über 20 Leichen. In der Folge tauchte ein Foto auf, das einen der getöteten UCK-Kämpfer, Fadil Fejzulahi, mit dem ehemaligen US-Botschafter Paul Wohlers zeigt... Kein Wunder, dass sich EU, USA und NATO nicht, wie sonst bei Blutbädern islamischer Terroristen, mit den Angegriffenen solidarisierten, sondern über die Aggression hinwegsahen und beide Seiten zur Zurückhaltung auffielen. Aber dieser westliche Flankenschutz für albanische Separatisten ist im Falle Mazedoniens leider notorisch (siehe Infobox).

Als Premier Nikola Gruevski die VMRO-Anhänger zur Unterstützung auf die Straße rief und Dokumente über die westlichen Hintermänner von Zaev vorzulegen versprach, schaltete sich die EU-Kommission ein und vermittelte im Juni 2015 einen vergifteten Kompromiss, das sogenannte Abkommen von Przinho. Darin verpflichtete sich die Opposition, die Veröffentlichung der Abhörprotokolle einzustellen, im Gegenzug musste die Regierung vorgezogenen Neuwahlen zustimmen – und dem Rücktritt des Premiers 100 Tage vor diesem Datum. Seither amtiert das VMRO-Kabinett nur noch kommissarisch – hatte aber trotzdem den Mut, zur Bekämpfung der Flüchtlingsinvasion ab August 2015 Notstandsmaßnahmen zu verhängen.

Im Januar 2016 demissionierte Gruevski wie vorgesehen. Das entspannte die Lage aber nicht – vielmehr nutzten die auf Drängen der EU eingesetzten Sonderermittler in der Abhöraffäre sein Einlenken, um Anklagen gegen weitere ranghohe Politiker zu erheben, was die Funktionsfähigkeit des Staates inmitten der Asylkrawalle in Idomeni bedroht hätte. Um dies zu verhindern, schaltete sich der Staatspräsident Gjorge Ivanov ein und verfügte am 13. April

2016 eine Begnadigung für 56 Personen, denen Verhaftung drohte. Obwohl das Amnestierecht in seinen Kompetenzbereich fällt, nahm die Opposition seine Entscheidung zum Anlass, um die Hauptstadt, wie ein Jahr zuvor, mit militanten Massendemonstrationen zu überziehen. Schützenhilfe bekamen sie von den Eurokraten: Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier warf dem Präsidenten vor, «rechtsstaatliche Standards und den Rechtsfrieden» zu beschädigen; EU-Ratspräsident Donald Tusk warnte Mazedonien davor, «seine euro-atlantische Zukunft aufs Spiel zu setzen»; Kommissionschef Juncker holte gleich den dicksten Hammer raus und drohte mit EU-Sanktionen gegen VMRO-Politiker. So aggressiv ist Brüssel noch nie mit einem EU-Beitrittskandidaten umgesprungen! Im Zangengriff von ausländischem Druck und innerer Revolte steht die Durchführung der Wahlen Anfang Juni auf der Kippe – was einen Kollaps der Regierung noch wahrscheinlicher machen dürfte.

Sturm über Wien

Das Idomeni-Szenario wiederholte sich ab April am Brenner-Pass: Kaum hatte die Große Koalition in Wien angekündigt, dieses Nadelöhr für Einreisen aus Italien künftig wieder kontrollieren zu wollen, weil sich nach Schließung der Balkanroute hier eine Ausweichstrecke für vermeintliche Flüchtlinge zu etablieren droht, begannen Refugee-Welcome-Aktivisten von Süden her mit Angriffen auf die noch gar nicht befestigte Grenze. Erster Höhepunkt war der 7. Mai, als etwa 600 italienische Anarchisten die Bahnstation besetzten und bei stundenlangen Scharmützeln mit den Ordnungshütern einen Polizeiwagen in Brand setzten. Die Gewalttäter konnten sich dazu durch Juncker, Merkel und den italienischen Linkspremier Matteo Renzi ermutigt fühlen, die Österreich für die geplanten Sicherungen am Brenner scharf kritisiert hatten. Auch dass die Krawallanten überhaupt so leicht mit den Zügen der italienischen Staatsbahnen zum Brenner vordringen konnten, spricht für die klammheimliche Unterstützung durch ihre linken Freunde in der Regierung.

Moskau warnt vor einem Ukraine-Szenario in Mazedonien.

Zwei Tage später folgte der Rücktritt des österreichischen Bundeskanzlers Werner Faymann – also des Mannes, der in einer spektakulären Wende seiner bisherigen Politik die schärfere Überwachung des Brenner-Transits verfügt hatte. Der Sozialdemokrat war im letzten Sommer der treueste Schildknappe der Bundeskanzlerin gewesen. «Wenn er zu mir kommt, hat er keine Meinung, wenn er wieder nach Wien zurückkehrt, hat er meine Meinung», soll sie gesagt haben. Faymann jedenfalls war es gewesen, den die Bundes-

Bedrohtes Mazedonien



Der kleine Balkanstaat (nur knapp über zwei Millionen Einwohner) sieht sein Existenzrecht von verschiedenen Seiten bedroht: Zum einen bestreitet ihm Griechenland den Namen: Beide Länder sehen sich als Erben des bedeutendsten Makedonen, Alexanders des Großen. Zum anderen fordern großbulgarische Politiker die Zwangsfusion und verweisen unter anderem auf die fast identischen Sprachen.

In seinen aktuellen Grenzen war Mazedonien eine Teilrepublik von Tito-Jugoslawien. Nach der Abspaltung 1991 hielt es sich aus den Kriegen der Milosevic-Ära vollständig heraus. Obwohl die albanische Minderheit, etwa 25 Prozent der Bevölkerung, niemals unterdrückt wurde, begann sie 2001 einen blutigen Aufstand. Der deutsche Außenminister Joschka Fischer schwadronierte: «Die albanische Frage ist wieder offen». EU und NATO belohnten die Separatisten und erzwangen im Abkommen von Ohrid die Machtbeteiligung der Skipetaren: Die Untergrundarmee UCK wurde in zwei politische Parteien transformiert; die Regierung der slawischen Mehrheitsbevölkerung wurden genötigt, die früheren Gewalttäter als Minister aufzunehmen.

Die UCK – «Befreiungsarmee des Kosovo» – war auch in Mazedonien aktiv. Foto: Public Domain/Wikimedia Commons



Van der Bellen im Wahlkampf.
Foto: APA/Herbert Pfarrhofer

Der Angriff der Kommissare



Mazedonier und Österreicher sind nicht die Einzigen, die sich der Flutung durch vorwiegend muslimische Einwanderer widersetzen. Diese Einstellung dominiert vielmehr auch in allen osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten. Ein erster Versuch, die Unbotmäßigen auf Linie zu bringen, war der Beschluss des EU-Gipfels vom letzten Herbst, insgesamt 120.000 in Griechenland und Italien registrierte Migranten auf andere Länder zu verteilen – per Mehrheit gegen die Stimmen Ungarns, Tschechiens, Rumäniens und der Slowakei verabschiedet. Doch das Diktat konnte nie durchgesetzt werden – knapp 119.000 der prospektiven Umsiedler blieben, wo sie waren.

Nun werden die Daumenschrauben angezogen: Ein am 4. Mai von der Europäischen Kommission vorgestellter Reformvorschlag sieht vor, die Umverteilung zu erzwingen. Nationen, die sich der Aufnahme verweigern, sollen für jeden abgelehnten Zuwanderer satte 250.000 Euro an das Land überweisen, welches ihn stattdessen aufnimmt. Für die konkrete Absage, 6.500 zugewiesene Migranten aufzunehmen, müsste Polen somit über 1,5 Milliarden Euro Strafe zahlen. Brüssel habe nicht die Autorität, Länder zu bestrafen, schimpfte Ungarns Premier Viktor Orbán. «Die EU ist nicht die Sowjetunion. Niemand kann uns etwas aufzwingen, zu dem das ungarische Volk nicht bereit ist.»

Die EUdSSR duldet keine Abweichung. Foto: Unbekannt

Hatte nicht mehr «die volle Rückendeckung der Partei»: So begründete Werner Faymann seinen Rücktritt als Bundeskanzler. Foto: APA/Roland Schlager

kanzlerin in der Nacht von 4. auf 5. September 2015 angerufen und Stunden später mit ihm zusammen die Entscheidung zum Wegfall aller Grenzkontrollen in beiden Ländern verkündet hatte. Das machte den Migrantenstrom auf der Balkanroute zu einem reißenden Fluss, der bis Jahresende durchschnittlich 200.000 Muslime pro Monat nach Deutschland spülte.

Doch Faymann hatte die innenpolitische Situation längst nicht so gut im Griff wie die eiserne Kanzlerin im Nachbarland. Zwar konnte seine SPÖ die Bürgermeisterwahlen in Wien im Oktober 2015 noch für sich entscheiden – doch bereits damals erzielte die oppositionelle FPÖ mit knapp 31 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis. Die Große Koalition reagierte auf den Zulauf für die Asylkritiker mit einer vorsichtigen Kurskorrektur: Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) befürwortete plötzlich eine «Festung Europa», es wurde – im Gegensatz zu Deutschland – eine Obergrenze für Asylbewerber festgelegt, schließlich sprang Wien, zum Verdruss von Berlin und Brüssel, sogar Mazedonien bei und verbündete sich mit den Balkanstaaten bei der Schließung des Schlupflokches in Idomeni.

Doch für das österreichische Volk kam diese neue Linie zu spät, und zudem war sie unglaublich. Bei den Präsidentschaftswahlen am 24. April zogen die Menschen das Original der Kopie vor: Während die Kandidaten von ÖVP und SPÖ in der ersten Runde gerade noch über die Zehn-Prozent-Marke kamen, ging der FPÖ-Bewerber Norbert Hofer mit über 35 Prozent und fast 15 Punkten Vorsprung durchs Ziel. Bei der Stichwahl am 22. Mai spielen Schwarze und Rote, die über 60 Jahre lang die Geschicke der Zweiten Republik bestimmt haben, erstmals keine Rolle mehr: Gegen den «blauen» Hofer geht nur noch der grüne Kandidat



Alexander von der Bellen ins Rennen. Das gesamte Establishment versammelte sich zu seiner Unterstützung, auch Eurokrisen wie Juncker, Europaparlamentspräsident Martin Schulz und sein SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel warfen sich für ihn in die Bresche. Doch ausgerechnet Faymann schien unentschlossen und zeigte sich offen für eine Debatte, ob die Sozialdemokratie nicht, den Stimmungen an ihrer Basis folgend, die starre Abgrenzung zur FPÖ aufgeben sollte. Auch das Festhalten an der Kontrolle am Brenner, gegen die ausdrückliche Abmahnung der EU-Kommission, konnte als Blinken nach rechts verstanden werden.

Der Sturz Faymanns wurde bereits am 1. Mai eingeläutet: Am traditionellen Feiertag der Arbeiterbewegung hielt der SPÖ-Frontmann die übliche Rede – und wurde gnadenlos von einem Teil der eigenen Anhänger ausgepfiffen. Der Shitstorm kam vom linksdogmatischen Flügel, also von Leuten, wie man sie in Deutschland im Umfeld von Genossen wie Ralf Stegner und Heiko Maas finden würde. Diese radikale Strömung verdankt ihren Einfluss fast ausschließlich der Rückendeckung durch ähnlich Gesinnte in den Medien.

Wenn's an der Donau brennt, hat der Rhein nicht genug Wasser, um die Flammen zu löschen.

Nun steht die Alpenrepublik vor einigen Turbulenzen. Entweder stellen die Grünen mit Alexander van Bellen den nächsten Präsidenten – dann könnte der Vormarsch der Blauen von oben her abgewürgt werden, denn der angriffslustige Politrentner hat bereits angekündigt, keinesfalls einen FPÖ-Kanzler zu vereidigen – eine Kompetenz, die dem Präsidenten nach der österreichischen Verfassung sogar zusteht. Oder aber die FPÖ entsendet Hofer in die Hofburg und kann mit diesem Rückenwind in die Regierungsverantwortung kommen, zum Beispiel über vorgezogene Neuwahlen. Dann drohen Sanktionen und Straßenunruhen wie beim letzten Kabinett mit FPÖ-Beteiligung, das im Jahr 2000 noch unter Parteichef Jörg Haider gebildet worden war.

Aber die Karten sind dieses Mal anders gemischt als vor 16 Jahren. Als damals die Bundesregierung federführend die EU-Strafmaßnahmen gegen Wien durchsetzte, war das bei uns nur ein Randthema. Würde das jetzt wieder passieren, könnten die Erschütterungen jedoch aufgrund des immer enger werdenden Bündnisses von FPÖ und AfD schnell auf Deutschland übergreifen. Dann gälte, um ein Bonmot von Konrad Adenauer zu variieren: Wenn's an der Donau brennt, hat der Rhein nicht genug Wasser, um die Flammen zu löschen. ■

Brexit – der britische Ausweg

von John Laughland

Nach den zwei Weltkriegen stand Europa vor der Alternative: Sollte ein Bund souveräner Nationalstaaten entstehen – oder eine supranationale Föderation, die ihre Mitgliedsländer schrittweise aufsaugt? Die stolzen Insulaner tendierten immer zur ersten Option – und wurden trotzdem in eine Union getrickst, die ihnen bis heute fremd geblieben ist.

Es wird eng für Großbritanniens Premierminister David Cameron. Mit dem EU-Referendum am 23. Juni wollte der konservative Regierungschef eigentlich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Der Dauерstreit über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union sollte final entschieden, die Unabhängigkeitspartei UKIP neutralisiert werden. Deren Anti-EU-Kurs warb zuletzt sowohl den Tories als auch Labour Wähler in Scharen ab. Doch vermutlich wird Cameron weder das eine noch das andere Ziel erreichen.

Diskutiert wird ein Austritt Großbritanniens aus den Brüsseler Strukturen bereits seit 1973: Damals wechselte London von der Freihandelszone EFTA in den EU-Vorläufer Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Kurz darauf, 1975, stimmten die Briten erstmals über einen Brexit ab – entschieden sich damals jedoch mit 67 Prozent für den Verbleib in der EWG.

Schumans Vorstoß

Seit Beginn der kontinentalen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg sind die Briten immer gegen ein föderalistisches Modell gewesen, das die Souveränität der Nationalstaaten gefährdet. Auf Initiative Londons, erdacht von Winston Churchill, erfolgte deswegen 1949 die Gründung des Europarates, der nicht föderal, sondern als Zusammenschluss eigenständiger Staaten konzipiert war – als «Organisation, die am Ufer des Rheins schläft», wie Charles de Gaulle scherzte.

Genau deswegen reichte aber der Europarat für die geopolitischen Ziele der europäischen Supranationalisten und ihrer amerikanischen Paten nicht aus. Sie brauchten unbedingt einen Block, der bereit wäre, Krieg gegen die Sowjetunion zu führen. Genau darauf zielte der Plan des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950 ab: Er brachte zum ersten Mal das Prinzip des Föderalismus zu Papier. Am Anfang stand die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), besser bekannt als Montanunion.

Der Beginn des Kalten Krieges

Wichtigstes Ziel des EGKS war es, den 1949 von den Amerikanern ins Leben gerufenen westdeutschen Rumpfstaat zusammen mit den anderen von Ame-



rika dominierten Ländern Europas gegen Moskau zu bewaffnen. Churchill dagegen wollte keine Blöcke: Er glaubte noch immer an die UNO-Charta. Schon in seiner Rede am 5. März 1946 im US-amerikanischen Fulton hatte er vor einer Konfrontation mit Russland gewarnt.

Kaum hatte Schuman den nach ihm benannten Plan vorgestellt, schlug sein Vorgesetzter, Premierminister René Pleven, im Oktober 1950 auch noch eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vor. Sie sollte in eine integrierte europäische Armee münden. Die Vorgängerstrukturen der heutigen EU hatten also von Anfang an einen dezidiert militärischen Charakter. Wer heute behauptet, das mit der Montanunion auf den Weggebrachte EU-Europa habe Frieden geschaffen, irrt gewaltig; mit diesen Organisationsformen wurden vielmehr die ersten Schüsse des Kalten Krieges abgefeuert.

Bezeichnenderweise wurde der damals größte europäische Hersteller von Kohle und Stahl – nämlich Großbritannien – niemals eingeladen, der EGKS beizutreten. Jean Monnet – ein Industrieller, der gerne als Vater Europas bezeichnet wird und Autor des Schu-

1975 machte Margaret Thatcher noch Wahlkampf für die EG. Später handelte die Eiserne Lady den Britenrabatt aus. Foto: Nils Jorgensen/Rex Features

Die USA schmiedeten einen europäischen Block gegen die Sowjetunion.



Bild links: Jean Monnet und Robert Schuman gelten als die Gründungspaten der Europäischen Union.

Foto: Europaparlament

Bild rechts: David Cameron ist seit 2010 britischer Premier.

Foto: picture alliance/dpa



man-Plans gewesen sein dürfte – und seine Mitstreiter wussten nämlich, dass die Briten dem föderalistischen und postnationalen Endziel der neuen Gemeinschaft feindlich gesinnt waren. Dies galt sowohl für die damals regierende Labour-Partei als auch für die Konservativen. Die heutige Gewohnheit, von der atlantischen Allianz als einer Achse «der Angelsachsen» zu reden, soll uns nicht blind dafür machen, dass es genauso viele französische beziehungsweise deutsche Atlantisten gab und gibt wie englische.

1949 unterzeichnete Schuman für Frankreich den NATO-Vertrag. Zwei Jahre später schwärmte er von der Militärrallianz als «einer geistlichen, militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Gemeinschaft». Am 27. Januar 1950 vereinbarte Ministerpräsident Pleven mit seinem Freund, dem US-Botschafter David Bruce, die Errichtung amerikanischer Militärbasen auf französischem Boden.



«Die Königin unterstützt den Brexit»: Diese Überschrift des Massenblattes Sun dementierte der Königs-palast umgehend. Offenbar hat die Queen keine Meinung zur Tagespolitik. Foto: picture alliance / dpa

Nur in Großbritannien sind auch die Regierungsparteien durch EU-Skepsis geprägt.

Die Briten waren zwar mit dem beginnenden Kalten Krieg durchaus einverstanden. Bei ihnen war jedoch, im Gegensatz zu Deutschen und Franzosen, der Patriotismus intakt geblieben. Die Bedeutung der nationalen Souveränität war an der Themse mit dem Krieg gestiegen; zwischen Rhein und Elbe und an der Seine war die Nation hingegen in Verruf geraten. In einem geteilten Deutschland waren nationale Gefühle sowieso unmöglich, nicht nur wegen der Nazi-Diktatur. In Frankreich teilten nur Gaullisten und Kommunisten den Glauben an die Würde der eigenen Nation.

Für Großbritannien begann eine lange Zeit des Niedergangs. Das größte Weltreich der Menschheitsgeschichte wurde aufgelöst. Die britische Volkswirtschaft kam nicht auf die Beine, während die Bundesrepublik zur selben Zeit ihr Wirtschaftswunder erlebte. In den 1960er Jahren fingen die Eliten auf der Insel an, von einer europäischen Zukunft zu träumen. Doch General de Gaulle – seit 1959 französischer Präsident – legte zwei Mal sein Veto gegen einen EWG-Beitritt Großbritanniens ein. Erst nach dessen Tod konnte das Vereinigte Königreich die Römischen Verträge unterschreiben.

Vorhang aus Lügen

Die politische Klasse in London wusste sehr wohl, dass die europäischen Strukturen in eine politische Union mündeten – und damit den Wünschen des Volkes widersprachen. Alle Regierungen seit dem Tory-Premier Harold Macmillan (1957–1963) haben deshalb die tatsächlichen Konsequenzen des EWG-Beitritts verschleiert. Sie wussten, dass die Briten nicht bereit waren, ihre nationale Unabhängigkeit aufzugeben. Das ist bis heute so geblieben, und deswegen spielt David Cameron dasselbe Spiel wie seine zahlreichen Vorgänger: ein Spiel, das von dem pro-europäischen Journalisten Hugo Young in den 1990er Jahren zu Recht als «im Wesentlichen eine Lüge» bezeichnet wurde.

Doch die Briten lassen sich nicht reinlegen. Zehn Jahre lang – von Margaret Thatchers Bruges-Rede gegen ein vereinigtes Europa im Jahre 1988 bis zum Machtverlust der Tories 1997 – hat die Europa-Frage die Konservative Partei zerrissen und die innenpolitische Debatte auf der Insel dominiert. Eine Dekade zuvor hatte sich Labour auf ähnliche Weise zerfetzt: Die traditionell antieuropäische Kraft profilierte sich nur sehr kurzzeitig anders – während des Referendums

1975. Damit ist das Vereinigte Königreich das einzige Land, wo der Euroskeptizismus nicht nur in Umfragen dominiert und von Anti-System-Parteien artikuliert wird – etwa dem Front National in Frankreich, der Alternative für Deutschland oder den Freiheitlichen in Österreich –, sondern es die Regierungsparteien selbst sind, die, wenn auch nur in Teilen, die Ablehnung eines aus Brüssel regierten Superstaates verkörpern. In keinem anderen EU-Mitgliedsstaat wäre es vorstellbar, dass sich sechs Minister vor einer Volksabstimmung für einen Austritt aussprechen (siehe Infobox).

Camerons Scheitern

Die Lügenpolitik, von der Hugo Young schrieb, tauchte dieses Jahr wieder auf – nämlich als David Cameron versuchte, der Öffentlichkeit einzureden, er hätte von der EU wesentliche Zugeständnisse erhalten. So müsse London sich nicht an künftigen Integrationsstufen beteiligen, EU-Ausländern erst nach vier Jahren Aufenthalt Sozialhilfe gewähren und auch in Zukunft nicht das Pfund zugunsten des Euro aufgeben. Nun, so tönte der Premier, könne Großbritannien endlich einen angemessenen Platz in der EU einnehmen. Sein Bluff wurde sehr schnell entlarvt. Sobald er den sogenannten Deal mit seinen europäischen Partnern unterschrieben hatte, wurde der Premier von den großen Londoner Zeitungen lächerlich gemacht. Keine hat an seine «Garantien» geglaubt, manche haben ihn sogar vehement beschimpft.

Dass die sogenannten Zugeständnisse der EU tatsächlich nichts wert sind, sieht man an der Tatsache, dass sie im aktuellen Abstimmungskampf niemals erwähnt werden. Die Auseinandersetzungen bezie-

hen sich auf die großen Fragen der EU-Mitgliedschaft im Allgemeinen. Mangels guter Argumente versuchen die Pro-Europäer, die Wähler mit übertriebenen, geradezu apokalyptischen Szenarien zu erschrecken. Wie der Hahn, der in Edmond Rostands Fabel glaubt, über die Sonne zu befehlen, tun sie so, als ob ohne die EU der Himmel auf die Erde fallen würde. Der britische Umweltminister behauptete sogar, ein Brexit würde die Klimaerwärmung beschleunigen...

Seit 2002 ging fast kein Referendum in Westeuropa zugunsten der EU aus.

Seit dem Maastricht-Vertrag 1992 haben die Eurokraten in Westeuropa praktisch kein Referendum gewonnen. Die Dänen 1992, die Franzosen und die Niederländer 2005, die Iren 2001 und 2008 – sie alle haben gegen EU-Europa gestimmt. Die Niederländer sind im April 2016 sogar rückfällig geworden, als sie mit deutlicher Mehrheit gegen das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine stimmten. Siege für Pro-EU-Kräfte 1998 in Dänemark und Irland, als der Amsterdamer Vertrag verabschiedet wurde, werden ausgeglückt durch die Niederlagen von 2000 und 2003, als Dänemark und dann Schweden den Euro ablehnten. Wenn die Briten also am 23. Juni gegen die EU stimmen, werden sie sich endlich ihren kontinentalen Partnervölkern angeglichen haben. ■

«Wer regiert dieses Land wirklich?» Mit diesem Plakat warb die Unabhängigkeitspartei UKIP bereits im Jahre 2014. Foto: Getty Images



Für und gegen Brexit



Das Referendum über den EU-Verbleib wurde zwar vom konservativen Premier David Cameron angesetzt, doch seine eigene Partei ist gespalten: 162 Unterhausabgeordnete sind, wie er, gegen den Brexit, aber 135 sind dafür. Zu den prominenten Fürsprechern eines Austritts gehören fünf Mitglieder seines Kabinetts, der bisherige Londoner Bürgermeister Boris Johnson und der (gescheiterte) Tory-Kandidat für die Neuwahl zu diesem Amt, Zac Goldsmith.

Das Lager der EU-Gegner hat sich in drei parteiübergreifenden Gruppen formiert: Zu Grassroots out gehören Nigel Farage und UKIP, außerdem die Labour-Politikerin Kate Hoey und der ehemalige Tory-Minister Liam Fox. Daneben gibt es Vote Leave unter Führung von Boris Johnson und Leave.EU, gesponsert vom Finanzmogul Arron Banks. Publizistisch wird der Brexit unterstützt von *Daily Express*, *Daily Mail*, *The Spectator* und *The Sun*.

Das Pro-EU-Lager wird von Labour angeführt; nur sieben ihrer 222 Abgeordneten sind für den Brexit. Auch die Liberalen Demokraten, die Grünen, die Schottische National Partei und die nordirische Sinn Fein befürworten einen Verbleib in der EU. Diese Position wird auch von *Economist*, *Guardian* und *Financial Times* beworben.

Anstecker der Austrittsbefürworter. Foto: picture alliance / AP Photo

John Laughland ist ein britischer Historiker, Philosoph und Journalist. Er ist Direktor des Institut de la Démocratie et de la Coopération (IDC) in Paris. Zuletzt schrieb er in COMPACT 2/2016 ausführlich über den Schuman-Plan.



«Die EU ist der Tod der Demokratie»

Interview mit Nigel Farage

Er ist der Vater des Brexit: Nigel Farage lehrt Premier David Cameron das Fürchten, seit seine Unabhängigkeitspartei UKIP bei den Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2014 stärkste Kraft auf der Insel wurde.

Nigel Farage ist das Gesicht der britischen Unabhängigkeitsbewegung. Foto: picture alliance / AA

In aller Kürze: Warum sollte Großbritannien die EU verlassen?

Die eigentliche Frage beim aktuellen Referendum besteht darin, ob wir die einmalige Chance im Leben ergreifen wollen, dafür zu stimmen, Unabhängigkeit, eigene Staatsführung und die Kontrolle über die Gesetze sowie, ganz entscheidend, die Kontrolle über die Grenzen dieses Landes zurückzuerlangen – und gleichzeitig Freunde und Nachbarn mit allen in Europa zu bleiben.

Das klingt revolutionär. Ist die EU so repressiv?

Ich glaube an Demokratie. Ich glaube, dass, wenn eine Regierung schlechte Gesetze verabschiedet, man diese nach fünf Jahren rauswerfen und durch eine andere ersetzen können sollte, die den angerichteten Schaden rückgängig macht. Wenn aber ein europäisches Gesetz verabschiedet wird, gibt es nichts, was die Wähler, das Unterhaus oder die britische Regierung tun können, um es zu revidieren. Es gibt keine direkte Haftung innerhalb dieses Systems. Das ist aber nicht nur undemokratisch, sondern fundamental antidemokratisch. Es ist so schlimm geworden, dass während der Eurokrise die Ministerpräsidenten von

Griechenland und Italien praktisch in einem Staatsstreich beseitigt und durch ehemalige Mitarbeiter von Goldman Sachs ersetzt wurden. Die EU ist der Tod der Demokratie.

Milchmädchenrechnungen

Wie sieht es mit wirtschaftlichen Vorteilen durch die EU-Mitgliedschaft aus?

Kein halbwegs wohlhabendes Land würde heute noch dafür votieren, Mitglied der EU zu werden. Wenn wir im Juni über einen Eintritt in die EU abstimmen würden, dann müssten wir dem britischen Volk sagen, dass es in diesem Fall die Kontrolle und Souveränität seines Parlaments aufgeben müsste und 60 Prozent seiner Gesetze woanders gemacht würden. Ihr werdet Eure Fischfanggebiete aufgeben. Ihr müsst Eure Verbindung zum Commonwealth und der weiten Welt trennen, weil Ihr nicht länger befähigt seid, Eure eigenen globalen Handelsabkommen zu verhandeln. Oh und übrigens, für all das werdet Ihr eine Mitgliedsgebühr in Höhe von 55 Millionen Pfund pro Tag zahlen müssen.

Trotz allem behaupten der Internationale Währungsfond und die OECD, die Kosten eines Austritts wären beträchtlich.

Diese Organisationen sind mit überbezahlten, meist gescheiterten Ex-Politikern besetzt. Sie haben nicht dieselbe Glaubwürdigkeit bei ökonomischen Fragen,

Die EU-Mitgliedschaft kostet Großbritannien 55 Millionen Pfund pro Tag.



die sie früher einmal hatten. Tatsächlich mischen sie sich mittlerweile in politische Entscheidungen ein, die weit über ihr Mandat und ihre Kompetenz hinausgehen. Der IWF wurde praktisch von Pro-EU-Bossen gekapert. Dominique Strauss-Kahn und Christine Lagarde sind seit vielen Jahren kleine Puppen der EU. Sie waren es, die Brüssel geholfen haben, Griechenland zu verarmen, während sie für die desaströse Euro-währung Stimmung machten. Und die OECD ist in vielerlei Hinsicht ein Club globaler Eliten, deren Angehörige alle die *Financial Times* und den *Economist* lesen und dasselbe denken.

Barack Obama kündigte an, Großbritannien würde nach einem Brexit in Handelsgesprächen «ans Ende der Schlange» gesetzt.

Obama ist nicht mehr lange im Amt, seine Meinungen sind daher wenig folgenreich. Natürlich möchte er, dass das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP verabschiedet wird. Riesige amerikanische Konzerne wollen durch TTIP Zugriff auf unser staatliches Gesundheitssystem bekommen, damit sie es profitträchtig in seine Bestandteile zerlegen können. Die einzige Möglichkeit, uns vor den Folgen von TTIP zu schützen, ist, die EU zu verlassen. Aber was Obama sagt, ist ohnedies irrelevant, weil dieses Referendum eine souveräne Entscheidung des britischen Volkes ist, in dem er keine Stimme hat.

Die EU-Befürworter argumentieren, dass ein Brexit Arbeitsplätze kosten würde.

Die EU-Befürworter haben sich alle zusammen geschlossen. Sie haben Goldman Sachs, Siemens, den IWF – und sie haben Obama. Sie erzählen uns, wenn wir nicht in der EU blieben, würden uns entsetz-

liche Dinge passieren, weil wir nur als Teil der EU von wunderbaren Handelsabkommen profitieren. Tatsache ist, dass wir keinen guten Deal mit der Union haben. Für den Zugang zum europäischen Binnenmarkt zahlen wir eine Mitgliedsgebühr. Dabei müssen wir diesem Club nicht angehören, um Zugang zu seinem Binnenmarkt zu bekommen. Jedes Land der Welt kann das. Selbst im schlimmsten aller Szenarien, wenn Großbritannien keine erfolgreichen Neuverhandlungen über einen privilegierten Marktzugang gelingen sollten und wir uns einfach an die Regeln der Welthandelsorganisation halten müssten, selbst dann wären die Kosten für die EU-Zölle geringer als unsere bisherigen Netto-Beitragsleistungen.

Was wären die Auswirkungen des Brexit?

Nach einem Brexit dürften wir unsere eigenen Handelsabkommen abschließen. Unser Höchster Gerichtshof läge nicht länger de facto in Luxemburg. Die Massenmigration aus der EU, die, wie der Vorsitzende der Pro-EU-Kampagne sagt, mehr Wettbewerb um Arbeitsplätze schafft und die Löhne der Nichtfachkräfte drückt, würde zurückgehen – mit der willkommenen Folge höherer Einkommen für britische Arbeiter.

Vorbild Australien

Sie möchten die Personenfreizügigkeit wieder abschaffen?

Die Netto-Einwanderung nach Großbritannien ist heute zehn Mal so hoch wie nach dem Zweiten Weltkrieg, zumindest wenn man den offiziellen Zahlen glaubt, was ich, ehrlich gesagt, nicht tue. Wir müssen in diesem Land alle sieben Minuten ein neues Haus bauen, nur um mit dem derzeitigen Zuwanderungsniveau klarzukommen. Dieses Jahr fehlen uns zehntausende Grundschulplätze, und die staatliche Gesundheitsbehörde steht buchstäblich unter unerträglichem Druck.



Außerhalb der EU lebt sich's besser: Die Schweizer setzten 2009 in einem Referendum ein Minarett-verbot durch. Foto: minarett.ch

Offene Grenzen für alle 500 Millionen EU-Bürger sind nicht zu verkraften.

Der Union Jack vor der Brüsseler EU-Kommission könnte bald eingeholt werden. Foto: EFE/Olivier Hoslet



Durchbruch für UKIP



Bei den Kommunalwahlen in Großbritannien Anfang Mai erzielte die Unabhängigkeitspartei UKIP «einen Durchbruch», so Nigel Farage. Landesweit kam sie auf ein Ergebnis von 12 Prozent und erhöhte die Anzahl ihrer Parlamentarier von 32 auf 58.

Die Labour-Partei, die entschieden für einen Verbleib in der EU votiert – bei den Konservativen gibt es zahlreiche Abweichler –, konnte ihre Verluste jedoch überraschend begrenzen und mit dem Sieg bei der Bürgermeisterwahl in London sogar einen spektakulären Erfolg erzielen.

Nigel Farage im Wahlkampf.
Foto: picture alliance / empics

«Ich kann nicht fassen, dass Merkel dumm genug ist, den EU-Beitritt der Türkei zu unterstützen.»

Nigel Farage (*1964) trat 1992 aus Protest gegen die Unterzeichnung des Maastricht-Vertrages aus der konservativen Partei aus und gründete die United Kingdom Independent Party (UKIP), deren Vorsitzender er auch heute noch ist. 1999, 2004, 2009 und 2014 zog er ins Europaparlament ein und ist dort wegen seines Redetalents gefürchtet. – Interview: Tino Perlick.

Was schlagen Sie vor?

Wir müssen die Kontrolle über unsere Grenzen zurückgewinnen. Sie können nicht für alle Bürger der EU, das sind 508 Millionen Menschen, offen sein. Nach dem Brexit sollten wir eine vernünftige, angemessene, normale Einwanderungspolitik einführen, ähnlich wie Australien. Wir sollten Menschen hereinlassen, die zu unserer Wirtschaft beitragen, jedoch in vernünftiger Anzahl. In diesem Zeitalter des Terrorismus – wenn Sie sich erinnern: Zwei der Attentäter des Massakers von Paris sind, als Flüchtlinge posierend, nach Europa gelangt – werden wir mit der wiedergewonnenen Kontrolle über unsere Grenzen sicherer, besser und geborgener leben.

Cameron behauptet, die Grenzen seien auch so sicher.

Cameron hat zehn Millionen Pfund britischer Steuergelder ausgegeben, um den Leuten ein Faltblatt unter die Tür zu schieben, auf dem steht, wenn sie für den Verbleib in der EU stimmten, blieben die Grenzen sicher. Doch alles, was an unseren Grenzen gemacht wird, ist, die Menschen zu bitten, kurz ihren Ausweis zu zeigen. Effektiv gesehen, haben wir gar keine Grenzen mehr. Eine halbe Milliarde Menschen kann ungehindert hierher kommen. Und lassen Sie mich vorhersagen: Infolge der Erweiterung der EU etwa durch die Türkei, infolge weiterer Krisen der Eurozone und weil Griechenland im Laufe des Jahres erneut Geld brauchen wird, kann die Anzahl von Armutsflüchtlingen aus der EU nur steigen.

Der Türkei-Pakt

Wird die Türkei in zehn Jahren Mitglied der EU sein?

Offenbar ist das Chaos, das wir an den griechischen Stränden beobachten, mittlerweile in die Korridore

von Brüssel eingezogen. Die EU ist angesichts der Erpressung durch Präsident Erdogan umgekippt. Die Türkei ist ein Land mit einer furchtbaren Menschenrechtsbilanz, dort werden Minderheiten misshandelt, und man warf Erdogan sogar vor, dem Islamischen Staat zu helfen. Die Türkei ist zu groß, zu arm und zu anders als wir, und ich will gewiss nicht, dass das Vereinigte Königreich in einer politischen Union mit ihr steckt. Aber offenkundig rückt deren Beitritt näher. Auf eine gewisse Art haben die autokratische Türkei und die antidemokratische EU viel gemeinsam – eine Verachtung für normale Wähler. Vielleicht sind die Türkei und die EU in politischer Hinsicht einfach wie für einander gemacht. Der einzige Weg, die Konsequenzen dessen zu vermeiden, ist der Austritt aus der EU.

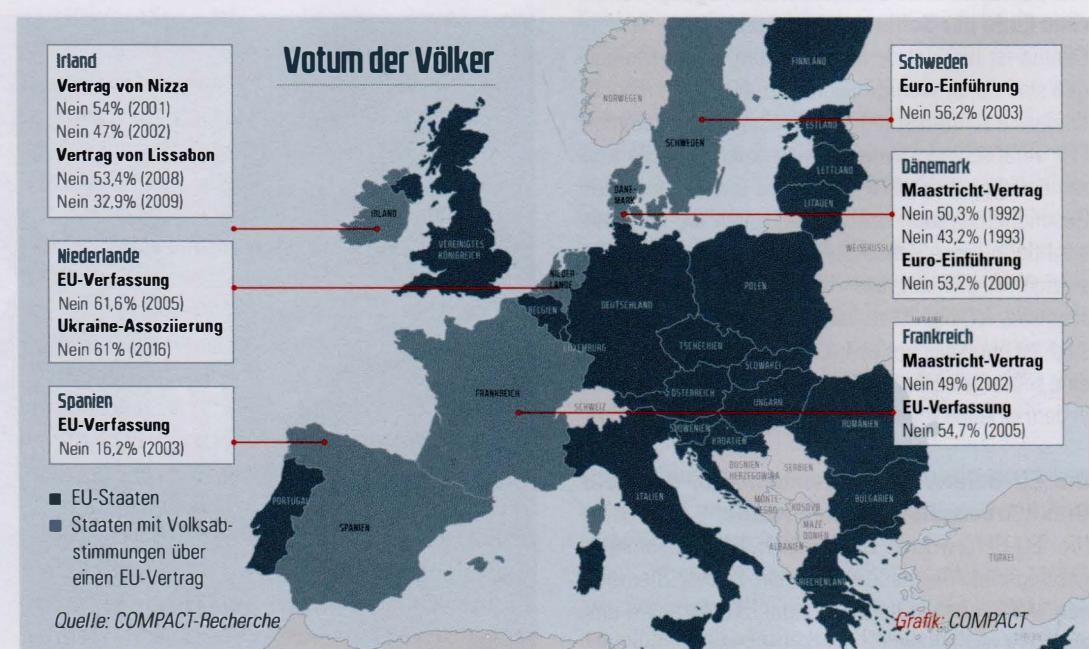
Angela Merkel wiederholt gebetsmühlenartig, dass sie zur Einheit Europas, nicht zu seiner Spaltung beitragen will.

Ich bin sicher, dass sie ein vereintes Europa unter ihrer Dominanz will. Da habe ich Neuigkeiten für sie: Ihre monumental überstürzte Entscheidung, alle Migranten aufzurufen, nach Deutschland zu kommen, hat erhebliche Spaltung und Bitterkeit bewirkt. Darüber hinaus hat sie der Türkei erlaubt, die EU zu erpressen. Ich kann nicht fassen, dass sie dumm genug ist, den EU-Beitritt der Türkei zu unterstützen, um sich aus dem Loch zu buddeln.

Wie würde sich ein Brexit auf den Kontinent auswirken?

Ein blühendes Großbritannien außerhalb der EU würde den Weg für den Rest Europas freimachen, die Kontrolle zurückzuholen und wieder zu stolzen, unabhängigen Nationen zu werden.

Vielen Dank für das Gespräch! ■



Verelendung nach Plan

von Tino Perlick

Die Bürger der EU werden ausgenommen – nach den Griechen sind jetzt vor allem die Deutschen dran. Mit TTIP zapft die Europäische Kommission unsere leistungsfähige Wirtschaft zur Unterstützung der maroden US-Ökonomie an. Der todgeweihte Euro dient als Vorwand für die Etablierung einer Wirtschaftsdiktatur.

«Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.» Mit diesen Worten erklärte der damalige Regierungschef Luxemburgs und heutige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker 1999 im *Spiegel* den politischen Einigungsprozess Europas. Dass am Ende des Wegs ein zentral regierter – besser gesagt verwalteter – europäischer Superstaat stehen soll, bezweifeln heutzutage nur noch die Uninformierten. Verbreiteter ist die Illusion, die politische Entrechtung würde uns wenigstens nicht unseren bescheidenen Wohlstand kosten. Dabei ist genau dies eines der Hauptziele der Union: die Umverteilung unseres Vermögens von den Fleißigen zu den Superreichen.

Beispiel TTIP: Seit 2013 verhandelt die EU-Kommission – und zwar hinter verschlossenen Türen! – mit den USA über die Erschaffung der größten Freihandelszone der Welt. Die Transatlantic Trade and Investment Partnership soll die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Regeln in Europa neu schreiben. Die USA nehmen hart erkämpfte Arbeitnehmerrechte und Umweltstandards ins Visier. Studien sehen als direkte Folge des Pakts eine Million europäische Arbeitsplätze bedroht; der erweiterte Wettbewerbsraum bedeutet noch mehr Lohndumping.

Demokratieabbau per Gesetz

«Was die Öffentlichkeit bislang von den Verhandlungen mitkriegen konnte, kam einem Albtraum gleich. Jetzt wissen wir, dass die schlimmsten Träume bald wahr werden könnten», kommentierte Jürgen Knirsch von Greenpeace die 248 Anfang Mai an die Öffentlichkeit gelangten Seiten aus dem geheimen Verhandlungsprotokoll. Die US-freundliche *Frankfurter Allgemeine* war sogleich um Schadensbegrenzung bemüht, musste aber einräumen, dass aus den geleakten Papieren dreierlei hervorgehe. «Erstens versuchen die Amerikaner mit allen Mitteln, die freie Einfuhr von Hormonfleisch und gentechnisch veränderten Pflanzen in die EU durchzusetzen. Sie schrecken auch nicht davor zurück, die für die Europäer wichtige Öffnung der amerikanischen Automobilmärkte damit zu verknüpfen.



Zweitens wollen sie ihrer Industrie mehr Einfluss auf die europäische Gesetzgebung verschaffen. Und drittens lehnen sie die Reformvorschläge der EU-Kommission für die umstrittenen Schiedsgerichte für Investoren ab; sie beharren auf dem bisherigen System.»

TTIP läutet eine Zeitenwende ein. Investoren sollen Regierungen auf Schadensersatz verklagen können, wenn nationale Gesetze, zum Beispiel im Bereich Arbeitnehmerschutz, sich profitmindernd auswirken. Die Amerikaner fordern außerdem nicht weniger als das Ende des in Europa geltenden vorbeugenden Verbraucherschutzes zugunsten ihres investitionsfreundlichen Risikoprinzips. Soll heißen: Nur wer den Schaden schon hat, kann klagen – hinterher und auf eigene Kosten. Die EU-Kommission befürwortet die Einführung eines gemeinsamen Regulierungsrats der USA und der EU, der Konzernlobbyisten bei der – für die Berechnung von Entschädigungen wichtigen! – Bewertung von Risiken künftig beispiellose Mitspracherechte ein-

Der Horror hat Gesichter: Bei seinem Deutschlandbesuch im April mahnte US-Präsident Obama seine Freundin Angela zum schnellen TTIP-Abschluss. Foto: Reuters/Fabrizio Bensch

Die EU-Kommission will TTIP auch ohne Zustimmung der nationalen Parlamente in Kraft setzen.

Die Goldmänner



Der Euro wird von Gewährsleuten der US-Großbank Goldman Sachs kontrolliert. Zwei Beispiele:

Mario Draghi, Chef der Europäischen Zentralbank (EZB): Von 2002 bis 2005 war er Vize-Direktor von Goldman Sachs International und soll in das betrügerische Frisieren des griechischen Staatshaushalts verwickelt gewesen sein, der die Aufnahme des überschuldeten Landes in die Euro-Zone ermöglichte.

Klaus P. Regling, Chef des Euro-Rettungsschirms (ESM): Lange Jahre im Bundesfinanzministerium und für den Internationalen Währungsfonds tätig, übernahm er im Jahr 2001 eine besonders sensible Position: Er wurde Generaldirektor der Wirtschafts- und Finanzabteilung der Europäischen Kommission. In dieser Funktion hätte er die von Griechenland eingereichten und von Goldman Sachs vorher frisierten Kennziffern über die Verschuldung des Landes prüfen müssen.

Mario Draghi. Foto: World Economic Forum, CC BY-SA 2.0, Wikimedia Commons

räumt. Ein vertraulicher Bericht der Bundesregierung vom Juli 2015 verrät, dass Berlin hierin die Etablierung «einer transatlantischen Behörde» jenseits parlamentarischer Kontrolle sieht. Nach außen hin werden derartige Befürchtungen natürlich abgestritten.

Nun droht der diktatorische Durchmarsch: Durch eine «vorläufige Anwendung» könnte die EU-Kommission TTIP ohne die Zustimmung der nationalen Parlamente in Kraft treten lassen. Wenn es nach Merkel und Obama geht, passiert das noch in diesem Jahr.

Die Euro-Versklavung

Die Unterwerfung unter die Wall Street beschleunigt die Refeudalisierung Europas. Schon jetzt ist laut Eurostat ein Viertel der EU-Bürger von Armut bedroht, in Deutschland ein Fünftel. Die von Goldman Sachs gekaperte Europäische Zentralbank (EZB) treibt die Enteignung der Bürger durch ihre Nullzins-Politik unerbittlich voran. Die Deutschen, die mehr auf der hohen Kante liegen haben als andere Völker, sind davon am meisten betroffen. Die Auszahlung einer Kapitallebensversicherung des Otto-Normal-Sparers hat sich seit 1995 halbiert.

Der Weg zum Superstaat führt über den Euro. Wie in dem im Juli 2015 vorgestellten «Bericht der fünf Präsidenten» (das sind die Chefs der höchsten EU-Institutionen: Mario Draghi, Martin Schulz, Donald Tusk, Jean-Claude Juncker und Jeroen Dijsselbloem) nachzulesen ist, sollen Pläne für ein europäisches Schatzamt inklusive Steuerhoheit und einen EU-Finanzminister bis zum Jahr 2025 verwirklicht werden. Man habe sich entschieden, «über die Wirtschafts- und Währungsunion hin zur politischen Einheit» zu kommen, verkündete Wolfgang Schäuble im August 2011. «Wir hatten die Hoffnung – und haben sie auch heute noch –, dass der Euro schrittweise die politische Union herbeiführen wird.»

Die Fachleute der Brexit-Kampagne Vote Leave haben berechnet, dass der Schuldendienst im defizitären Euroraum inklusive der Löcher in den Rentensystemen immer mehr staatliche Rücklagen auffressen wird – die Zuschüsse der öffentlichen Hand würden von derzeit 13,9 Prozent bis zum Jahr 2050 auf 21 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen. Um das Defizit zu begleichen, müssten die direkten und indirekten Steuern in den Mitgliedsländern im Schnitt um 17,6 Prozent steigen.

Vote-Leave-Vorsitzende Gisela Stuart hält die Eurozone daher für eine «tickende Zeitbombe». Als Alternative zur Steuereintreibung bleibe Brüssel nur die Tolerierung eines permanenten Haushaltsdefizits, was die Verschuldung der Eurozone in schwindelerregende Höhe treiben würde – mit bösen Folgen für die Kaufkraft der Kunswährung. In diesem Szenario ist mit einer Vereelendung zu rechnen, wie sie Griechenland bereits seit Jahren erlebt. Die durch TTIP ohnehin bedrohte öffentliche Daseinsvorsorge wäre nicht mehr finanzierbar – der Todesstoß für die deutsche Rente.

Das Euro-System führt die Nationalstaaten in den Bankrott.

So oder so führt EU-Europa in die geplante Insolvenz. Die Eurokrise sei eine «Freiheitsbewegung für das Kapital», fasst die globalisierungskritische Journalistin Naomi Klein die Situation in Griechenland zusammen. «Man will alles loswerden, was maximalem Profit im Weg steht. Also, wer hat noch was herzugeben? Die Wohlfahrtsstaaten in Europa. Und als Nächstes ist Deutschland dran. Glauben Sie, dass Sie immun sind? Nein. Sie werden sich Deutschland vornehmen, wenn sie mit Südeuropa fertig sind. Auch Frankreich ist dran. Keiner ist dagegen immun.» ■





Die große Zerstörerin

von Michael Klonovsky

Angela Merkel hat die Fundamente der CDU gesprengt, die Grundlagen der Geldwertstabilität beschädigt, die Energiewirtschaft erledigt, die Grenzsicherung aufgehoben, Grundgesetz und europäische Verträge gebrochen – und lässt nun das Staatsschiff auf den Abgrund zutreiben. Was sind ihre Motive?

Frage jemand die Bundeskanzlerin diskret, ob sie mit ihrer Politik den Interessen des deutschen Volkes diene, sie hielte diese Frage vermutlich für Satire. Ebenso gut könnte man sich bei Merkel erkundigen, inwieweit sie sich der deutschen Sprache verpflichtet fühle. Allmählich dämmert es Zigtausenden, dass die Zerstörungen, die Merkel dem Satzbau und der Syntax antut, liliputanesk sind verglichen mit jenen, die sie in der Wirklichkeit anrichtet. Eine Alternative zu ihr, natürlich einzig personell betrachtet (aber um nichts anderes geht es ja), ist nirgendwo greifbar. Ihre Demolierungen haben offenbar Erfolg. Doch welchem Zweck dienen sie?

Die Verfassungsfeindin

Zählen wir Merkels Abräumgroßtaten zuerst auf: Sie hat die CDU als konservative Partei zerstört und die gesamte rot-grüne Agenda übernommen, bis hinein in die Familienpolitik; sie hat die deutsche Energiewirtschaft erledigt – in welchem Maße, wird sich von Jahr zu Jahr deutlicher zeigen; sie hat nahezu jeden EU-Vertrag gebrochen, um, gern auch am Parlament vorbei oder in Nacht-und-Nebel-Aktionen wie

beim ESM, immer neue Milliardenhilfen an bedürftige Staaten durchzudrücken, womit sie zugleich das Fundament deutscher Finanzsolidität zertrümmert und die Erbsünde der Staatsverschuldung bis aufs x-te Glied erweitert hat; momentan zerstört sie mit ihrer Ausländerpolitik über die Köpfe der eigenen Landsleute, Ministerpräsidenten, Bürgermeister sowie der anderen EU-Staaten hinweg auf mittlere Sicht den sozialen Frieden und auf längere Sicht den Souverän, den zu vertreten und zu schützen eigentlich ihr Amt wäre. Auch dabei bricht sie ungerührt EU-Recht, in diesem Fall das Schengen-Abkommen und das von ihr zur Rechtfertigung des Masseneinlasses bemühte Grundgesetz gleich mit, denn seit dessen Änderung anno 1993 darf ein Asylbegehrender weder aus einem sicheren Drittstaat noch aus einem sicheren Herkunftsland herbeigeeilt kommen, um fortan Frau Merkel als seine gütige Landesmutter zu feiern. Warum tut sie das? Insbesondere beim fröhlichen «Macht hoch die Tür», mit welchem sie die Ungarn, die sich an EU-Gesetze halten, brüskiert und das kontinentweit als närrischer deutscher Sonderweg in die partielle Anarchie bekopftschüttelt wird, steht sie zumindest nicht unter jenem Druck der Nachbarstaaten, den diese noch zugunsten

Mutti der Nacht: Seit 16 Jahren führt Merkel die CDU, seit über zehn Jahren ist sie Kanzlerin. Foto: picture alliance/dpa



Griechenland hat sie bereits terminiert – doch Merkel ist noch lange nicht fertig. Foto: New Statesman

An der Spitze der ganzen auf Treibsand gebauten Pyramide wuchtet aussterbebereit die kinderlose Kanzlerin.



Dunkeldeutschland ist im Moment nur das Regierungsviertel. Foto: dapd

der Alimentierung unter anderem der Griechen ausübt. Warum also, um zum Problem im Radius meiner Wahrnehmungsfähigkeit zurückzukehren, veranstaltet Merkel das?

Die Überlinke

Eine möglich Antwort wäre: weil sie glaubt, das Gute, Wahre und Schöne zu tun. Notleidenden und Bedürftigen zu helfen. Die hehre Europa-Idee zu retten. Dunkeldeutschland zu bekämpfen. An die grüne Energie kann sie als Physikerin eigentlich nicht glauben, aber dass eine Person, die ein solches Deutsch spricht, sich weder von Solarzellen auf dem Dach des Ulmer Münsters noch von Windräder im Park von Sanssouci oder auf dem Kamm des Thüringer Waldes indignieren lassen würde, sollte man seufzend annehmen.

Eine andere, womöglich näherliegende, wenn gleich reichlich widerwärtige Antwort lautete: weil sie in jeder Lage und bei der Behandlung jedes Problems Parteipolitik auf eigene Rechnung betreibt. Bei der sogenannten Energiewende nahm Merkel einen vollkommen unbedeutenden Unfall in einem Atomkraftwerk am anderen Ende der Welt zum Anlass, den deutschen Atomausstieg durchzudrücken. Damit hatte sie die Grünen, damals Umfrageriesen im Land der allzeit Hysteriewilligen und kurzzeitig so etwas wie eine politische Gefahr, auf ihr übliches Format zurückgestutzt. Die Antwort auf die Frage, wen sie mit ihrer derzeitigen Einwanderungspolitik ausbooten will, stelle ich jedem selbst anheim. So viel dürfte klar sein: Kritik an ihrer Politik von links ist momentan nicht möglich. Die linke und linksliberale (ich habe das Wort nie verstanden, es ist eine euphemistische Selbstbezeichnung) Presse feiert sie, wie sie noch nie einen Christdemokraten ihren Darling hat sein lassen. Die SPD hechelt

beziehungsweise heuchelt der Allerwohlmeintesten und von den Medien Gebenedeiten hinterher und muss, wie mein Kollege Alexander Wendt scharfsichtig feststellte, dabei zusehen, dass ihr eigenes Kernwählermilieu durch die Einwanderer mittelfristig in einen gnadenlosen Konkurrenzkampf gerät, welcher der ganzen Mindestlohnredebatte hohnsprechen und die SPD vermutlich stärker ramponieren wird, als es die Genossen sich albträumen lassen. Jedenfalls werden sie Frau Merkels Ambitionen auch künftig nicht im Wege stehen; und sogar die grünen Spitzbuben reiben sich staunend die Augen angesichts der Tatsache, dass eine CDU-Frau die ethnische Wolfssubstanz der Teutschen so jäh und nachhaltig verdünnt, dass sie selber noch überflüssiger wirken als eine Horde Pyromen im Purgatorium.

Merkel hat den Ausnahmezustand, den sie zu managen fingiert, mit erzeugt.

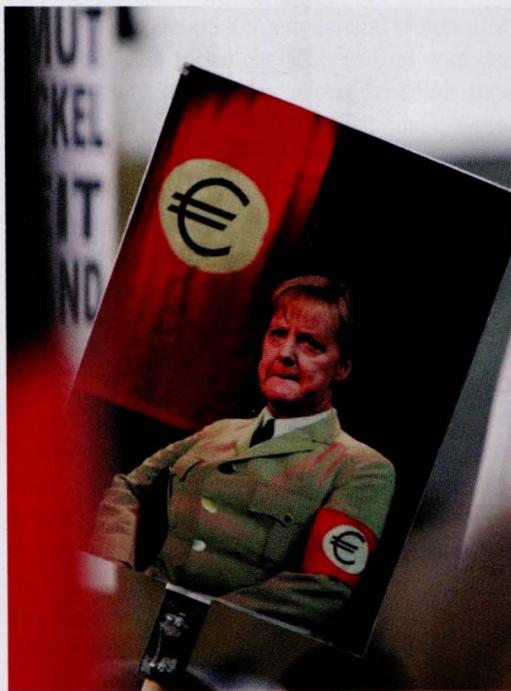
Kurzum, Merkel dominiert alle Parteien außer jener einen kleinbürgerlich-populistischen, die mit allem verfügbaren Mediengetrommel zum Paria gemacht wird. Die etablierten politischen Machtkartelle eint schließlich der Gedanke, das Wählermilieu rechts der CDU müsse politisch ohne Stimme und ohne parlamentarische Vertretung bleiben, egal wie groß es sein und eventuell noch werden mag. Die restlichen Wählermilieus sind hineichend grundversorgt und/oder staatsalimentiert, damit systemkonforme Wahlergebnisse zustande kommen. Und an der Spitze der ganzen auf Treibsand gebauten Pyramide wuchtet aussterberegert



«Sie wollen Polen wieder kontrollieren» titelte das Warschauer Nachrichtenmagazin Wprost im Januar 2016. Foto: wprost



Abwählen! – COMPACT-Cover im September 2013. Foto: COMPACT



Merkel in Uniform: Pegida-Demo im Oktober 2015 in Dresden.

Foto: Matthias Schumann/Imago

die kinderlose Kanzlerin, um sich den allmählich hereinbrechenden Lebensabend mit dem Gefühl enormer Wichtigkeit zu versüßen – ist das nicht zu prosaisch? Wenn es sich so verhielte – es ist ja nur eine Unterstellung –, was könnte obszöner sein? Dagegen spricht, dass die Kanzlerin in der Öffentlichkeit zunehmend gereizt wirkt, und wie aus der Fraktion verlautet, bestehen derzeit zwischen ihrem und Erdogans Führungsstil kaum Unterschiede. Wieder die bange Frage: Wozu?

Die Liquidatorin

Nicht nur die Linkspresse, die Asyllobby und die Araber feiern Frau Merkel für ihre Bestrebungen, möglichst viele und möglichst muslimische Flüchtlinge (respektive Einwanderer oder auch Eindringlinge) möglichst unkontrolliert nach Deutschland zu importieren, auch Wirtschaftsbosse wie Daimler-Chef Zetsche spenden Applaus für die Zufuhr von (billigen) Arbeitskräften, aus deren anspruchsarmer Riesenschar sie sich dann die fünf oder acht Prozent herauspicken werden, die sie gebrauchen können; um den Rest muss sich eben «die Gesellschaft» kümmern, also letztlich vor allem die steuerstrangulierte Mittelschicht; ist ja nicht ihr, der Zetsches, Ding – und Golf spielen sie im Zweifelsfalle halt woanders. Diese absonderliche Allianz aus Kapital und Linken, die seit dem Ende des Kalten Krieges zutage tritt und deren Kernbestreben die Auflösung der Nationen bzw. Völker ist, um eine leicht zu plündernde beziehungsweise zu »emanzipierende« und jedenfalls möglichst unkonturierte, wehrlose, manipulierbare, ethnisch unsolidarische Erdenkinder zu erzeugen, findet hierzulande in Frau Merkel eine willige Vollstreckerin. Zu ihren Destruktionsverdiensten wird man dereinst noch die Liquidierung der sogenannten sozialen Marktwirtschaft sowie des deutschen Restbürgertums/der deutschen Mittelschicht zählen (wenngleich ihrerseits womöglich nur nolens volens), und wenn wir ganz penibel sein wollen, schnitzen wir ihr für die Zerstörung der deutschen Wehrpflichtarmee ebenfalls eine Scharte ins Kerbholz.

Carl Schmitt lehrte, dass souverän sei, wer über den Ausnahmezustand gebiete. Dass sich Deutschland im Ausnahmezustand befindet, in einer ernsthaften Staatskrise, können auch die Jubelperser der Gesinnungspresse kaum mehr kaschieren. Merkel hat diesen Ausnahmezustand, den sie zu managen fingiert, wie gesagt mit erzeugt, indem sie EU-Gesetze bricht und das nationale Parlament umgeht, angeblich unter Sachzwängen, die »alternativloses« Handeln gebietrisch und eilends fordern.

Längst regiert sie die Bundesrepublik wie ein postdemokratisches, postparlamentarisches Präsidialregime, was nur deswegen kaum auffällt, weil sie kein Deutsch kann und auf nahezu jede rhetorische Legitimierung ihres Handelns verzichtet, derweil die Medien zugunsten ihrer Politik der offenen Tore ein Propagandageschrei anstimmen, das selbst einem DDR-Verwöhnten die Ohren betäubt. Nie in der deutschen Geschichte, die bösenvölkische Jahre ausgenommen, war es zugleich in einem solchen Grade wie heute möglich, Normalmenschen zu diskreditieren, zu beschimpfen, zu beleidigen, kollektiv herabzuwürdigen wie in der späten Ära Merkel, wo jeder, der die unkontrollierte Masseneinwanderung nicht besieghießt, als Dunkeldeutscher zum multimedialen Angegröltwerden freigegeben ist, so wie zuvor jeder EU-Skeptiker als Europahasser, jeder Konservative als Dumpfdeutscher diskreditiert wurde, und all das unter der Ägide einer Frau, die selber die DDR erlebt und offenbar wenig oder allzu viel daraus gelernt hat, vielleicht aber auch nur unfähig ist, es zu formulieren.

Die absonderliche Allianz aus Kapital und Linken findet in Merkel eine willige Vollstreckerin.

Wahrscheinlich wird Frau Merkel in die Geschichte der deutschen Kanzler als die zweitgrößte Zerstörerin eingehen – den Einen, Teuflischen wird sie nicht übertrumpfen –; nachdem sie diese Republik in den grünen Energie-Nonsense, in die Haftung für Abermilliarden von Schulden und in die in diesem Kontext nicht vollends unwichtige Übernahme der Schuld an allen Kriegen des 20. Jahrhunderts geführt hat, nimmt sie nun Kurs in Richtung einer allmählichen Auflösung von Staatlichkeit. ■

Vom «Focus» zu Petry



Nach über 25 Jahren im Journalismus wechselt Michael Klonovsky in die Politik. Der 54-Jährige gab Anfang Mai bekannt, künftig als «publizistischer Berater» der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry zu arbeiten. Dafür gibt der umtriebige Journalist seine Stelle beim Wochensmagazin *Focus* auf.

«Wir schaffen das!» war ursprünglich ein Ausruf von ihm gewesen – beim Anblick seines ersten Käsewagens in einem französischen Restaurant. Seitdem hat sein caesarisches Diktum es weit gebracht. So weit, dass der Urheber sich mittlerweile an sein Leben im Sozialismus erinnert fühlt: «2015 ist das DDR-ähnlichste Jahr meiner seit 1990 gesamtdeutsch-bundesrepublikanischen Existenz», schreibt Klonovsky in *Die Liebe in Zeiten der Lückenpresse*, dem neuen Band seiner *Acta diurna*, seinen Tagebuchnotizen aus 2015. Bereits 2010 befürwortete Klonovsky die Gründung einer neuen Partei rechts der CDU. Mitglied der AfD ist er bislang jedoch nicht. Zu seiner neuen Aufgabe sagte er gegenüber der *Süddeutschen Zeitung*: «Ich werde nicht Presse-sprecher, ich tauge nicht zur Sprechpuppe, sondern ich stelle Frauke Petry und der AfD sozusagen meinen Kopf zur Verfügung.» Der Begriff «Spin-Doctor» treffe es ganz gut.

Michael Klonovsky Foto: picture alliance/dpa

Mit freundlicher Genehmigung ist der Text dem gerade erschienen Buch von Michael Klonovsky «Die Liebe in Zeiten der Lückenpresse» entnommen (394 Seiten, 24,80 Euro, muanuscriptum-Verlag, Edition Sonderwege). Zwischenüberschriften von der Redaktion.

Verschwörung gegen VW

von Ralf Flierl

Dachten Sie im Ernst, es handelt sich um einen Abgasskandal? Wirft man einen genaueren Blick auf die Drahtzieher der Kampagne gegen den Wolfsburger Autobauer, treten andere Themen in den Vordergrund: Es geht gegen Verbrennungsmotoren als angebliche Klimakiller – und gegen einen der letzten Großkonzerne unter deutscher Kontrolle.

GM musste nur 900 Millionen Dollar Strafe zahlen – VW rechnet mit über 16 Milliarden.

Mehr als ein Menetekel: Von den Ermittlungen der US-Behörden sind weltweit bis zu zehn Millionen Fahrzeuge betroffen. Foto: picture alliance/Frank May

Alles begann mit einem Abgastest an VW-Modellen, den der International Council on Clean Transportation (ICCT) 2013/2014 in der West Virginia Universität durchführen ließ. Angeblich sollte nur gezeigt werden, wie verbrauchsarm und umweltfreundlich europäische Dieselmotoren sind, so der ICCT. Der Test fand unter realen Bedingungen statt, also nicht in einem Labor. Dabei fielen zwei der drei Fahrzeuge, ein VW Jetta und ein VW Passat, durch einen dramatisch über der gesetzlichen Grenze liegenden Ausstoß an Stickoxiden (NO_x) auf. Bei weiteren Untersuchungen, diesmal im Labor durchgeführt, waren die Abgase wieder im grünen Bereich. Man konnte sich diese Unterschiede nicht erklären und verlangte Aufklärung. Als VW schwieg, gab man die Ergebnisse schließlich im Mai 2014 an die United States Environmental Protection Agency (EPA) sowie das California Air Resources Board (CARB) weiter. Als die EPA schließlich damit drohte, sämtliche Zulassungsverfahren auf Eis zu legen, bis der Sachver-

halt geklärt sei, räumte der Konzern ein, dass seine Software zwischen Test- und Realbetrieb unterschied und die Motoreinstellung entsprechend regelte. Am 18. September 2015 eröffnete die EPA ein Verfahren gegen VW, und der Skandal kam an die Öffentlichkeit.

Grenzen der Physik

Dieselmotoren sind inzwischen extrem leistungsfähig. Aufgrund der sehr hohen Verbrennungstemperaturen wird der einst typische Rußausstoß weitestgehend vermieden. Die Kehrseite: Es werden immer kleinere Schadstoffteilchen emittiert, die zum Teil auch «lungengängig» sind, und es entstehen nun jene Stickoxide, um die es in dem Eklat geht.

Jede Methode, Schadstoffe zu filtern, geht zu Lasten von Leistung und/oder Verbrauch. Im Realbetrieb verletzt fast jeder Hersteller die Abgasnormen – aus vielfältigen Gründen: Wetter, Straßenverhältnisse und vor allem der Fahrer selbst haben hierauf Einfluss. Während der eine Fahrer zwölf Liter verbraucht, sind es bei dem anderen nur acht – auf ein und derselben Strecke. Kein Wunder, dass die vielen Modelle sogar die weniger strengen EU-Abgasnormen Euro5 und Euro6 verletzen, wie eine groß angelegte ADAC-



Studie bewies. Der US-Konzern General Motors (GM) hat hierfür eine trickreiche Lösung: Dort wird den Fahrzeugen bereits im Abgastrakt Frischluft zugeführt, was zwar die absolute Schadstoffmenge nicht reduziert, wohl aber den relativen Schadstoffanteil in den Auspuffausstößen. Während GM damit nur gegen den Geist der Abgasgesetze verstößt, tat es VW mit dem Einbau seiner Software auch gegen deren Wortlaut. Damit hat sich der Konzern ohne Wenn und Aber strafbar gemacht.

Dennoch ist es erstaunlich, wie in der Folge auf diesen führenden Konzern der deutschen Schlüsselindustrie eingeprügelt wurde. Besonders, wenn man sich vor Augen hält, wie die US-Justiz mit dem vorwähnten GM-Konzern umging – einem direkten Konkurrenten der Wolfsburger. Dessen «Zündschlossskandal» endete mit einer Zahlung von 900 Millionen US-Dollar sowie dem Versprechen, einen Fonds für die Opfer einzurichten. Im Vergleich zu den 45 Milliarden US-Dollar, die als Strafzahlungen für VW schon mal im Raum standen, und zu den 16 Milliarden US-Dollar, die VW kürzlich für die Schadensbegleichung effektiv zurückstellte, sind das Peanuts. Zur Erinnerung: Zündschlösser von GM-Fahrzeugen, die während der Fahrt willkürlich auf Aus sprangen, führten zu 124 Todesfällen und 275 Verletzen. Der Konzern wusste bereits Jahre vorher um das Problem und reagierte nicht.

Drahtzieher und Geldgeber

Taucht man ein bisschen tiefer, kann man sich in der Tat des Eindrucks nur schwer erwehren, dass es bei der Causa VW nicht nur um saubere Luft geht. Zwei weitere grundlegende Motive lassen sich ausmachen:

Zum einen die Klimapolitik: Die wichtigsten Geldgeber des ICCT sind die Familienstiftungen der beiden Hewlett-Packard-Gründer. Beide sehen sich als unbedingte Vorkämpfer für erneuerbare Energien. Damit aber stehen sie in Gegnerschaft zur Autoindustrie, die nach wie vor auf fossile Brennstoffe setzt. Man mag sich fragen, ob es nicht von Anfang an darum ging, Verbrennungsmotoren generell zu diskreditieren. In dieses Bild würde auch das Fazit passen, welches Ugo Bardi, italienischer Professor und Mitglied des Club of Rome, als Folge des Skandals auf seinem Blog zieht: «Das Zeitalter des Verbrennungsmotors ist vorbei. Das Elektroauto kommt spektakulär zurück.»

VW scheint den Wink mit dem Zaunpfahl verstanden zu haben. Im Januar 2016 präsentierte der Konzern auf der Consumer Electronics Show (CES) in Las Vegas die Studie des neuen Modells BUDD-e – eine modernisierte und futuristisch anmutende Elektroversion des nicht nur in den USA höchst beliebten VW-Bullys. Der gewaltige Imageschaden infolge des Abgasskandals zwingt den größten europäischen Automobilkonzern – bislang ein Skeptiker in Sachen



Elektroauto – zur Kehrtwende. Von nun an soll E-Mobilität die Zukunft des Unternehmens sein.

Krisenmanager Matthias Müller: Der ehemalige Porsche-Chef leitet seit 25. September 2015 den Vorstand von Volkswagen. Foto: picture alliance/Sven Simon

Ein weiterer, wichtiger Spender des ICCT ist die Nichtregierungsorganisation (NGO) ClimateWorks. Der Name ist Programm: Die NGO gehört zu den Vorkämpfern und unbedingten Verfechtern der Klimawandel-Religion und unterstützt weltweit Programme und Organisationen, die gegen die angebliche CO₂-induzierte Erwärmung «kämpfen». Wichtigster Geldgeber von ClimateWorks ist ausgerechnet die Ford Foundation.

Zerschlagung von VW als Ziel?

Zwar ist diese Stiftung nicht mehr am Ford-Konzern beteiligt, doch ist sie höchst einflussreich. Es werden engste Beziehungen zur CIA gepflegt, und der Präsident der Stiftung, Darren Walker, ist Mitglied des Council on Foreign Relations (CFR). Dieser Thinktank gilt wiederum als maßgeblicher Taktgeber der US-Außenpolitik – und finanziert den ICCT, der mit einem Test einen der erfolgreichsten globalen Konkurrenten der US-Automobilindustrie an den Abgrund bringt. Genau darum handelt es sich bei dem möglichen zweiten Motiv hinter der Abgasaffäre: Sie ver-

«Das Zeitalter des Verbrennungsmotors ist vorbei.»

Ugo Bardi

Stickoxide



Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Stickoxide zu reduzieren. Ein Verfahren setzt auf Zwischenspeicherung im NOx-Speicherkatalysator. Ist dieser nach etwa 60 bis 90 Sekunden «voll», dann wird der Sauerstoffgehalt im Katalysator für etwa zwei Sekunden verringert, wodurch die gespeicherten Stickoxide abgebaut werden. Ein anderes Verfahren reduziert diese Schadstoffe in einem SCR-Katalysator mittels Ammoniak zu Stickstoff, Wasserdampf und Kohlendioxid.

Strömungsgleichrichter in einem 1.6-TDI-Motor. Foto: Volkswagen AG

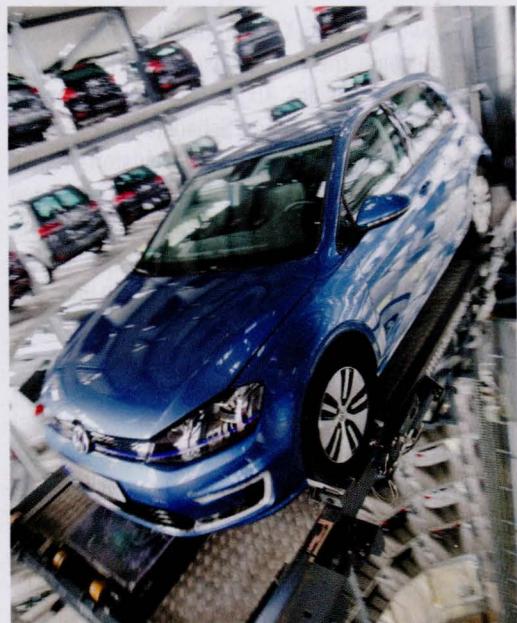
Bild rechts: Die Elektrovariante des Golf ist seit Februar 2014 im Handel. Foto: picture alliance/dpa

Ralf Flierl ist Chefredakteur des Finanzmagazins «Smart Investor».

setzt VW einen herben finanziellen Schlag: 2015 wird ihretwegen ein operativer Verlust von 4,1 Milliarden Euro ausgewiesen – nach einem operativen Gewinn von 12,7 Milliarden Euro ein Jahr zuvor. Vom Imageschaden, der letztlich die gesamte deutsche Autoindustrie trifft, ganz zu schweigen. VW muss allein in den kommenden drei Jahren rund 70 Milliarden Euro an Verbindlichkeiten refinanzieren. Angesichts des Skandals wird das deutlich schwieriger, auf jeden Fall aber – trotz des eigentlich sehr günstigen Zinsumfeldes – deutlich teurer. Eine Aufspaltung des VW-Konzerns erscheint da nicht unwahrscheinlich. Ist das der eigentliche Grund für den Skandal?

Denn die Eigentümerstruktur von VW ist eine große Ausnahme in der deutschen Börsenwelt. Seit der Zerschlagung der Deutschland AG, unter Federführung des Goldman-Sachs-Freundes und SPD-Finanzstaatssekretärs Jörg Asmussen, sind nicht mehr die deutschen Bürger – über ihre Kapitallebensversicherungen und deren Anteile an den Aktien – die Eigentümer der deutschen Konzerne, sondern mehrheitlich ausländische Investoren. Gut 60 Prozent der Anteilscheine der DAX-Unternehmen werden im Ausland gehalten – primär in New York und London. VW hingegen ist fest in deutscher Hand. Die beiden Familien Porsche und Piëch halten über die Porsche Holding rund 52 Prozent des Auto-Giganten. Weitere 20 beziehungsweise 17 Prozent liegen beim Land Niedersachsen und dem Emirat Qatar. Nur die verbleibenden gut 10 Prozent der Aktien sind im Umlauf. Soll über die Aufbauschung des Skandals eine Aufspaltung von VW erzwungen werden, bei der sich die maßgeblichen Spieler der City of London und der Wallstreet die Filestücke sichern können?

In dieses Bild würde die an den Haaren herbeigezogene Begründung passen, mit der der Fall als Finanzbetrug bewertet wird. Für ein Urteil – und eine mög-



liche Strafe – sind nun die letzten zehn Jahre maßgeblich – anstelle der letzten fünf, wie bei normalen Betrugsfällen. Weltweit sind mehr als zehn Millionen Fahrzeuge betroffen, deren Halter sich dank des absurd US-Rechts theoretisch allesamt an Sammelklagen gegen VW in den USA beteiligen können. Das könnte verheerend sein, wenn man an die in den USA gängige Praxis enorm hoher Strafzahlungen denkt.

ClimateWorks wird von der Ford Foundation mitfinanziert.

Angesichts dieser Ausgangslage ist das zögerliche Verhalten der Bundesregierung sehr verwunderlich. Anstatt sich – unabhängig vom begangenen Rechtsbruch – vor einen der wichtigsten Arbeitgeber des Landes zu stellen, wie das andere Staaten in vergleichbaren Fällen durchaus taten, wiegeln Kanzlerin und Bundeswirtschaftsminister ab: Es drohe der Industrie kein dauerhafter Schaden. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt setzte eine Untersuchungskommission ein und goss auf diese Weise noch mehr Wasser auf die Mühlen der US-Justiz. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks wiederum stimmte in den Abgesang auf den Dieselmotor ein: «Der Dieselantrieb hat nur dann eine Zukunft, wenn die Industrie beweist, dass sie ihn wirklich sauber bekommt», so ihre Kampfansage an eines der erfolgreichsten Produkte der deutschen Automobilindustrie.

Die angeführten Aspekte zeigen, dass es in der VW-Abgasaffäre also einen Skandal hinter dem Skandal gibt – mindestens einen. ■

«Rolling Coal»: Die Modifizierung der Abgasanlage ist ein Trend unter den Amis – dann aber auf VW schimpfen. Foto: trucktrend.com





Vater Staat gegen Mutter Natur

Interview mit Prof. Dr. Ulrich Kutschera

Die Ideologie des Gender-Mainstreaming verweigert sich biologischen Tatsachen und will den Mensch zum geschlechtlosen Wesen umerziehen. Das aktuelle Buch «Das Gender-Paradoxon» räumt mit den gröbsten Irrtümern auf.

Herr Prof. Dr. Kutschera, bitte erklären Sie doch mal unseren Lesern: Was ist Gender-Mainstreaming eigentlich?

Gender-Mainstreaming (GM) ist ein Kunstwort, das man wie folgt übersetzen kann: Eine radikal-feministische Politik-Agenda, die eine «Frau-gleich-Mann»-Ideologie in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen versucht – also nichts anderes als eine neue deutsche Bio-Politik. Man hat wahrscheinlich vorsätzlich dieses unsinnige Doppelwort eingeführt, um zu verschleiern, was wirklich geplant ist. Wenn sie hart arbeitende Menschen danach fragen, dann hat von diesen kaum jemand davon gehört. Wenn man dann erklärt, dass die Bundesregierung hier letztendlich Mann und Frau abschaffen und einen «Unisex-Menschen» kreieren möchte, den man beliebig formen kann, da greift sich ein normal denkender Mensch an den Kopf und sagt sich – das kann doch wohl nicht wahr sein, und dafür zahle ich Steuern!

Wann hat diese Gender-Agenda erstmals Einzug in die Politik gehalten?

Im Jahr 1995 wurde auf der Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking ein feministisches Politikprogramm gegen massive Widerstände vernunftbegabter Frauen mit mafiösen Methoden durchgeboxt. In diesem Programm geht es im Grunde darum, Fami-

lien abzuschaffen, und das sage ich als jemand, der in keiner Weise konservativ ist. Als Evolutionsbiologe kann ich Ihnen hoch und heilig versichern, dass Menschen über Jahrtausende hinweg immer nur in Familienverbänden überlebt haben. Wenn man dieses evolutionäre Erbe jetzt mit irgendwelchen Parolen zerschlagen will, dann ist das nicht nur eine Attacke gegen all das, was die Biowissenschaften an soliden Erkenntnissen erarbeitet haben, sondern auch gesellschaftspolitisch verwerflich.

Die Konstrukt-Saga

Was sagen Sie zu der These der Gender-Forschung, dass das Geschlecht lediglich eine soziokulturelle Konstruktion sei?

Als evolutionärer Entwicklungsbiologe mit Fachpublikationen zu verschiedenen Organismengruppen kann ich Ihnen versichern, dass sich Tiere – wie auch Menschen, unabhängig von den gesellschaftlichen Zuständen – in 99 Prozent aller Fälle eindeutig in männliche beziehungsweise weibliche Richtung entwickeln. Das Geschlecht ist beim Menschen ab dem zweiten Schwangerschaftsmonat festgelegt, das heißt, die «Gender Identity» kann in der Regel nicht nachträglich verändert werden. Es gibt seltene Ausnahmen, die als Entwicklungsstörungen zu kennzeichnen sind.

Sex ist politisch: Mit provozierenden Paraden will die Gender- und Homolobby weltweit ihren Lebensstil als Norm durchsetzen. Nicht überall ohne Widerstand. Diese Gay Pride Parade in Istanbul wurde später von der Polizei aufgelöst.

Foto: Ozan Kose/AFP/Getty Images

«Da wird man an dunkle Zeiten der deutschen Vergangenheit erinnert.»

Moneys Menschen-versuche

«John Money (1921–2006) war definitiv ein hochintelligenter Mann, keine Frage. Das Problem war: Er wollte, getrieben durch irgendwelche Minderwertigkeitskomplexe, unbedingt berühmt werden. 1955 hat er dann seine widersinnige Theorie formuliert, nach der Menschen als geschlechtsneutrale Unisex-Babys zur Welt kommen. Bis dahin blieb diese Meinung bloße Theorie, bald bekam er jedoch die Gelegenheit, seine Thesen experimentell zu überprüfen. Das Experiment mit den Zwillingssbrüdern Reimer ging furchtbar schief: Beide Brüder haben sich mit Mitte dreißig das Leben genommen. Der zum Mädchen umgebauten David Reimer beging 2004 mit 38 Jahren Selbstmord und sein Bruder schon zwei Jahre vorher, weil er das Leid des Bruders nicht ertragen konnte. Trotzdem wird dieser Fall bis heute als Beweis für die Unisex-Theorie des Menschen angesehen.» (Prof. Dr. Ulrich Kutschera)

Vater, Vater, Sohn. Oder ist es doch eine Tochter? Im Genderwahn ist alles möglich. Foto: Creatas/Thinkstock

German Gender

Haben Sie eine Erklärung dafür, dass der Gender-Wahn besonders in Europa, vor allem aber in Deutschland so stark um sich greift? Sie sprechen ja von einer «Scheinwissenschaft made in Germany».

Ja, die habe ich. Das kommt daher, dass es in Deutschland noch immer eine starke Staatshörigkeit gibt. Man passt sich einfach jedem noch so absurdem Trend an, schwimmt mit dem Strom. Da wird man leider an dunkle Zeiten der deutschen Vergangenheit erinnert, als die manipulierten Massen einem Führer hinterhergelaufen sind. Gerade wieder aus Stanford/Kalifornien (USA) zurückgekehrt, kann ich Ihnen versichern, dass die GM-Ideologie, das heißt das Umsetzen einer wissenschaftlich widerlegten «Frau-gleich-Mann»-Glaubenslehre, ihr Zentrum in Deutschland und Österreich hat. Wie ich in meinem Buch dargelegt habe, geht diese pseudowissenschaftliche Geschlechter-Ideologie auf die Irrlehren des pädophilen KindesmissHandlers John Money zurück, der an der Johns Hopkins University [USA] geforscht und gelehrt hat. In Amerika ist der Moneyismus lange überwunden, in Deutschland lebt er als politisches Leitprinzip fort. (siehe Infobox Seite 37)

Was hat Sie eigentlich motiviert, ein Buch mit dem Titel «Das Gender-Paradoxon» zu veröffentlichen?

Nachdem ich 2015 in einigen Leitmedien – unter anderem rbb, Spiegel Online, Focus – zur Gender-Ideologie interviewt worden bin und diese Irrlehre als universitäre Scheinwissenschaft bezeichnet habe, war es notwendig geworden, meine Argumente, und zwar

mit Quellenangaben, in Buchform zusammenzufassen. Man warf mir 2015 vor, ich würde «persönliche Ansichten» verbreiten, was jedoch nicht der Fall ist – alle meine Thesen werden durch solide Quellen, das heißt zitierte Fachbeiträge, belegt. Bei der Verbreitung der Gender-Lehre geht es darum, antiquierte Vorstellungen über Männer und Frauen in die Öffentlichkeit zu tragen, einschließlich der Bewerbung eines Homo-Lifestyles, wogegen ich mit biologischen Argumenten angehe – das Thema Homosexualität bei Menschen und Tieren nimmt im Buch einen breiten Raum ein.

Sie beklagen, dass die sogenannte Gender-Theorie heute auch schon in die Lehrpläne von Grund- und Hochschulen einfließt. Wie weit geht das?

In einigen aktuellen Schulbüchern wird gelehrt, Mädchen seien so aggressiv wie gleichaltrige Jungs und junge Männer hätten einen angeborenen Mutterinstinkt, so als wären sie Frauen. In meinem Buch habe ich dargelegt, dass diese Behauptungen falsch sind. Es ist verantwortungslos, im Schulunterricht Kindern beizubringen, dass bei typisch männlichen Verhaltensweisen, die im Wesentlichen testosterongesteuert sind, die Biologie überhaupt keine Rolle spielt. Hier werden Kinder vorsätzlich biopolitisch manipuliert. Man kann diese Propaganda im Grunde mit kreationistischer Indoctrination vergleichen – die ganze Gender-Agenda ist nichts weiter als eine säkulare Religion, pseudowissenschaftlicher Nonsense, der über politische Programme verbreitet wird und eigentlich nur destruktiv wirkt. Ich bin noch nicht darauf gekommen, was daran positiv sein soll, wenn man Männer verweiblicht und Frauen vermännlicht – das Fundament jeder Gesellschaft wird dadurch zerstört.

«Kinder werden vorsätzlich biopolitisch manipuliert.»

In der letzten Zeit sind in den Medien Fälle diskutiert worden, in denen Eltern – zumeist alleinerziehende Mütter – ihre Kindergeschlechtsneutral erziehen wollen, so wie es die Gender-Lehre predigt. Da werden Kindern Unisex-Namen gegeben, Jungen sollen mit Puppen spielen...

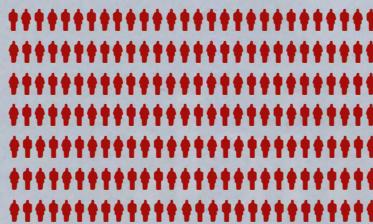
Evolutionsbiologen wissen, dass neugeborene Säugerbabys zu 99 Prozent entweder männlich oder weiblich sind und sich dementsprechend männlich oder weiblich verhalten – diese Regel gilt nicht nur für Affen, sondern ebenso für Menschen. Auch experimentell wurde bestätigt, dass Kleinkinder bereits in den ersten Monaten eindeutig geschlechtsspezifische Verhaltensweisen zeigen. Jungen greifen eher zu harten Spielzeugen – Autos zum Beispiel; Mädchen bevorzugen weiche Gegenstände – Puppen und dergleichen. Wenn man nun dieses evolutionäre Erbe abschneidet und sagt «Ihr seid alle Unisex-Wesen»,



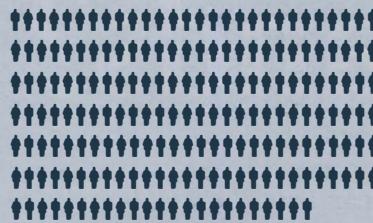
Förderung der Gender-Ideologie

Professuren in Deutschland im Vergleich (Stand 2015)

Genderprofessuren 196



Pharmazieprofessuren 191



Quelle: Berliner Datenbank Genderprofessuren

Grafik: COMPACT



Ikone des Gendergaga: «Männin» Wurst beim Life-Ball in Wien 2014.
Foto: Manfred Werner, CC-by-sa 3.0, Wikimedia Austria



Mit seinem Buch will Kutschera «die letzten Nägel in den Sarg der Gender-Ideologie schlagen». Quelle: privat

dann ist das völlig inakzeptabel und müsste sofort per Gesetz unterbunden werden. Aber biowissenschaftlicher Sachverstand ist in der deutschen Politik leider kaum vorhanden.

Der flexible Einheitsmensch

Sie vergleichen Gender-Mainstreaming auch mit den Bestrebungen marxistisch-kommunistischer Menschenexperimente der Vergangenheit...

Weil diese Analogie auf der Hand liegt. Wie im Buch dargelegt, kann ich aus eigener Erfahrung sagen, dass die heutige «Frau-gleich-Mann»-Agenda von totalitären Staatssystemen der Vergangenheit und Gegenwart inspiriert ist. Hier richten sich pseudowissenschaftliche Ideologien gegen die evolvierte menschliche Natur. Das ist moralisch verwerflich und sollte rückgängig gemacht werden.

Sie gehen also davon aus, dass hier eine politische Agenda auf die Zerstörung der Vater-Mutter-Kind-Familie abzielt. Wo will die Politik mit uns hin?

Das ist eine sehr gute Frage. Meine Kernthese ist, dass hinter der Gender-Mainstreaming-Agenda eine Riege naturwissenschaftlich unterbelichteter Ideologen steht, die weder von Biologie noch Chemie irgendeine Ahnung haben. Die Agenda wurde von Personen erdacht, die dem logisch-naturwissenschaftlichen Denken fernstehen, und dann kommt eben so eine menschenverachtende, feministische Absurdität heraus. Die Behauptung, man könne morgens als biologischer Mann aufstehen und sich danach dafür entscheiden, eine Frau zu sein – oder umgekehrt – ist

absurd, ebenso wie der angeblich frei wählbare Homo-Lifestyle oder die Behauptung, es gäbe mehr als zwei Geschlechter. Diese Aussagen habe ich im Buch durch solide Fakten widerlegt.

Hinter Gender-Mainstreaming steht eine Riege naturwissenschaftlich unterbelichteter Ideologen.

Kann man nicht auch von bösem Willen sprechen, von einem bewussten Plan zur Transformation der Gesellschaft?

Wenn ich spekuliere, dann würde ich sagen ja, man kann hinter dem Ganzen einen Generalplan erkennen. Es kann schon sein, dass Deutschland beziehungsweise Mitteleuropa besser regierbar gemacht werden soll. Das könnte man sich vorstellen, und dass hinter dieser Politik-Agenda praktische Interessen stehen. Wenn man die Familien zerstört, die Kinder ganz früh in Verwahranstalten gibt, wie das zum Beispiel in der DDR üblich war, ihnen dann einredet, dass sie weder Junge noch Mädchen sind, dass sie keine angeborene Geschlechtsidentität haben, dann kann man sich psychische Krüppel heranziehen. Diese sind dann wiederum auf bestimmte radikal-feministische Weltanschauungen prägbar. Es drängt sich der Verdacht auf, dass diese Gender-Biopolitik zu einer leichteren Lenkbarkeit der betreffenden Menschen führen soll.

Herr Kutschera, haben Sie vielen Dank für dieses spannende Gespräch! ■



Prof. Dr. Ulrich Kutschera
Quelle: privat

Prof. Dr. Ulrich Kutschera ist Physiologe und Professor für Evolutionsbiologie an den Universitäten Kassel und Stanford, Kalifornien. Er beschäftigt sich besonders mit der Rolle von Steroidhormonen während der Entwicklung von Pflanzen und dem Sexualverhalten bestimmter Tierarten. Im Februar 2016 erschien sein Buch «Das Gender-Paradoxon – Mann und Frau als evolvierte Menschentypen» in der Reihe Wissenschaft und Glaube im LIT Verlag (440 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3-643-13297-0). – Das Gespräch führte COMPACT-Redakteur Marc Dassen. Aus redaktionellen Gründen wurde es gekürzt und behutsam stilistisch redigiert.

Jetzt testen!

Wer bringt den bissigsten Wochenrückblick Deutschlands?

Bestellen Sie jetzt 4 Wochen kostenlos zur Probe unter 040-41400842
oder vertrieb@preussische-allgemeine.de. Der Bezug endet automatisch.



Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

«Die Amerikaner erinnerten mich an eine Kolonialmacht»

Interview mit Joachim Paul

Austreten oder reformieren: Die AfD streitet über ihr Verhältnis zu NATO und EU. Der Vize-Landeschef von Rheinland-Pfalz stellt klar: Deutschland muss sich auf ein neues Bündnisystem vorbereiten.

Herr Paul, die AfD verlangt in ihrem Parteiprogramm den Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland. Über die Forderung nach einem NATO-Austritt wurde auf dem Stuttgarter Parteitag dagegen nicht abgestimmt.

Ich persönlich hätte mir ein stärkeres Signal gewünscht: Wir ziehen uns aus der NATO zurück, wenn es keine Reformen gibt, die der veränderten Situation 70 Jahre nach dem Krieg gerecht werden. Ich kann aber natürlich auch Alexander Gauland verstehen, der vor dem Hintergrund der Geschichte vor einer Isolation Deutschlands gewarnt und den Bundesparteitag aufgerufen hat, den Austritt aus der NATO nicht in das Bundesprogramm aufzunehmen, insbesondere weil wir keine alternativen Konzepte hätten. Auf der anderen Seite ist es mit der NATO – die die unmittelbare Nachkriegszeit und den Kalten Krieg repräsentiert – doch wie bei der EU: Wenn man den Austritt nicht in den Raum stellt und nicht darüber diskutiert, dann fehlt der Druck, um eine nachhaltig veränderte Sicherheitspolitik einzuleiten. Es ist richtig: Die Bundeswehr ist kaputtgespart worden und nur noch bedingt einsatzbereit. Sie ist in diesem Zustand auf die NATO-Partner angewiesen. Wir dürfen uns aber nicht im Status quo einrichten.

Wie könnten denn ein reformierter Nordatlantik-Pakt oder auch ein anderes Sicherheitsbündnis aussehen?

Warum kann es nicht ein in die NATO integriertes europäisches Kern-Bündnis geben, das viel enger zusammenarbeitet und bislang neutrale Staaten wie Österreich, Schweden und Finnland mit einschließt?

Neue Nachkriegsordnung

Glauben Sie denn, dass die alliierten Truppen, also im Wesentlichen die Amerikaner, einfach so aus Deutschland abziehen?

Man kann provokant feststellen: Unser Parteitag war ein erster Schritt in Richtung einer neuen Nachkriegsordnung. In Rheinland-Pfalz sind die Amerikaner nicht unbeliebt und stellen in strukturschwachen Gebieten einen Wirtschaftsfaktor dar. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite erleben wir auf vielen Veranstaltungen, dass die Bürger die Frage nach der Souveränität

Ursprünglich war das Gelände der Bad Aibling Station ein US-Kriegsgefangenenlager. Seit 1971 spioniert die NSA von hier das besetzte Deutschland aus. Foto: Archiv



Deutschlands neu stellen. Sie sagen, wir müssen neu verhandeln und wieder Herr im eigenen Hause werden. Natürlich werden die USA ihren politischen Einfluss nutzen, um den Fuß in der Tür zu behalten. Das Schreckgespenst Russland wird bereits jetzt bemüht.

Heißt der Begriff Nachkriegsordnung, dass die NATO-Truppen in Deutschland Besatzungstruppen sind – oder doch Verbündete?

Man kann das von beiden Seiten sehen. Der erste Generalsekretär der NATO soll gesagt haben, dass diese gegründet wurde, um Deutschland klein und die Russen draußen zu halten. Natürlich musste man die Alliierten auch als Besatzungstruppen bezeichnen, die die Westbindung militärisch absicherten. Dazu ein Erlebnis aus der Zeit, als ich in den 1990er Jahren selbst Soldat war: Damals haben wir Objekte der Amerikaner bewacht. Mir ist schon damals aufgefallen, dass wir im Grunde nichts zu sagen hatten und immer artig Erlaubnis einholen mussten. Überspitzt gesagt: Die Amerikaner erinnerten mich an eine



Joachim Paul. Foto: afdneuwied.de

Wir müssen wieder Herr im eigenen Hause werden.

NATO-Debatte in der AfD

«Wenn sich die NATO-Strategie nicht umgehend und grundsätzlich ändert, wovon in der jetzigen bündnisinternen Machtkonstellation nicht ausgegangen werden kann, muss Deutschland, um den Frieden in Europa zu sichern, auch zu einem unkonventionellen Schritt bereit sein.» Björn Höcke

«Wir müssen weg von der US-Dominanz und verstärkt Positionen vertreten, die im deutschen und europäischen Interesse sind. Das geht aber nur, wenn wir in der NATO bleiben. Wer sich selbstabseits stellt, hat keine Chance, etwas zu verändern.» Alexander Gauland

«Aus der NATO auszutreten, wäre falsch und fatal.» Jörg Meuthen

Joachim Paul (*1970) iststellvertretender Landesvorsitzender der AfD in Rheinland-Pfalz und zog im März in den Landtag ein. Der Gymnasiallehrer ist zudem seit September 2015 Mitglied im Koblenzer Stadtrat. – Das Interview führte Martin Müller-Mertens.

In Grafenwöhr (Bayern) wird auf 226 Quadratkilometern scharf geschossen. Foto: U.S. Army Europe

Kolonialmacht. Da stellt man sich als junger und politisch interessierter Soldat schon die Frage, wie weit es mit der Souveränität des Staates, dem man als Wehrpflichtiger dient, her ist.

Ist Deutschland denn souverän?

Souveränität heißt für mich auch, dass auf dem Gebiet der Bundesrepublik keine extraterritorialen Basen bestehen. Auch eine verbündete Macht darf nicht schalten und walten, wie sie will.

Auch in Bezug auf die Europäische Union und den Euro hat die AfD keine klare Austrittsforderungen, sondern einen Zwei-Stufen-Plan: Erst Reformen anstreben, und erst bei deren Scheitern über einen Austritt abstimmen. Fallen Sie damit nicht hinter ursprüngliche Forderungen zurück?

So groß der Unmut auch ist, die Angst vor der Isolation ist natürlich im kollektiven Bewusstsein verankert. Eine Forderung nach schnellem Austritt um jeden Preis findet keine Mehrheit. Westbindung und NATO-Mitgliedschaft werden von vielen konservativen Wählern, die zum Beispiel politisch in der Union sozialisiert und durch Angela Merkels Politik der offenen Grenzen nun heimatlos geworden sind, ganz grundsätzlich positiv gesehen. Ich halte die Forderung nach Reformen in Verbindung mit einem Plan B für richtig.

Renaissance des Nationalstaates

Was könnte EU oder Euro-Zone ersetzen?

Man könnte zum Beispiel von einem Nordeuro-Währungsraum ausgehen. Denken Sie an Österreich, Belgien, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Finnland. Diese Staaten haben im Grunde ähnlich starke Volkswirtschaften, die zugleich miteinander vergleichbare soziale Marktwirtschaften sind. In diesen Län-

dern bilden nicht Großkonzerne, sondern eine starke mittelständische Wirtschaft das ökonomische Rückgrat. Im Euro-Raum und der EU werden aktuell Staaten zusammengebunden, die wirtschaftlich wenig gemein haben. Denken Sie an das große Nord-Süd-Gefälle, an die tief greifenden Unterschiede zwischen Ost- und Mitteleuropa.

Also Rückbau zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft?

Ja, zu einer Wirtschaftsgemeinschaft souveräner Staaten. Man darf nicht unterschätzen, wie stark die ökonomischen Beziehungen seit Jahrzehnten das Miteinander unter den europäischen Staaten geprägt haben: Annäherung durch Handel. Der Binnenmarkt besteht seit Jahrzehnten, er kam gut ohne den Euro aus. Offenkundig schwindet die Bereitschaft der Bürger, nationalstaatliche Kompetenzen an Brüssel abzutreten, mit jedem weiteren Integrationsschritt, den die EU fordert. Der Aufstieg der EU-kritischen Parteien und die Entstehung von Bündnissen EU-kritischer Staaten – wie der Visegrad-Gruppe – sind darauf zurückzuführen.

Der nächste Konflikt steht schon vor der Tür.

ren. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich in Deutschland eine Mehrheit für eine europäische Arbeitslosenversicherung und in Polen eine Mehrheit für eine von Brüssel aus gesteuerte Asyl- und Einwanderungspolitik versammeln lässt. Tatsächlich erleben wir, dass die Bürger weitere Entgrenzungen ablehnen. Der Nationalstaat in modifizierter Form steht möglicherweise vor einer Renaissance.

Lange wurde die EU durchaus von Mehrheiten positiv gesehen oder zumindest passiv unterstützt. Wann ist die Stimmung gekippt?

Es fing mit der Eurokrise an, die Asylkrise war der Katalysator. Gerade in der Asylkrise sehen wir, dass es überhaupt kein gemeinsames Konzept gibt. Es gibt Staaten, die machen die Grenzen dicht. Es gibt Staaten, die lassen die Grenzen so lange offen, bis sie von der Bevölkerung zum Handeln gezwungen werden, nennen es dann aber nicht Grenzschließung, sondern verschleiern diese Maßnahme. Schauen wir auf das kleine Mazedonien: Es wurde von der EU regelrecht angestiftet, die Grenze zuzumachen. Hinzu kommt Merkels schräger Deal mit der Türkei, einer außereuropäischen Macht. Nun will die EU eine neue Verteilungsrunde anordnen: Länder, die wiederholt keine Asylanten aufnehmen, sollen Strafe zahlen: Verteilungsroulette statt ernsthafter Grenzsicherung. Das werden sich die Visegrad-Staaten nicht bieten lassen. Der nächste große Konflikt steht also schon vor der Tür. ■



Dossier

Seite 42-50

Die neue Opposition



Alternative
für
Deutschland

Eine Horrorvision erschüttert das Establishment: Linke und Rechte könnten sich verbünden und zum Sturz der Kanzlerin, sogar zur Revolution blasen. Schon wird Sahra Wagenknecht als Überläuferin verdächtigt – außerdem hätten die Kommunisten bereits in der Weimarer Zeit mit den Völkischen eine sogenannte Querfront gebildet. Davon stimmt zwar nur die Hälfte – aber immerhin: Es ist einiges in Bewegung.

Aufstand der Mitte

von Jürgen Elsässer

Ein Gespenst geht um im politischen Feuilleton – die Querfront: Linke und Rechte könnten sich im Kampf gegen das System zusammenschließen. Doch der Rückgriff auf ähnliche Bündnisversuche in der Weimarer Zeit führt in die Irre: Heute begehrn nicht die Ränder der Gesellschaft auf – sondern das Zentrum.



Von wegen Nazis... Neben Schwarz-Rot-Gold der 1848er Revolution dominiert bei Pegida – hier am 21. März 2016 – der Fahnenentwurf des Widerstandskämpfers Josef Wirmer aus dem Jahr 1944. Foto: picture alliance / AP Photo

Nicht die Querfront der Ränder, sondern der Querschnitt der Gesellschaft trägt heute den Widerstand.

Der *Bayerische Rundfunk* warnte im Februar vor einer «Brücke zwischen den Extremen» und bezeichnete das Faszinum als «Querfront». Zur Bedeutung des Phänomens hieß es dort: «Querfront, dieser Begriff hat in den letzten Monaten eine steile Karriere hingelegt. zieht man die Daten von Google Trends zurate, (...) dann kann man sehen, dass sich vor dem März 2014 kaum jemand für das Wort Querfront zu interessieren schien. Danach jedoch explodierten die Suchanfragen zu dem Thema förmlich, ein Boom, der bis heute anhält.» Die *Frankfurter Rundschau* unkte schon im August 2015: «Demokratiefeinde, Islamophobe, Putinfreunde, Linksnationale und Rechtsextreme bauen sich eine neue Heimat. Die sogenannte "Querfront" vereint politische Hetzer (...).» Die scheinbar wissenschaftliche Unterfütterung der Panikmache lieferte im selben Monat eine Studie der gewerkschaftsnahen Otto-Brenner-Stiftung unter dem Titel «Querfront – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerkes». Die *Zeit* fasste deren Inhalt so zusammen: «Es ist ein bizarres Netzwerk. Der einstmal linke Journalist Jür-

gen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT, spielt sich die Bälle zu mit Pegida, der AfD, Politikern der Linkspartei oder dem ehemaligen Radiomoderator Ken Jebsen (Ken FM). Er betätigt sich als Agitator für den Kreml, schmiedet Allianzen aber auch zu Vertretern etablierter Parteien. (...) Tatsächlich ist das Netzwerk um COMPACT und Elsässer durchaus ernst zu nehmen.»

Restauration statt Revolution

Doch das Verwunderliche ist: Keine der genannten Gruppen und Personen hat je mit dem Begriff «Querfront» geworben. Das Etikett stammt ausschließlich von deren Gegnern, zumeist Journalisten der Monopolpresse – sie haben selbst für die Konjunktur des Q-Wortes gesorgt, die sich schließlich in Google-Suchanfragen niederschlug. Tatsächlich verrät die Verwendung des Begriffes die Ratlosigkeit, wenn nicht sogar Gehässigkeit der Mainstream-Journalie: Man will mit einem Griff in die historische Mottekkiste ein Phänomen der Gegenwart diffamieren, das damit wenig zu tun hat. Zwar formiert sich heute, wie in der Weimarer Republik, die Opposition gegen das politische Establishment. Doch während sich in der damaligen Querfront tatsächlich die extremen Flügel zu verbünden suchten – wobei die Initiative von der Spitz der Kommunisten ausging (siehe Seite 49/50) –, ist es heute die gesellschaftliche Mitte, die aufgeehrt.

Kurz gesagt: Nicht die Querfront der Ränder, sondern der Querschnitt der Gesellschaft trägt heute den Widerstand. Legt man die soziologischen Untersuchungen zu den Teilnehmern der Dresdner Pegida-Demonstrationen oder auch zur AfD-Anhängerschaft zugrunde, so bilden bisherige Wähler von Union, SPD und Linkspartei die Mehrheit. Ihnen geht es nicht, wie den Bolschewisten und Völkischen vor 90 Jahren, um Revolution, sondern, ganz im Gegenteil, um Restauration. Sie wollen nicht das Dritte Reich zurück und auch nicht das Sowjetsystem, sondern sozusagen die gute alte Bundesrepublik in der Tradition von Helmut Kohl und Helmut Schmidt. Es geht ihnen weder um Nationalsozialismus noch um Kommunismus, sondern um soziale Marktwirtschaft. Die Freundschaft zu Russland, die man in diesem Milieu findet, ist nicht die späte Frucht der SED-Propaganda, sondern der bundesdeutschen Entspannungspolitik, mit der eigentlich erst Angela Merkel im Zuge der Ukraine-Krise Schluss gemacht hat.

Den Umsturz des Systems, den die Querfrontler aller Couleur in den 1920er Jahren tatsächlich anstrebten, haben die allermeisten Anhänger von AfD, Pegida und COMPACT gerade nicht im Sinn – sie

beklagen ganz im Gegensatz dazu, dass das Merkel-Regime selbst diesen Umsturz betreibt und – am deutlichsten durch die unkontrollierte Öffnung der Grenzen und die Forcierung einer historisch beispiellosen Einwanderungswelle – den Staat selbst zerstört.

Das Ende der alten Lager

Im Unterschied zu den historischen Querfront-Strömungen, die sich dezidiert entweder als links oder als rechts definierten, lehnen die heutigen Protestierer in ihrer Mehrheit diese Etiketten ab. Der Eindruck, sie seien rechtspopulistisch, entsteht nur deswegen, weil die linken Funktionäre – mit Ausnahme von Sahra Wagenknecht und wenigen anderen – jedes Gespür für die Nöte des eigenen Volkes verloren haben und dieses nun seine Fürsprecher nolens volens fast ausschließlich auf der anderen Seite des politischen Spektrums findet.

Robin Hood, Thomas Müntzer und Wilhelm Tell waren weder links noch rechts.

«Nicht links, nicht rechts, sondern vorn» – dieser Slogan, zu Anfang der 1980er Jahre von den damals noch jungen Grünen geprägt, wurde von COMPACT bei seiner Gründung 2010 übernommen. Er ist kein Marketing-Gag, sondern fußt auf einer ökonomisch-politischen Analyse: Die heutige Gesellschaft spaltet sich nicht mehr, wie es Karl Marx beschrieb, hauptsächlich in Arbeiter und Kapitalisten. Spätestens mit der Entfesselung der Finanzmärkte im Zuge der Globalisierung beobachten wir einen anderen Frontverlauf, und zwar auf der ganzen Welt: Hier die 99 Prozent der Ehrlichen und Arbeitenden – und dort das eine Prozent der internationalen Finanzoligarchie. Über ihre Ope-

rationszentralen, die Wallstreet und die City of London, und über Transmissionsriemen wie die US-Notenbank Federal Reserve und die Europäische Zentralbank beherrschen die Geldsäcke die Regierungen der Nationalstaaten und beuten den Mann am Fließband und die Frau an der Supermarktkasse ebenso aus wie den ehrlichen Fabrikanten. Selbst große Konzerne wie VW müssen ihre Peitsche fürchten, wenn sie nicht gefügig sind (siehe Artikel Seite 32).

Die heutige Gesellschaft ähnelt damit wieder der früherer Jahrhunderte. Auf der einen Seite stehen die supranationalen Dynastien, auf der anderen Seite das in allen Schichten entrichtete Volk. Damals waren es die Dynastien des Adels wie die Windsors, Habsburger und Romanows; heute sind es die Dynastien des Geldes, die Rockefellers und Co. Das Volk blutet, heute wie damals. Aber es kämpft. Wir kennen seine Helden aus den Geschichtsbüchern: Das waren etwa Robin Hood, Klaus Störtebeker, Thomas Müntzer und Wilhelm Tell. Die waren weder links noch rechts, das gab es damals nicht. Sie waren einfach für das Volk: für uns da unten, gegen die da oben.

Das Elend der Linken besteht darin, dass sie im Zuge der 1968er Revolte – einem Amalgam aus Anarchismus und Finanzkapital – ihren Verstand und die eigenen Ideale verkiffert haben. Deswegen verachten sie heute das Volk und die Volksbewegungen, die sich nicht dem Diktat der Politischen Korrektheit unterwerfen. Das führt zu idiotischen Verrenkungen: Während hierzulande Gysi & Co. jede sachte Annäherung von Wagenknecht an AfD-Positionen geißeln, hat in Griechenland ihre dortige Bruderpartei Syriza längst ein Regierungsbündnis mit einem Koalitionspartner geschlossen, der keineswegs weniger «rechtspopulistisch» ist als die Blauen hierzulande. Doch je schriller die Apparatschiks vor einer Aufhebung der antiquierten politischen Lager warnen, umso eher wird sie Wirklichkeit werden: Auf der Straße und an den Wahlurnen läuft ihre Basis über. ■

Die patriotische Linke

«Wenn eine fremde Macht ein Volk ermahnt, die eigene Nationalität zu vergessen, so ist das kein Ausfluss von Internationalismus, sondern dient nur dem Zweck, die Fremdherrschaft zu verewigen.» Friedrich Engels

«Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk; und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehre, ist die deutsche Nation.» KPD-Führer Ernst Thälmann

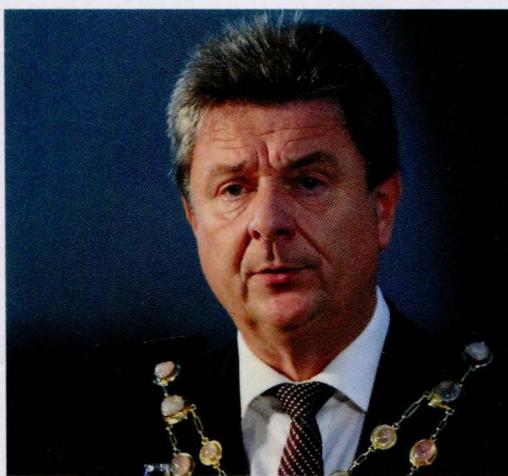
«Patria o muerte» (Vaterland oder Tod). Che Guevara



«Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land.» Willy Brandt, Wahlslogan 1972

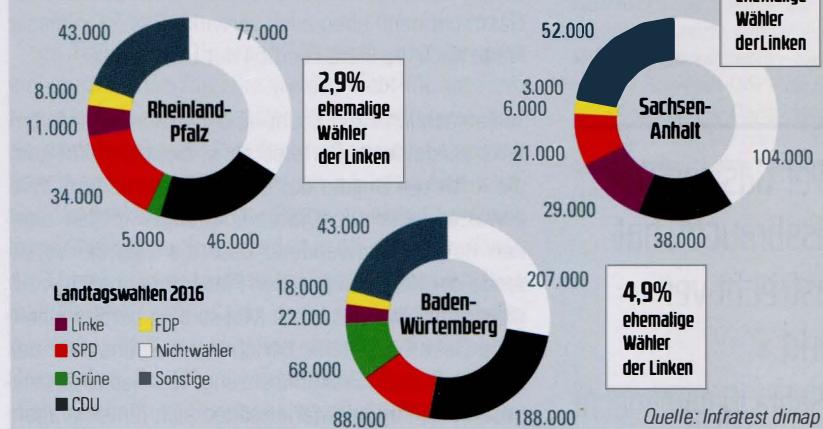
«Heute, nach so vielen Kämpfen, haben wir ein Vaterland, dem wir uns hingeben können. (...) Denn wir sind Revolutionäre, wir sind Sozialisten, wir sind Menschen. Wir sind so manches, doch im tiefsten Wesenskern sind wir Patrioten.» Hugo Chavez, sozialistischer Präsident Venezuelas, 2013

Mit 45,8 Prozent fuhr die SPD 1972 das beste Bundestagswahlergebnis ihrer Geschichte ein. Abb.: SPD



Aus Wut über die Asylpolitik der SPD trat Magdeburgs Bürgermeister Lutz Trümper 2015 aus seiner Partei aus. Foto: Jens Wolf/dpa

Wählerwanderung von der Linkspartei zur AfD



Quelle: Infratest dimap



Die rechte Linke

von Martin Müller-Mertens

Sahra Wagenknecht ist das Gegenbild der links-grünen Globalistencliquen: Für das Volk, gegen das Kapital. Deswegen wird sie vom linken Establishment als «AfD light» attackiert.



Linker Patriotismus: Die Kinderhymne von Bertolt Brecht war Motto des 7. Parteitages der PDS im Jahre 2000. Foto: Die Linke. PDS

«Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt.»
Sahra Wagenknecht

Der Angriff wirkte sorgsam vorbereitet: Im roten Kostüm stand Sahra Wagenknecht am 11. Januar 2016 vor der roten Pressewand auf der Fraktionsebene des Bundestages. Ihren Co-Chef Dietmar Bartsch ließ sie 13 Minuten lang ein routinemäßiges Statement zur aktuellen Lage referieren. Dann zündete die 46-Jährige mit einer «kurzen Ergänzung» die politische Bombe: Zum Jahreswechsel hatte der Grapscher-Terror von Köln und anderen Städten Deutschland erschüttert. Nun sprach die Linken-Ikone aus, was viele Deutsche längst fordern: «Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann eben auch verwirkt. Das ist in dieser Frage auch die klare Position der Linken.»

Tatsächlich kann kaum eine Position weiter vom links verkleideten Parteiestablishment entfernt sein als Kritik am Dogma der bunten Bereicherung. Wie erwartet fielen die Diäten-Empfänger in den eigenen Reihen postwendend über die einstige Vorsitzende der Kommunistischen Plattform her. «Ich weiß nicht, wann wir das letzte Mal so eine heftige inhaltliche Debatte hatten», berichtet ein Teilnehmer der anschließenden Fraktionssitzung. Nur sechs der insgesamt 64 Parlamentarier sollen sich hinter Wagenknecht gestellt haben, darunter Dieter Dehm, Ex-Par-

teichef Klaus Ernst und Michael Schlecht. Wagenknechts Vorgänger an der Fraktionsspitze, Gregor Gysi, verlangte gar eine monolithische Einheit der Partei im Bereicherungstaumel. «Bei einer so zentralen Frage wie der Flüchtlingsfrage kann es keine zwei Meinungen in einer Partei geben», sagte er dem *Bayerischen Rundfunk*. Dass sich die Linke mit ihrem Refugee-welcome-Blindflug auch in Widerspruch zur eigenen Wählerschaft begibt, stört die Mandatsträger dabei keineswegs. «Wenn uns das zwei oder drei Prozent kostet, dann ist das eben so», fabulierte der Berliner Linken-Vorsitzende Klaus Lederer, dessen Landesverband sich erst langsam vom desaströsen Regierungsbündnis mit der SPD bis 2011 erholt. «AfD light», ätzte die Parteivorsitzende Katja Kipping gegen die Fraktionsvorsitzende.

Auch der szenenähe Teil der Lügenpresse schoss sich umgehend auf die Politikerin ein. Den Tonfall gab unter anderem das Magazin *Potemkin* vor, in dem der ehemalige Partefunktionär Juan Brakebusch Wagenknecht unter die «Volkstribunen des linksrechtsvölkischen Mobs» rechnete. Für die *Taz* war Wagenknecht nun «im Zweifel deutsch». Jakob Augsteins *Freitag* sah die Linke «rechts blinken». Das Magazin *Vice* rückte sie in die Nähe von «Neonazi-Parteien». «Wie rechts ist die Linke?», fragte die *Huffington Post*. Ob Wagenknecht ein Beispiel dafür sei, «dass sich die politischen Extreme am Ende doch berühren», fragte die *Frankfurter Allgemeine*.

Die Beschimpfungen fallen auf ihre Urheber zurück. Denn es ist Sahra Wagenknecht, die linken Idealen treu blieb: Parteinahe für die Unterdrückten, an der Seite des Volkes – gegen nationales wie globales Kapital. Hinzu kommt eine grundsätzlich staatsbejahende Haltung. Mit dem volksverachtenden Nationalnihilismus der Latte-macchiato-Bourgeoisie und ihrer Antifa-Fußtruppen hat dies kaum etwas zu tun.

Linke für die AfD

Während das links-grüne Establishment aufschreit, trifft Wagenknecht in die Herzen der eigenen Basis. 2010 fragte Emnid nach den Chancen einer – hypothetischen – Partei des sozialdemokratischen Enfant terrible Thilo Sarrazin, der gerade seinen Bestseller *Deutschland schafft sich ab* veröffentlicht hatte. Während sich unter allen Deutschen etwa 18 Prozent vorstellen konnten, ihr Kreuz bei einer solchen neuen Kraft zu machen, waren es bei den Linken 29 Prozent – und damit mehr als bei den Wählern aller anderen Parteien. Sechs Jahre später wandern immer mehr Linken-Wähler zur Alternative für Deutschland (AfD) ab. In Sachsen-Anhalt votierten gleich 29.000 bisherige Unterstützer der Sozialisten für die Nationalkonservative um André Poggenburg. Selbst in den alten Bundesländern ist dieser Trend unübersehbar: In Baden-Württemberg waren es 22.000, in Rheinland-Pfalz 11.000. Wie stark sich die Basis beider Parteien überschneidet, wird vor allem beim Stimmensplitting deutlich. So votierten 2014 bei der Landtagswahl in Thüringen 18 Prozent aller AfD-Zweitstimmenwähler mit der Erststimme – noch – für die Linke. Die Zeiten, in denen PDS und Linke gleichbedeutend für eine Antiestablishment-Alternative standen, sind vorbei. Wagenknecht fordert – vergeblich – Konsequenzen: «Wir müssen darüber nachdenken, warum wir den Zugang zu einem erheblichen Teil unserer früheren Wähler verloren haben.»

Dass sie quer zur auf rot-rot-grüne Bündnisfähigkeit getrimmten Parteilinie liegt, ist nicht neu. In der Außenpolitik vertritt sie einen klassischen Anteil-

rialismus. Ihre Haltung zum Syrienkrieg: Es ist «Sache des syrischen Volkes und nicht der Amerikaner, wer in Damaskus regiert». Der Berliner Koalition schrieb sie ins Stammbuch, dass diese sich zum «Deppen der US-Oligarchen und ihrer Regierung in Washington» mache. Über die Ausspitzelung Deutschlands durch den US-Geheimdienst NSA twitterte Wagenknecht unter der Überschrift «Neues aus der US-Kolonie». Auch in der Eurokrise beteiligte sich Wagenknecht nicht an den Beschimpfungen der Kritiker. Im Gegenteil: «Wer die Gründer der AfD als Populisten abstempelt, macht es sich zu leicht. In vielen Punkten haben sie mit ihrer Kritik an der derzeit praktizierten Euro-Rettung recht.»

Als der damalige FDP-Wirtschaftsminister Philipp Rösler im Sommer 2013 junge Südeuropäer zur Ausbildungseinwanderung nach Deutschland aufrief, verteidigte Wagenknecht die Interessen deutscher Lehrlinge. Solche Aussagen seien «eine Ohrfeige für hunderttausende junge Menschen, die in Deutschland leben und von denen viele nie eine Chance bekommen haben», sagte sie der *Welt*. «Bevor wir die Talente aus anderen Ländern abwerben, müssen wir eine Ausbildungsoffensive in Deutschland starten und die verlorene Generation ausbilden.»

«Natürlich gibt es Kapazitätsgrenzen.» Sahra Wagenknecht

Selbst Pegida ist für Wagenknecht vor allem eine Bewegung des Volkes. Dort gebe es «eine Reihe von Leuten, die da hingehen, weil sie die herrschende Politik ablehnen, weil sie empört sind über prekäre Jobs und miese Renten. Sie haben das Gefühl, da ist endlich mal eine Protestbewegung», mahnte sie bereits im Januar 2015 in der *Frankfurter Rundschau*. Anfang 2016 forderte sie Obergrenzen für Asylanten und sah eine rote Linie beim Zustrom als Selbstverständlichkeit an: «Natürlich gibt es Kapazitätsgrenzen, wer das leugnet, ist doch weltfremd.»

Sahra bringt Stimmen

Im Frühjahr 2015 stand Wagenknecht vor dem innerparteilichen Aus. Sie werde «nicht für die Funktion einer Fraktionsvorsitzenden kandidieren», gab sie damals bekannt – de facto war es eine Kapitulation. Wagenknecht werde «auch zukünftig eine wichtige Vordenkerrolle in der Partei spielen», kommentierte Kipping herablassend. Am 13. Oktober wurde die Ehefrau Oskar Lafontaines, gemeinsam mit Dietmar Bartsch, schließlich doch zur Fraktionschefin gewählt – gegen den Widerstand des Parteipaten Gregor Gysi. Der Grund war schlchter Pragmatismus: «Sahra sichert uns Stimmen», zitiert die *Taz* im Januar 2016 namentlich nicht genannte Realos. ■

Für die Nation



Im Jahre 2000 forderte die damalige PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer von ihrer Partei eine Abkehr vom antinationalen Kurs. «Die meisten Linken definieren sich heute meist außerhalb oder gegen Deutschland, gegen die Nation. Genau das will ich verändern. Ich muss doch nicht unbedingt ein Land bekämpfen, wenn ich Verhältnisse in ihm ändern will. Mit Hass können wir keine Menschen gewinnen und schon gar nicht deren Angst vor der PDS abbauen.» Zuvor hatte sie in ihrer Antrittsrede erklärt: «Deutschland ist schön – ich liebe es.» Nach offensichtlichen Intrigen musste Zimmer 2003 ihr Amt niederlegen.

2004 wurde Zimmer mit einem Sitz im EU-Parlament abgefunden.
Foto: Ralf Röletschek, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons



Während Kanzler Adenauer auf Westbindung setzte, forderte die KPD in der Bundesrepublik – hier nach der Stalinnote 1952 – die Einheit eines neutralen Deutschland.
Foto: Stadtarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 4895



Bild links: Bärgida-Proteste in Berlin im Februar 2016. Foto: picture alliance / Geisler-Fotopress

Genossen und Kameraden

von Benedikt Kaiser

In der Weimarer Republik gab es ein politisches Intermezzo, das heute unvorstellbar scheint: Kommunisten und völkische Rechte diskutierten über ein gemeinsames Vorgehen gegen das verhasste System und warben für ein Bündnis mit der Sowjetunion gegen die Versailler Siegermächte. Der Versuch, eine sogenannte Querfront zu bilden, scheiterte zwar – aber auf hohem Niveau.



Querfront? Walter Ulbricht 1931 auf einer NSDAP-Versammlung in Berlin-Friedrichshain. Im Vordergrund sitzt Joseph Goebbels. Foto: Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg

Ruth Fischer 1925. Ein Jahr später wurde sie aus der KPD ausgeschlossen, später wandelte sie sich zur Antikommunistin. Foto: Ullstein Bild

Als 1923 das Ruhrgebiet durch Franzosen und Belgier besetzt wurde, leisteten unterschiedliche Gruppen Widerstand. Nationalisten und Kommunisten einte die Wut über die politische Lage: Wut über die Armut bringende Inflation, ohnmächtige Wut auf die Westmächte und ihr anmaßendes Verhalten. Die Atmosphäre war aufgeheizt, Versammlungen und Sabotageakte wechselten sich ab. Im Juli jenes Jahres rief dann eine Frau vor patriotischen Studenten zur Einheit gegen Besatzung und Ausbeutung auf. Ihr Name: Ruth Fischer. Sie war keine Völkische, keine Reaktionäre. Ruth Fischer war eine der bekanntesten kommunistischen Frauen ihrer Zeit. In der Weimarer Republik war sie sogar vorübergehend Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Bewarb sie also vor den jungen Rechten das, was man – mit Achtung oder mit Verachtung in der Stimme – «Nationalbolschewismus» nannte?

Fischer plädierte vor allem für ein zeitweiliges Zusammengehen unterschiedlicher Kräfte, um gegen Imperialismus und Kapitalismus vorzugehen. Orientiert man sich am Historiker Otto-Ernst Schüddekopf, kann man sie, zumindest in der Weimarer Zeit, zum Epochenphänomen des Nationalbolschewismus zählen. In seinem gleichnamigen, bis heute maßgeblichen Standardwerk unterschied er grob drei Haupttypen. Erstens: nationale Strömungen innerhalb des Kommunismus. Zweitens: sozialistische Bestrebungen im rechten Milieu. Drittens: ein vorübergehendes Kooperieren von links und rechts, die sogenannte Querfront; einerseits gegen das liberalkapitalistische «System» des Westens, andererseits für eine Ostorientierung, also für ein gutes Verhältnis zur bolschewistischen Sowjetunion.

«Um der Nation willen des Kommunismus fähig». Ernst Niekisch

Es ist unstrittig, dass eine Unterscheidung zwischen den verschiedenen Strömungen mitunter schwierig ist, weil die Grenzen fließend waren, und dass viele der damals agierenden Personen das Attribut «nationalbolschewistisch» abgelehnt hätten. Folgt man jedoch Schüddekopf, kann man für jeden dieser drei Typen repräsentative Beispiele finden. Für einen ersten Überblick erscheint seine Einteilung jedenfalls praktikabel.

Nationale Kommunisten

Der bekannteste Vertreter dieser Richtung war wohl Richard Scheringer. Nach ihm wurde sogar der Prozess des Überwechsels von rechts nach links benannt, das «Scheringern». Der Offizier wurde 1930 im Ulmer Reichswehrprozess verurteilt, für die Nationalsozialisten in der Armee agitiert zu haben. Hitler ließ ihn öffentlich fallen. In der Haft kam der Verratene dann mit Kommunisten in Kontakt und lernte diese schätzen. Er trat von der NSDAP in die KPD über und wollte dort, im Zuge des 1930 verabschiedeten «Programms zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes», die nationale Komponente stärken. Neben ihm versuchten unter anderem Bruno von Salomon und Bodo Uhse ähnliches zu erreichen. Doch die Angst vor dem ewigen Rechten war in weiten Teilen der Linken zu groß. Letzte Versuche, die Machtergreifung Hitlers durch eine Querfront zu verhindern, scheiterten.

Heute gilt es als erwiesen, dass die Aktivisten vom Schlag Scheringers eine intellektuelle Kleingruppe innerhalb der KPD bildeten, die von Stalins Moskauer



Zentrale und der Kommunistischen Internationalen (Komintern) geduldet wurde, um der NSDAP und rechten Ideenzirkeln – dem bunten Feld der sogenannten Konservativen Revolution – geistige Substanz zu entziehen. Zu Einfluss haben es die «Scheringer» zwar nie gebracht, aber der Versuch einer modernen Fusion aus kommunistischen Ideen und patriotischen Gefühlen ist aus der Geschichte der ersten deutschen Demokratie nicht wegzudenken.

Sozialisten von rechts

Eine der wichtigsten Gruppen formierte sich ab 1929 um die Zeitschrift *Die Tat* von Hans Zehrer. Ihre Bedeutung lag in der Rolle als «Sammelplatz der jüngeren nationalen Bewegung» (Ernst Robert Curtius), die Druckauflage betrug bis zu 20.000 Exemplare. Diese eigentlich bürgerliche Bewegung zielte auf die Überwindung des Kapitalismus ab und nährte sich von der verbreiteten Skepsis gegenüber einem Markoliberalismus westlicher Art. Deutschland sollte durch die Lösung vom Welthandel sowie durch die Überwindung des Versailler Systems eine selbstständige wirtschaftliche Einheit werden. Weil ihnen die Sowjetunion nicht als Feind galt, wurden auch die *Tat*-Vertreter mitunter als «Nationalbolschewisten» bezeichnet. Enge Beziehungen unterhielten sie zum antiimperialistischen NS-Flügel um den Hitler-Rivalen Otto Strasser. Außerdem gab es Sympathien für die bäuerliche Landvolk-Bewegung – die «APO der 20er Jahre» (Armin Mohler).

Zu den Sozialisten von rechts kann man auch die Nationalrevolutionäre rechnen, die immer wieder mit dem Grenzgänger-Etikett versehen wurden: linke Leute von rechts, rechte Leute von links. Dieses Milieu rekrutierte wie kein anderes seine eifrigsten Mitstreiter aus dem Kreis der Frontsoldaten. Wie alle anderen Strömungen war auch sie nicht einheitlich: Ihren rechten Flügel bildeten die Neuen Nationalisten um den Schriftsteller Ernst Jünger und seinen Bruder Friedrich Georg; ihr linker Flügel beteiligte sich an den Querfront-Bestrebungen.

Das Querfront-Lager

Dominanter Vertreter dieses Ansatzes war Ernst Niekisch. Hervorzuheben ist seine linke Sozialisation: Das SPD-Mitglied war 1919 Vorsitzender des bayerischen Zentralrats der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, ging später zur radikalen Abspaltung USPD über und wurde schließlich geistiger Kopf der Alten Sozialdemokratischen Partei (ASP) in Sachsen. Ab 1926 gab er die bis zu ihrem Verbot 1934 monatlich erscheinende Zeitschrift *Widerstand* heraus. Im Dritten Reich wurde er ins Konzentrationslager gesperrt und gefoltert. Vorher, zu Weimarer Zeiten, hoffte Niekisch auf ein Zusammengehen patriotischer Kommunisten und sozialistischer Völkischer. Er überschätzte den Einfluss des Komintern-Kaders Karl Radek, dessen berühmte



Schlageter-Rede bei der antikapitalistischen Rechten eifrig gelesen wurde (siehe die Dokumentation auf den Folgeseiten). Der Kommunist zollte in dieser Rede Albert Leo Schlageter Respekt, einem jungen Nationalisten, der im Mai 1923 von französischen Besatzungstruppen hingerichtet wurde. Radeks Vorstoß war eines der wenigen offenen Gesprächsangebote der sowjethörigen KPD an die Nationalisten. Niekisch meinte zu dem Thema, er sei «um der Nation willen des Kommunismus fähig» – wenn es Deutschland helfen würde, der Ausbeutung durch den Weltkapitalismus mit Hilfe der UdSSR zu entgehen. Der Historiker Sebastian Haffner würdigte den Vordenker später als den «wahren Theoretiker der Weltrevolution», dessen Bedeutung einst gewaltig sein würde.

Durch den jüdischstämmigen Sozialisten und Pazifisten Kurt Hiller, auf den das bis heute gebrauchte Bonmot «linke Leute von rechts» zurückgeht, wurde

Bild oben: Französische Soldaten während der Ruhrbesetzung, 1923, in Essen. Foto: picture-alliance/dpa

Bild darunter links: Die 1909 gegründete *Tat* vollzog in ihrer Geschichte mehrfach ideologische Wenden. Nach einer Umbenennung wurde das Blatt 1944 eingestellt. Foto: Unbekannt

Bild rechts: Wahlplakat der KPD, Leipzig, 1932 Foto: Deutsches Historisches Museum, Berlin

«Linke Leute von rechts». Kurt Hiller

Weiterführende Literatur



- Dupoux, Louis
Nationalbolschewismus in Deutschland 1919-1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik
München 1985
- Mohler, Armin / Weißmann, Karlheinz
Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch
6. Aufl., Graz 2005
- Paetel, Karl Otto
Nationalbolschewismus und nationalrevolutionäre Bewegung in Deutschland
Schnellbach 1997
- Sauermann, Uwe
Ernst Niekisch - Zwischen alten Fronten
München 1980
- Schüddekopf, Otto-Ernst
Nationalbolschewismus in Deutschland 1918-1933
Frankfurt/Main 1973

Ernst Niekisch (1889-1967) gehörte zu den führenden Nationalrevolutionären der Weimarer Republik. Nach 1945 schloss er sich zunächst der SED an, siedelte jedoch 1963 nach West-Berlin über. Zuletzt unterstützte er den SDS. Foto: gdw-berlin.de

— Benedikt Kaiser ist Politikwissenschaftler und Verlagslektor. Aus seiner Feder liegt ein Buch über den französischen Schriftsteller Pierre Drieu la Rochelle vor, der eine «linke Politik mit rechten Menschen» anstrebte («Eurofaschismus und bürgerliche Dekadenz»), Kiel 2011, 158 Seiten, 18,95 Euro).

außerdem Karl Otto Paetels Gruppe sozialrevolutionärer Nationalisten (GSRN) bekannt. Hiller lobte bei Paetels Ideologie die strikte Verneinung des Rassismus, die eindeutige Sympathie für die Sowjetunion, den ehrlichen Sozialismus. Eine Gleichsetzung mit dem hitlerschen Nationalsozialismus sei böswillig; der Paetelkreis stehe mit ihm nicht in einer Reihe, sondern befände sich «in schärfstem Gegensatz» zu ihm.

Die Querfront fand nicht nur auf dem Papier statt.

Gewiss: Die als nationalbolschewistisch geltenden Querfront-Zirkel der Jahre 1918 bis 1933 waren klein. Aber sie vertraten höchst spannende Ideenmixturen. Und: Sie sind ein Ausdruck der damals herrschenden Debattenkultur, die heute aufgrund des Antifa-Ungeistes undenkbar erscheint: Damals war man noch zu einer Auseinandersetzung mit dem politischen Kontrahenten bereit! Dass diese Diskussionen nicht nur auf dem Papier stattfanden, wird etwa in den Terminhinweisen der linksintellektuellen Zeitschrift *Weltbühne* deutlich: Noch Anfang Januar 1933 wurde dort für ein von Kurt Hiller geleitetes Streitgespräch geworben, an dem Ernst Toller, Johannes R. Becher und Walter Mehring auf der Linken, Friedrich Wilhelm Heinz, Franz Schauwecker und Otto Strasser auf der Rechten teilnahmen.

Mit einem Augenzwinkern ins Hier und Heute übertragen könnte das heißen: Jakob Augstein, Dietmar Dath und Sahra Wagenknecht auf der einen Seite des Podiums – Jürgen Elsässer, Götz Kubitschek und Björn



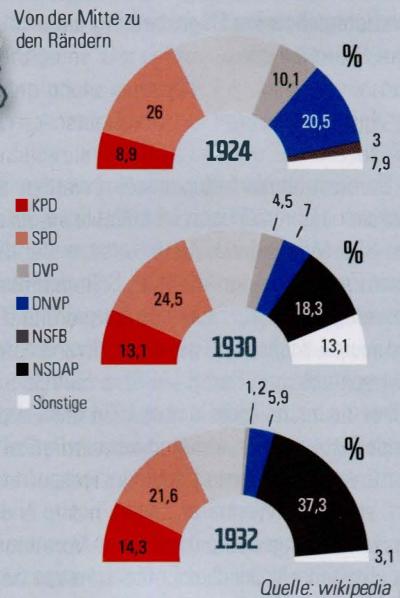
Im Ruhrkampf leisteten die Bewohner der besetzten Gebiete mit Generalstreiks und zivilem Ungehorsam Widerstand. Die Löhne der Streikenden wurden vom Staat übernommen. Foto: Pinterest/is.muni.czE

Höcke auf der anderen. Der ideologische Gegner verdient Gehör, man muss auch im politischen «Feind» den Menschen erkennen. Das könnte man in Hillers Geist als Fazit der nationalbolschewistischen beziehungsweise rechts- wie linksintellektuellen Streitkultur der Weimarer Tage formulieren. Eine Renaissance dieses Miteinander-Redens wäre auch in der Gegenwart begrüßenswert. ■

Im Griff der Sieger



Reichstagswahlen





Wanderer und Suchende

Dokumente der Querfront-Debatte

Im Jahre 1923 geschah etwas Ungeheuerliches: Lenins Deutschland-Beauftragter Karl Radek lobte einen Mann der äußersten Rechten, einen gewissen Leo Schlageter, der von den französischen Besatzungstruppen wegen Sabotage hingerichtet worden war. Die roten Antifaschisten warben sozusagen um die «deutschen Faschisten» – es entspann sich eine Debatte um den besten Weg zur nationalen Befreiung.

Karl Radek

(...) Während der ganzen Rede der Genossin Zetkin über die Widersprüche des Faschismus schwirrte mir im Kopfe der Name Schlageter herum und sein tragisches Geschick. Wir sollen seiner gedenken hier, wo wir politisch zum Faschismus Stellung nehmen. Die Geschicke dieses Märtyrers des deutschen Nationalismus sollen wir nicht verschweigen, sie sollen nicht mit einer abwertenden Phrase erledigt werden. Sie haben uns, sie haben dem deutschen Volke vieles zu sagen.

Wir sind keine sentimental Romantiker, die an der Leiche die Feindschaft vergessen, und wir sind keine Diplomaten, die sagen: am Grabe Gutes reden oder schweigen. Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden. Sein Gesinnungsgegenosse Friedrich Freksa hat im Jahre 1920 einen Roman veröffentlicht, in dem er das Leben eines im Kampfe gegen [den KPD-Vorläufer] Spartakus gefallenen Offiziers schildert. Freksa nannte den Roman: *Der Wanderer ins Nichts*.

Wenn die Kreise der deutschen Faschisten, die ehrlich dem deutschen Volke dienen wollen, den Sinn der Geschicke Schlageters nicht verstehen werden, so ist Schlageter umsonst gefallen, und dann sollten sie auf sein Denkmal schreiben: Der Wanderer ins Nichts. (...)

Wenn sich die patriotischen Kreise Deutschlands nicht entscheiden, diese Sache der Mehrheit der Nation zu der ihrigen zu machen und so eine Front herzustellen gegen das ententistische [von Entente, dem englisch-französischen Bündnis im Ersten Weltkrieg] und das deutsche Kapital, dann war der Weg Schlageters ein Weg ins Nichts, dann würde Deutschland angesichts der ausländischen Invasion, der dauernden Gefahr seitens der Sieger zum Felde blutiger innerer Kämpfe, und es würde dem Feinde ein Leichtes sein, es zu zerschlagen und zu zerstückeln.

Als nach Jena [Niederlage der Preußen gegen Napoleon, 1806] Gneisenau und Scharnhorst [preußische Generäle] sich fragten, wie man das deutsche Volk aus seiner Erniedrigung herausbringen kann, da beantworteten sie die Frage: Nur, indem man den Bau-

Der von KPD und NSDAP unterstützte Streik gegen Lohnkürzungen bei den Berliner Verkehrsbetrieben (1932) wurde zum Sinnbild für realpolitische Querfronten. Foto: pa/akg-images



Oben: Karl Radek. Unten: Arthur Moeller van den Bruck Fotos: Public domain, Wikimedia Commons

«Es gibt diesen deutschen Faschismus nicht.»
Van den Bruck

Die Teilnehmer

Karl Radek (*1885) war Deutschland-Beauftragter der Kommunistischen Internationale, dem von Moskau gesteuerten Zusammenschluss der kommunistischen Parteien auf der ganzen Welt. Er wurde 1939 in einem stalinistischen Lager von einem Mitgefangenen erschlagen.



Arthur Moeller van den Bruck

(*1876) war einer der wichtigsten Vertreter der Konservativen Revolution und wurde bekannt durch sein 1923 erschienenes Buch *Das dritte Reich*. Er starb 1925 durch Selbstmord.



Paul Frölich (*1884) gehörte von 1919 bis 1924 zum Zentralkomitee der KPD. 1928 wurde er aus der Partei ausgeschlossen.

Ernst Graf zu Reventlow (*1869) gab von 1920 bis 1943 die Zeitschrift *Reichswart – Wochenschrift für nationale Unabhängigkeit und deutschen Sozialismus* heraus. Zunächst ein scharfer Kritiker des Führerprinzips, schloss er sich Ende der 1920er Jahre der NSDAP an.

Bild links: Paul Frölich.
Bild rechts: Ernst Graf zu Reventlow. Fotos: Public domain, Wikimedia Commons

«Der innere Feind ist der Kapitalismus.»

Frölich

Die Auszüge wurden einer kommunistischen Broschüre des Jahres 1923 entnommen. Die Aufsätze erschienen zuerst im KPD-Organ «Rote Fahne» und in der völkischen Theoriezeitschrift «Gewissen». (...)

Aber dieses Verhältnis ist nicht auf die Klasse gegründet, auf die der Kommunismus noch immer sein Verhältnis zu den Menschen als Proletarier gründet. Oder tut er dies nicht mehr? Beginnt auch er, sich auf die Nation zu berufen? (...)

Paul Frölich

(...) Sie haben recht, Graf Reventlow! Die Voraussetzung für die Befreiung Deutschlands vom fremden Joch ist die Niederringung des inneren Feindes. Der innere Feind ist der Kapitalismus. Sie aber sagen, der innere Feind seien «alle Internationalen und international Gerichteten». Das also hieße Todfeindschaft, denn wir Kommunisten sind international, weil die Arbeiterklasse, Kopf- und Handarbeiter, in allen Ländern denselben Feind gegenübersteht, dem Kapital, und weil die Arbeiterklasse jedes einzelnen Landes in ihrem Besitz nur gesichert ist durch den Vorsturm der Arbeiter in den anderen Ländern.

Aber es kommt Ihnen doch wohl darauf an, ob der Kommunismus die nationalen Interessen Deutschlands gefährdet oder nicht. Wir Kommunisten haben uns darüber oft und klar genug ausgesprochen. Wir werden den Nationalismus stets rücksichtslos bekämpfen, wo er als Maske für reaktionäre Bestimmungen auftritt. Wir wissen aber, dass jede nationale Unterdrückung mit voller Wucht die Arbeiterklasse trifft, ihre politische Freiheit einschränkt, ihr Elend verschlimmert. (...)

Ernst Graf zu Reventlow

(...) Den Satz meines Artikels, der innere Feind in Deutschland seien alle Internationalen und international Gerichteten, bezeichnet Herr Frölich als Erklärung der Todfeindschaft, denn Kommunisten seien international, weil die Arbeiterklasse, Kopf- und Handarbeiter, in allen Ländern dem Kapital als Feind gegenüberstehen und das Ziel dieses Kampfes in jedem Lande nur «durch Vorsturm der Arbeiter in anderen Ländern» zu erreichen sei. Ich habe in meinem Artikel weiter gesagt: Die völkische Bewegung werde auf völkischem Boden, auf dem Boden des Deutschen Volkes bleiben.

«Auf diesem Boden allein liegt auch das Gedeihen und die Zukunft des deutschen Handarbeiters. Von ihm aus allein, das heißt, wenn er fest auf ihm stehen bleibt, kann er mit Nutzen internationale Vereinbarungen treffen». Danach wäre der Gang entgegen gesetzter Natur: Der Kommunismus ginge vom Internationalen aus und gelangte, nach Herrn Frölich, von da zur Vertretung der Interessen und des Freiheitsrechts der Handarbeiterchaft der einzelnen Nationen. Wir, die Völkischen, gehen von eigenem Boden, von eigenem Volk aus, bleiben auf ihm und gelangen von da aus zu internationalen Vereinbarungen und Beziehungen. (...)

Fahrgenuss statt Autofrust

von Marc Dassen

No risk, no fun – Motto eines Lebensgefühls, das im Aussterben begriffen scheint. In naher Zukunft sollen selbstfahrende Autos den Piloten zum Statisten degradieren. Der Trend zum Robocar ist auch Ausdruck eines fast totalitären Sicherheitsdenkens. Der Risikofaktor Mensch wird eliminiert – die Freude am Fahren bleibt auf der Strecke.

Sachte gleitet das Garagentor in die Höhe und gibt den Blick frei auf des Deutschen liebstes Kind, das Automobil. Glänzend steht es dort, blinzelt seinem Besitzer entgegen, lockt ihn zu neuen Abenteuern – ein Traum aus Benzin, Gummi und Asphalt. Schon beim Öffnen der Fahrertür macht das Herz einen Hüpfen, der Geruch der Ledersitze und das hölzerne Armaturenbrett betören die Sinne. Langsam lässt sich der Pilot in den engen Sitz gleiten, fühlt sich eins mit der Maschine, die sich an ihn schmiegt wie ein maßgeschneiderter Anzug. Der Puls steigt, als der Schlüssel mit einem Klicken im Zündschloss einrastet, das kurze Brummen der Benzinpumpe ertönt. Nur noch eine Vierteldrehung im Uhrzeigersinn trennt den Fahrer von der großen Freiheit. Dann – endlich – der erlösende Moment: Der Anlasser surrt, ein kurzes Stottern, da erwacht das schlummernde Wesen zum Leben. Das vertraute Summen des Keilriemens, das sanfte Klackern der Ventile, der sonore Bass des Motors – eine Komposition für die Sinne.

Elegant und grazil wie ein Panther, der sich aus dem Dickicht wagt, rollt das filigrane Kraftpaket aus der gepflasterten Einfahrt, und mit jedem Meter wächst das Gefühl von Freiheit in der eigenen Brust. Aller Stress, alle Sorgen sind vergessen, denn dieser Moment gehört alleine den beiden Herzen, die in unerklärlicher Symbiose miteinander verschmelzen: dem klopfenden des Fahrers und dem vibrierenden unter der Motorhaube. Beide hören den Ruf der Landstraße, Benzin und Adrenalin strömen bei jeder Beschleunigung in den stählernen wie den biologischen Organismus – bis zur nächsten Kurve, bis die Bremszangen zubeißen und die sanfte Umarmung des Sicherheitsgurtes spürbar wird. Hier, hinter dem Lenkrad, findet der leidenschaftliche Autofahrer sein Glück. Das Auto, es ist ihm mehr als nur ein Transportmittel, es ist ein Freund, ein Teil der Familie, dem man die eigene Wertschätzung durch regelmäßige Zärtlichkeiten versichert. Nur Handwäsche, nur Super Plus, nur das beste Motoröl. Unsanfte Schalt- und Bremsvor-

Hinter dem Lenkrad findet der leidenschaftliche Autofahrer sein Glück.

Der Jaguar-E gehört zu den begehrtesten Oldtimern weltweit. Foto: James Lipman, FOX Syndication





Der japanische Hersteller Nissan präsentierte auf dem Genfer Auto-Salon 2014 ein führerloses Fahrzeug. Foto: Norbert Aepli, CC BY 3.0, Wikimedia Commons



2015 hatte Google nach eigenen Angaben 20 selbstfahrende Autos im Testbetrieb. Foto: Michael Shick, CC BY-SA 4.0, Wikimedia Commons

Der menschliche Eingriff wird zum unkalkulierbaren Störfall erklärt.

gänge werden vermieden, die Nadel des Drehzahlmessers berührt nie den roten Bereich. Denn der wahre Liebhaber ist kein Raser, er rollt gemächlich, genussvoll, genießt die Landschaft, den Duft des Fahrtwindes, immer auf der Suche nach noch unbekannten Straßen, immer dem Sonnenuntergang entgegen.

Risikofaktor Mensch

Die schöne neue Autowelt, sie kennt die Metaphysik dieser innigen Beziehung zwischen Pilot und PKW nicht. Die tiefe Verbundenheit von Mann und Maschine, Ross und Reiter ist ihr fremd. Heiße Leidenschaft ist kalter Rationalität gewichen, statt Design nur Aerodynamik, statt Emotion nur Effizienz. Risikominimierung steht dabei über allem, weshalb auch die sogenannten SUVs (scheinbar besonders bei Frauen) so beliebt sind. Die sind sehr sicher für ihre Passagiere, leider im Kollisionsfall ebenso sicher tödlich für alle anderen. Es ist nicht genug damit, dass moderne Autos kaum noch zulassen, dass ihre Besitzer ein intimes Verhältnis mit ihnen eingehen – schon die Reparatur einer Blinkerbirne kann sich heute als praktisch unlösbare Aufgabe erweisen. Zündkerze wechseln? Keine Chance! Mehr noch: Auch bei den elektronischen Fahrhilfen – von elektrischer Lenkung über ABS, Spurassistent und Müdigkeitssensoren bis hin zur Einparkautomatik –, haben die Ingenieure keine denkbare Sonderausstattung ausgelassen, um den Fahrer der echten, der rohen, unverfälschten Erfahrung zu beraubten. Die Sitzheizung wärmt den Allerwertesten, das Fahrwerk schluckt jede Bodenwelle, die Einparkhilfe

piept ihr Lied, und das Navigationssystem säuselt mit lieblicher Stimme: Wenn möglich, bitte wenden! Die Beziehung des durchschnittlichen Autofahrers zu seinem PKW geht über den gelegentlichen Waschstraßenbesuch und das Auffüllen von Scheibenwischwasser und Kraftstoff kaum noch hinaus.

Moderne Automobile, vollgestopft mit komplexer Sicherheitselektronik, greifen dem Fahrer im Zweifel schon heute beherzt ins Lenkrad. Bald sollen sie vollständig die Kontrolle übernehmen. Das muss der passionierte Autofahrer als regelrechte Kränkung empfinden. Der Trend folgt auch einem Sicherheitsdenken, das in vielen Bereichen unserer Gesellschaft um sich greift und dessen Logik unausweichlich scheint. «Soll die letzte Autorität beim Fahrer liegen, und wird das mit fortschreitender Technik überhaupt noch möglich sein?» wollte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Ende Juli 2015 wissen. Der «humane Eingriff» – in der schönen neuen Welt der sensorgesteuerten Mobilität wird er zum «unkalkulierbaren Störfall», so die FAZ. Schon die Abhängigkeit von technischem Schnickschnack behagt dem Aficionado nicht, die zwangswise Verdammung zur Tatenlosigkeit aber ist für ihn eine unmissverständliche Kriegserklärung an seine Passion. Der autonome PKW setzt der Liebe von Mensch und Maschine ein Ende.

Diktat der Bespaßung

Denn die Faszination des Autofahrens entsteht genau an diesem Punkt der Verschmelzung – bei der gefühlvollen Übertragung feinster Lenkbewegungen in präzise Fahrmanöver, bei der treuen Umsetzung jeder Fußbewegung in wohl dosierte Beschleunigung oder Verzögerung. All jener Sinneseindrücke beraubt, verliert diese Form der Fortbewegung jeglichen Reiz. Doch anscheinend nicht für alle. Politik und Konzerne glauben einem Trend zu folgen, nach dem Mobilität «neu gedacht» werden müsse. «Zwei Drittel der deutschen Fahrzeuglenker wünschen in Umfragen, dass ihr Auto auch automatisiert fahren kann», behauptete *Die Zeit* Mitte März 2015. Angenommen wird, dass der Kunde sein Auto in eine rollende Unterhaltungsoase verwandelt sehen will. Gut möglich, dass die Generation Smartphone hier voll auf ihre Kosten kommt. Die Zukunft der Mobilität – sie ist eine, in der man den endlosen Tunnel permanenter Bespaßung nie mehr verlassen muss.

In Sachen autonomes Fahren experimentieren Mercedes, Audi, BMW und Co. ebenso emsig wie amerikanische Konzerne. Google etwa, von Haus aus Suchmaschine und Datenkrake, forscht schon über zehn Jahre lang in diese Richtung. Seit 2012 ist das selbstfahrende Auto in den Bundesstaaten Nevada und Kalifornien durch ein Grundsatzurteil der US-Verkehrssicherheitsbehörde NHTSA legalisiert. Auch in Deutschland gibt es aktuell solche Gesetzesinitia-

tiven. Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) spricht schon von der «größten Mobilitätsrevolution seit der Erfindung des Autos». Doch kann man dem Geisterauto trauen? Der *Spiegel* schrieb dazu Mitte Februar: «Risikante Überholmanöver, Sekundenschlaf am Steuer oder langsame Reaktionen sind von einer Maschine – sofern sie richtig programmiert ist – nicht zu erwarten.» Ach ja? Google zählte Anfang dieses Jahres 69 Unfälle auf insgesamt 680.000 Testkilometern, bei denen «ein Mensch am Steuer eingreifen musste, weil die Technologie eine Verkehrssituation falsch eingeschätzt hatte». Das eigene Leben in die Hände eines Algorithmus übergeben? Gruselig.

Triumph der Angst

Auch die Technik ist keineswegs unfehlbar – und selbst wenn sie es wäre: Nicht nur, dass der Spaß auf der Strecke bliebe und der Autofahrer bald in eine hilflose Abhängigkeit geriete, die automatisierte Art der Fortbewegung würde für Datensammler wie Google und für Cyberkriminelle aller Art ein goldenes Zeitalter einläuten. «Hacker können via Bluetooth Bremsen oder Lenkrad manipulieren», erklärte etwa Ursula Uttinger, Präsidentin des Datenschutz-Forums Schweiz, in ihrem Gastbeitrag auf *netzwoche.ch* Ende April 2016. Der Bordcomputer legt darüber hinaus jederzeit die eigene Position und alle bisher gefahrenen Routen offen, wodurch auch individuelle Bewegungs- und Verhaltensmuster erkennbar würden. Und falls Sie es mal eilig haben: Das Knöllchen der Zukunft kommt vollautomatisch per E-Mail.

Ob es etwas zu bedeuten hat, dass die Entwicklung autonomer Fahrzeuge – etwa bei den Chinesen und Amerikanern – im Militär ihren Anfang nahm? Sogar die Bundeswehr experimentierte schon in den 1990er Jahren mit selbstfahrenden Vehikeln. Um rechtlichen Problemen, die mit dieser Technologie (etwa bei Unfällen) einhergehen, zu begegnen, könnte die deutsche

Anzeige



**KAPITAL
SICHERN.DE**

ECHTE WERTE

- Gold und Silber als Münzen und Barren
- Strategische Metalle & Seltene Erden
- Einzigartiger Goldsparplan
- LV - Kündigung
- Beratung

www.KapitalSichern.de
Info@KapitalSichern.de
 Telefon 07955 476583



Rechtstradition, die «jede Gewichtung von Menschenleben verbietet, hin zu einer quantifizierenden Rechtsethik nach amerikanischem Modell» verändert werden, warnt die FAZ. Im Klartext: Bei der Entscheidung über Leben und Tod – Ein spielendes Kind überfahren oder selbst gegen den Baum donnern? – müsste der Computer blitzschnell reagieren und würde das letzte Wort behalten. Menschenverstand weicht der Logik des Rechners – Morgendämmerung einer Tyrannie der künstlichen Intelligenz.

Das ist die Morgendämmerung einer Tyrannie der künstlichen Intelligenz.

Das selbstfahrende Auto – es ist der Sieg des unfehlbaren Prozessors über die fehlbare Menschlichkeit, der Triumph der Angst über die Lebensfreude. Die Freiheit des Einzelnen wird zum nicht mehr hinnehmbaren Risiko. Und die Argumente sind gut: Über 3.000 Verkehrstote gab es letztes Jahr auf deutschen Straßen, rund 1,25 Millionen weltweit. Was, wenn man diese Zahl auf einen Bruchteil reduzieren könnte? Ob wir eines Tages in einer Welt aufwachen, in der der Nervenkitzel der Straße nur noch eine blasse Erinnerung ist, in der die kalte Vernunft endlich über die Emotion gesiegt hat und das Autofahren tödlich langweilig geworden ist? ■

Problemzone Mensch



«Im Jahr 1885 erfand Carl Benz das Automobil. Noch im gleichen Jahr unternahm er die erste öffentliche Testfahrt und fuhr gegen eine Wand. Seit 130 Jahren versuchen wir, das Unzuverlässige an einem Auto zu umgehen: den Fahrer. Autos sind jetzt stabiler, wir haben Gurte und Airbags eingebaut. In den letzten Jahren haben wir versucht, das Auto selbst intelligenter zu machen, um das Problem „Fahrer“ zu lösen. (...) Im Jahr 2013 machten wir den ersten Test mit selbstfahrenden Autos, die normale Leute benutzen konnten. (...) Das Feedback war fantastisch für jemanden, der ein Produkt in die Welt setzen will. Alle fanden es toll. Einer war Porsche-Fahrer und sagte uns am ersten Tag: „Das ist totaler Unsinn, was glauben wir eigentlich?“ Am Ende meinte er: „Nicht nur ich sollte es haben, sondern auch alle anderen. Menschen sind schreckliche Fahrer.“ Das war Musik in unseren Ohren.» (Chris Urmson, Projektleiter der autonomen Google-Autos, TED-Talk, März 2015)

Gottlieb Daimler und sein Sohn Adolf auf dem Motorwagen (Motorwagen), 1886. Foto: daimler.com

Bild oben links: Futuristischer Innenraum des allerdings nie in Serie gegangenen VW Microbus. Fotos: VW

Marc Dassen ist Redakteur bei COMPACT-Magazin, leidenschaftlicher Autofahrer und schreibt regelmäßig zu Themen aus Politik und Zeitgeschichte. In Ausgabe 5/2016 verfasste er einen Artikel über die tödlichen Folgen des Asyl-Aktivismus im Flüchtlingslager bei Idomeni.



«Identität ist eine tief empfundene Wahrheit»

von Sebastian Hennig

Der Komponist Kemal Cem Yilmaz ist in der deutschen Musik verwurzelt. Dennoch kehrte er in die Heimat seiner Eltern zurück – und verteidigt dort die Pegida-Bewegung.

Fast ehrfürchtig gleiten die Finger über die Tasten des Flügels. «Die Musik, in der sich mein melodisches und rhythmisches Empfinden in Gänze entfalten kann, ist vor allem deutsche Musik», sagt Kemal Cem Yilmaz. In jenen Klängen hat der 35-jährige Pianist, Komponist und Musikpädagoge seine Heimat gefunden, hat seinen Frieden mit ihr gemacht.

«In Deutschland gibt es eine einzigartige Tradition der Kunstmusik.»

Über Musik

Das 14 Millionen Einwohner zählende Istanbul gilt als die europäischste Stadt der Türkei. 2013 nahmen die Gezi Park-Proteste gegen die autokratische Politik des damaligen Premiers Erdogan hier ihren Ausgang. Foto: Mykolavashchenko/Getty Images/iStockphoto

und Detmold. Neben der Arbeit im väterlichen Fahrbetrieb entstehen erste eigene Kompositionen.

«In Deutschland gibt es eine einzigartige Tradition der Kunstmusik. Die bedeutenden Komponisten haben nicht nur eine immense Relevanz für die Identität und das gemeinsame Empfinden aller Deutschen. Sie wirken in die gesamte Menschheit hinein.» Diesem Vorbild will er folgen. 2002 gewinnt er 21-jährig den Nationalen Türkischen Klavierwettbewerb in Eskisehir und konzertiert seither regelmäßig als Solist und Kammermusiker in der Heimat seiner Eltern. Anlässlich der 700-Jahrfeier seines Heimatortes Langenhausen wird in der dortigen Elisabethkirche 2012 sein bisher umfangreichstes Werk für Orchester «700» uraufgeführt. Neue klassische Musik für Orgel, Streicher, Schlagzeug, Flöte, das türkische Saiteninstrument Baglama, Didgeridoo und Klarinette. Während des Festkonzerts zum 600-jährigen Bestehen diplomatischer Beziehungen zwischen der Türkei und Polen, das 2014 in der byzantinischen Irenenkirche stattfand, wird er bei der Aufführung eines Klavierstücks von Ulvi Cemal Erkin als Solist vom Istanbuler Staatsorchester begleitet.



Realitätsferne Ideologie

Musik – für Kemal Yilmaz ist das weit mehr als Töne und Klänge. «Mit Musik kann man eigentlich all das zum Ausdruck bringen, wo die Sprache an ihre Grenzen stößt. Musik überspannt alle Grenzen», sagt er 2014 bei Sat.1. Doch in Deutschland blieb die Karriere früh stecken. «Musiker zu sein, ist nirgendwo einfach. Aber als Türke ist es doppelt schwer, in Deutschland erfolgreich zu sein», berichtet er im selben Jahr dem NDR. Vielleicht, weil auch die gutmenschelnde Integrationslobby als Objekt der Begeisterung eben nicht den feingeistigen Künstler, sondern das Stereotyp des ewig diskriminierten Hauptschülers sucht. Zwölf Jahre legt Yilmaz als «taxifahrender Komponist» zurück, die Hälfte davon stockt er mit Hartz IV auf. 120.000 Kilometer und 20.000 Fahrgäste zählt er in dieser Zeit, die kein Ende zu nehmen scheint. «Irgendwann hatte ich die Schnauze voll und hab den Flug nach Istanbul gebucht – ohne Rückflug.» Doch wo gehört er hin? «Meine Einstellung zur Arbeit oder zu vielen alltäglichen Dingen ist wohl sehr deutsch. Mein Umgang mit Menschen und mit Familienangehörigen ist wohl eher türkisch.» Die amtlich geforderte Integration – für ihn erscheint sie wie eine realitätsferne Ideologie. Sie fordert den Modellmenschen, der vorschriftsmäßigen Kriterien genügt. Wer sich nicht danach modellieren lässt, hat es trotz Talent und Zielstrebigkeit besonders schwer. Der Komponist erinnert sich an seinen Werdegang: «Männlich, aus türkisch-muslimischem Kulturreis stammend und lern- und anpassungsbereit zu sein, hat sich – nicht

nur in meinem Fall – über lange Jahre hinweg als nicht vorteilhafte Mischung erwiesen.» Zu oft werden Plätze freigehalten, in die sich normierte Personen einzufinden haben wie in das Prokrustesbett der Antike: Wer zu klein ist, wird gewaltsam gestreckt, und dem Großenwerden die überstehenden Gliedmaßen abgehackt. Doch Kemal Yilmaz ist nicht nur von hohem Wuchs, er strebt auch unablässig nach den Höhen seiner Kunst. Einerseits mit Wurzeln im Türkischen, andererseits mit einer geistigen Verankerung in der deutschen Kultur, hat ihm die paranoide Bundesrepublik nicht weniger abverlangt, als die doppelte Verleugnung beider Bezugspunkte.

«Männlich, aus türkisch-muslimischem Kulturreis stammend und lern- und anpassungsbereit zu sein, hat sich als nicht vorteilhafte Mischung erwiesen.» Über sich

Letztlich pendelt der Künstler wohl irgendwo zwischen zwei Welten. «Über Identität kann man nicht streiten. Es ist eine ureigene, tief empfundene Wahrheit.» Wie deutsch ist die Kunst des Kemal Yilmaz? Besser: Wie national kann oder muss Kunst sein? «Die Frage sollte vielleicht eher umgekehrt lauten: Welche künstlerischen Elemente liegen im Nationalen oder Universellen vor?», sagt er. «Wird Kunst, die womöglich aus nationalen, religiösen oder sonstigen weltanschaulichen Antrieben entstanden ist, nach einer gewissen Zeit nicht ohnehin nur noch in ihrem rein ästhetischen und unmittelbar die Sinne ansprechenden Gehalt wahrgenommen?»

Getürkter Deutscher?

2013 ging Kemal Yilmaz nach Istanbul, in die Heimat seiner Eltern. Er ist nicht der Einzige: 40 Prozent der deutsch-türkischen Hochschulabsolventen denken nach einer Studie der Universität Duisburg-Essen derzeit über einen Umzug in die Türkei nach.

Ist die Metropole am Bosporus für Yilmaz ein Aufbruch? Gar eine Rückkehr? «In Deutschland bin ich ein eingedeutschter Türke, in der Türkei ein getürkter Deutscher.» In der quirligen Kulturszene des früheren Konstantinopel ist das kein Hindernis. «Musik in der Türkei ist überall und nirgendwo. Istanbul hat das Potential, eine Musikhauptstadt des 21. Jahrhunderts zu werden. Es bleibt zu hoffen, dass diese Chance erkannt und genutzt wird.» Hier können sich deutscher Kopf und türkisches Herz verbinden. «Wenn Deutschland das Land der Ideen und Formgebungen ist,

Über Patriotismus

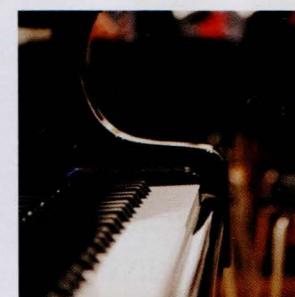


«Die Zeiten, in denen man in Deutschland stets mit Verweis auf die Gräueltaten der Nazis oder patriotische Gruppierungen gemütlich ignorierend, leider oft auch unidifferenziert stigmatisierend, bei jeder gesellschaftspolitischen Diskussion außen vor lassen konnte, sind endgültig vorüber. Auch die vaterlandsehrenden patriotischen Kräfte in Deutschland haben intellektuelle und sprachbegabte Köpfe, die in keiner Weise etwas mit Nationalsozialismus à la NSDAP zu tun haben und ernst genommen werden müssen.»

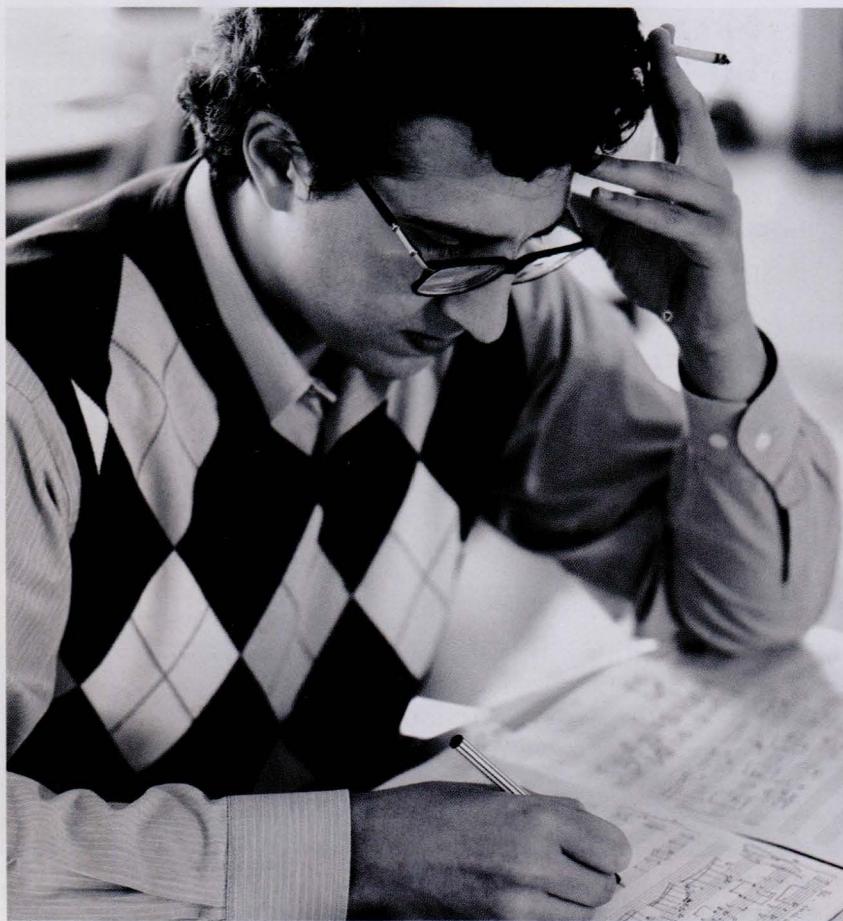
Patriotismus kann man mögen oder nicht. Es ist aber nichts, wofür sich jemand schämen sollte. Eine emotionale Bindung zu seinem Land, seiner Kultur zu haben, das mag nicht jedermann Sache sein, aber es grundsätzlich zu verteufeln ist heutzutage ganz sicher nicht richtig und kann einem den Zugang zum Wesen eines patriotischen Menschen versperren, was definitiv noch weniger nützlich ist.»

(Kemal Cem Yilmaz auf seinem Blog, Januar 2015)

Deutschlandfahnen wehen nicht nur wegen Fußball-Europameisterschaften. Foto: picture alliance/dpa



Das Klavier ist Yilmaz' Leidenschaft. Foto: Archiv



Kemal Cem Yilmaz beim Komponieren. Foto: Laura Saffioti

dann ist die Türkei das Land der Stimmen und Färbungen. Außerdem ist die Türkei die geistige und emotionale Brücke zwischen Europa und Asien.»

Aus deutsch-türkischer Perspektive blickt Kemal Yilmaz auf das unübersehbare Brodeln in seinem Geburtsland. Bereits im Januar 2015 analysierte er die Dresdner Pegida-Bewegung als «Unmut über eine bis auf wenige Ausnahmen durch und durch anstandslose, verlogene und korrupte Politiker- und Medienkaste». Vielleicht ist es gerade der Blick aus der Entfernung, der die Augen öffnet und den Blick schärft. «Die gegenwärtige Doppelmoral deutscher Meinungsmacher gegenüber dem PKK-Terror in der Türkei entspricht geradezu spiegelbildlich der Diffamierung von AfD-Anhängern durch türkische Medien.»

Verständnis für den deutschen Zorn

Den Wandel in Deutschland spürte zuerst nicht der Künstler, sondern der Taxifahrer. «In meinem Nebenberuf, der Personenbeförderung, lernte ich in vielen Gesprächen mit Fahrgästen die Stimmung im deutschen Volk kennen.» Den deutschen Zorn kann er durchaus nachvollziehen: «Ich kann gut verstehen, dass viele Sachsen diese Besonderheit, die wesentlich ihr Dasein formt, sowohl in ihrem Land als auch übergeordnet für Deutschland als Deutsche, bewahren möchten. Ich kann verstehen, dass sie Entscheidungen, die sich auf das Leben ihrer Nachfahren aus-

wirken, nicht diktiert bekommen wollen», sagt er mit Blick auf den Protest gegen die Asylflut. «Diesen fundamentalen menschlichen Abwehrtrieb in ein rassistisches Licht zu rücken, ist unsinnig.»

Umso mehr lässt ihn die Arroganz des Establishments erschaudern. «Nach wie vor durchzieht polemisches Gekräuze die öffentliche Diskussion. Der Kernfrage nach der Bedeutung von identitären Wirklichkeiten wird aus dem Weg gegangen. Wer sind wir? Wohin gehen wir? Welche Entscheidungen gilt es zu treffen? Schwierige Fragen, die womöglich noch schwierigere Antworten für alle Seiten nach sich ziehen. Doch das Aufschieben wird die Probleme, die mit den strukturellen Veränderungen der vergangenen 60 Jahre entstanden sind, nicht verringern. Ganz im Gegenteil...» Die leichtfertige Anwendung des Begriffs «Islamhasser» auf die Pegida-Spaziergänger hat in Yilmaz' Ohren einen geradezu volksverhetzen Beigeschmack. Das bundesrepublikanische Establishment wurde von Pegida kalt erwisch.

Auch hier sieht er Parallelen zur Türkei. «Auch der Gezi-Bewegung» – die Proteste gegen die Politik des damaligen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan im Frühsommer 2013 – «ging es im Wesentlichen um den Respekt und die Achtung der Sorgen und Interessen ganz normaler Bürger, die sich immer mehr als Spielball einer kleinen, alles bestimmenden Machtelite sahen, welche sich überhaupt nicht mehr mit den Belangen eines gewichtigen Teils der Bevölkerung zu beschäftigen schien.»

«Diesen fundamentalen menschlichen Abwehrtrieb in ein rassistisches Licht zu rücken, ist unsinnig.»

Über Pegida

Die gegenwärtig unter dem Begriff «neurechts» beziehungsweise «rechstspopulistisch» zusammengefassten politischen Strömungen sieht er, ungeachtet einzelner Missklänge, immer noch positiv: «Ich traue dem Volk zu, dass es die vorhandenen Spaltungen gründlich analysiert und diesen erschlossenen Gräben eine zeitliche Daseinsspanne zuerkennt, in der alle Zustände zu einer notwendigen Klarheit und Eindeutigkeit gelangen können. So könnte sich der Nährboden für ein vernünftiges und gerechtes politisches Zeitalter in Mitteleuropa herausbilden. Wenn heute die Deutschen in Frieden und Souveränität deutsch sein könnten in ihrem Land – in all der Vielfalt, die Deutscheinheit ohnehin bedeutet –, dann wird es auch dauerhaften Frieden in Europa und Eurasien geben können. Davon bin ich überzeugt.» ■

Sebastian Hennig ist Kulturkritiker und lebt in Dresden. – Kemal Cem Yilmaz (*1981) machte in Deutschland nicht nur als Pianist von sich reden: 2015 verteidigte er in Internet-Beiträgen den Ansatz von Pegida und erregte mit einer Rede auf der Gida-Kundgebung am 9. Mai 2015 in Berlin Aufsehen. Im August 2016 erscheint seine Debüt-CD mit der Einspielung der Bachschen Goldbergvariationsen beim Label fermate/audite.

Die Nacht der Monster

von Harald Harzheim

Vor 200 Jahren kam eine Gruppe englischer Dichter zusammen und erdachte zwei Horrorfiguren, die entscheidende Schlüssel zum Verständnis der Moderne lieferten: Doktor Frankenstein und den adeligen Vampir. Inzwischen ist das Treffen der Autoren selbst ein populärer Mythos geworden.

Sturm und Regen zogen über den Genfer See und die Villa Diodati unweit des Ufers. Es war der 16. Juni 1816. Der Ausbruch eines indonesischen Vulkans hatte das Erdklima durcheinandergebracht. Aschewolken verdunkelten die Sonne, der Sommer fiel auch in Europa aus. An eine Bootsfahrt war nicht zu denken, und so versammelte sich der englische Poeten-Zirkel am Kaminfeuer des noblen Refugiums: Am bekanntesten war der skandalumwitterte Romantiker Lord Byron, ein Don Juan, der auch vor Geschwister-Inzest nicht haltmachte. Opiumsüchtig und wegen seines Klumpfußes hinkend, galt er vielen Zeitgenossen als Inkarnation des Bösen. Weiterhin war der atheistische Anarchist und laudanumsüchtige Percy Shelley zugegen. Begleitet wurde er von seiner Verlobten, Mary Wollstonecraft Godwin (spätere Mary W. Shelley), Tochter der legendären Frauenrechtlerin Mary Wollstonecraft und des Anarchisten William Godwin. Last but not least waren Marys Halbschwester Claire Clair-

mont und Dr. John Polidori, seines Zeichens Byrons Leibarzt, Alchemist und Paracelus-Anhänger mit von der Partie. Kurzum, hier trafen sich die Underground-Stars ihrer Zeit.

Der entfesselte Prometheus

An jenem 16. Juni fanden nicht die üblichen Diskussionen über Naturphilosophie statt. Nein, in dieser Nacht sollte jeder Anwesende in die schwärzesten Winkel seiner Seele tauchen und seine finsternen Funde als Horrorgeschichte offenbaren. Was den Beteiligten dabei aus der Seele kroch, ging in die Literaturgeschichte ein. So überkam die 19-jährige Mary Godwin die Vision, wie ein Mediziner an der Universität Ingolstadt den Tod zu überwinden sucht: Er holt einen Leichnam ins Leben zurück. Aber das Monster wird von der Welt ausgegrenzt. Die Menschen erschrecken vor ihm. Traurig zieht es sich zurück, verlässt Europa in

Frankenstein steht für den gottlosen Menschen der Aufklärung.

Filmszene aus Bram Stokers Dracula (1992). Foto: Columbia TriStar



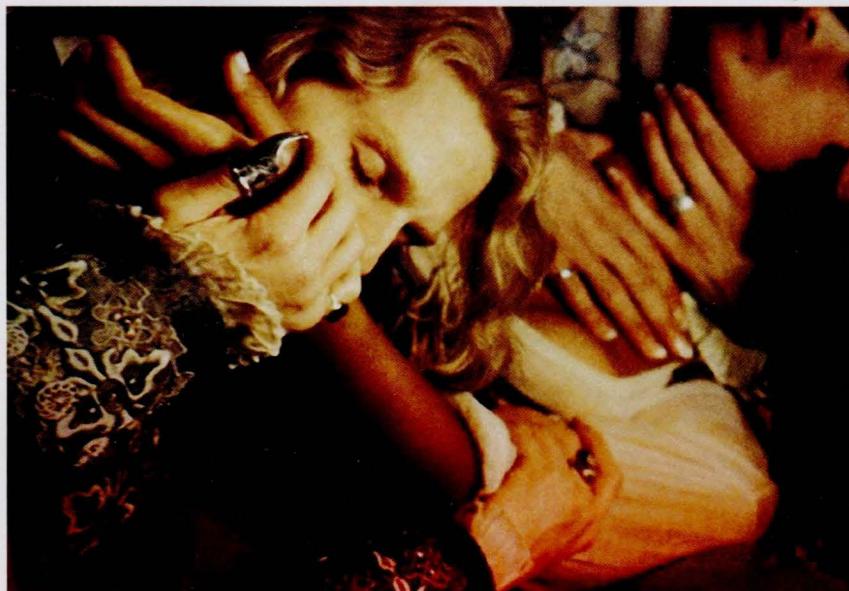


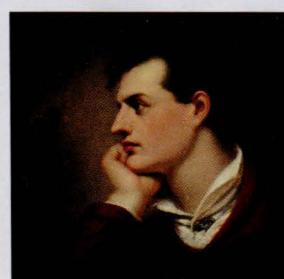
Bild links: Filmszene aus Interview mit einem Vampir (1994).
Foto: Warner Bros. Ent.

Bild rechts: Szene aus Ken Russells Gothic. Mary Godwin (Natasha Richardson) wird von einem Alp besprungen. Foto: Vestron Pictures

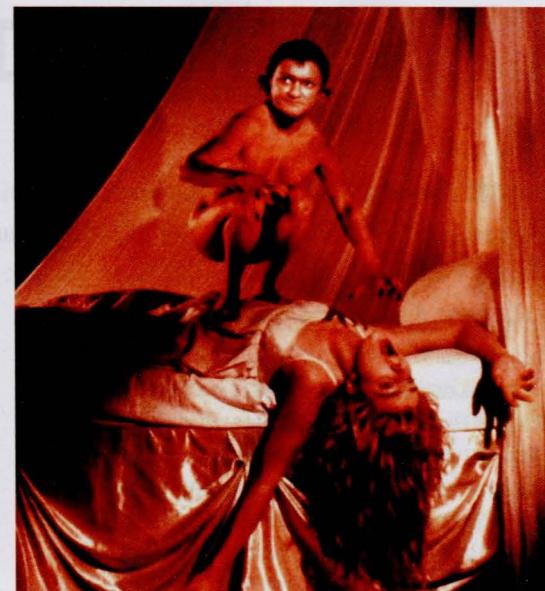
Byron fiel im Kampf gegen die Türken.



Percy Bysshe Shelley (1819).
Foto: Public domain, Wikimedia Commons



George Gordon Byron (1836).
Foto: Public domain, Wikimedia Commons



Richtung Norden und stirbt zuletzt im ewigen Eis. Der Name des irren Professors: Dr. Viktor Frankenstein... Mary Godwin hatte kurz zuvor ihr erstes Kind verloren; schon bei ihrer eigenen Geburt war die Mutter gestorben. In diesem Trauma dürfte Frankensteins Aufstand gegen den Tod seine Wurzeln haben. Ihr gleichnamiger Roman (1818) trägt den Untertitel *Der moderne Prometheus*. Marys Ehemann schrieb, in Anspielung darauf, sein Versdrama *Prometheus unbound (Der entfesselte Prometheus)*. Für Percy Shelley war der Titan ein Anarchist, der die Herrschaft der Götter verwirft. Mary Godwins Horror-Wissenschaftler hingegen schafft bei seinem Aufstand gegen Gott und Naturgesetz eine Katastrophe. Noch heute, 200 Jahre später, gehören er und seine Schöpfung zu den berühmtesten Gestalten der Populärkultur. Es gibt keine Diskussion über künstliche Intelligenz, Genetik oder Ethik, in der sie keine Erwähnung fänden. Jede wissenschaftliche Grenzüberschreitung provoziert die Frage, ob damit nicht etwas «Monströses» geschaffen würde. Frankenstein steht für den Menschen nach der Aufklärung: Vom Glauben an Gott und Unsterblichkeit verlassen, versucht er, die Last des Todes, des eigenen Schicksals durch Wissenschaft zu erleichtern – und scheitert zwangsläufig. Er kann selbst kein Gott werden.

Aristokrat mit Blutdurst

Aber nicht nur die Tragik moderner Wissenschaft, auch der romantische Blick ins Innere, in die Psyche des neuzeitlichen Menschen, sollte in diesen unheilvollen Stunden dauerhafte Verkörperung finden: Lord Byron erfand nämlich den ersten aristokratischen Vampir – Lord Ruthven. (Bis dato waren Vampire ausschließlich in Sagen osteuropäischer Bauern präsent gewesen.) Aber Byron arbeitete seine Geschichte nach deren Vortrag am 16. Juni nicht weiter aus. Das war die Chance für Dr. Polidori. Der arme, hässliche und unerotische Freak hatte in besagter Nacht nur die haarsträubende Story eines sprechenden Totenkopfes

hervorgebracht. Und doch schlug ihm zu diesem Datum die Stunde der Unsterblichkeit: Zwei Jahre später griff der Arzt nämlich Byrons Idee auf und verdichtete sie zu einer rasanten Kurzgeschichte: *The Vampyre* (1818). Sie erzählt vom jungen Engländer Aubrey, der mit ansehen muss, wie sich seine Schwester mit dem verführerischen Aristokraten Lord Ruthven verheiratet. Er ist verzweifelt, denn ein Schwur hindert ihn zu sagen, wer dieser Mann ist... Das Finale ist so temporeich, dass selbst ein moderner Filmschnitt kaum mitkäme: Als der unheimliche Adelige und seine junge Braut die Hochzeitsreise antreten, kriegt Aubrey einen Blutsturz. Auf dem Sterbebett gibt er das Geheimnis des Lords preis. Die letzten Zeilen: «Der Vormund eilte zu Miss Aubrey, um sie zu schützen, doch als er ankam, war es bereits zu spät. Lord Ruthven war verschwunden und Aubreys Schwester hatte den Durst eines Vampirs gestillt!» Natürlich ist die Novelle von Autobiographie durchtränkt: Wie gut kannte Polidori die Hilflosigkeit der jungen Braut aus seiner Erfahrung mit Byron! Wie gut wußte er als Vertrauter des Lords, dass Liebe tötet, denn dieser hatte mit der eigenen Schwester Auguste eine inzestuöse Beziehung geführt, die mit ihrem Selbstmord endete.

The Vampyre wurde zum Bestseller, zum Prototyp einer neuen Gattung: Die Blutsauger bissen sich in der europäischen Kultur fest. Bald entstanden Varianten der Novelle, die bizarre Fortsetzung *Lord Ruthven oder die Vampire* (1820), Bühnen- und Opernadaptationen. So wurden die Weichen für den späteren *Varney the Vampyre or The Feast of Blood* (1847) bis hin zu Bram Stokers *Dracula* (1897) gestellt.

Lord Ruthven steht für Wiederkehr des Vergangenen: Wenige Jahrzehnte nach der Tötung der Aristokraten in der französischen Revolution kehrten sie als «untote» Grafen und Barone zurück und setzten ihre Ausbeutung fort: Aus den ökonomischen wurden veritable Blutsauger. Im einen wie im anderen Fall waren

die Adeligen der Fluch der unteren Schichten. Erst ein Jahr vor jener Genfer Nacht hatte der Wiener Kongress (1814/15) eine Restauration – die Auferstehung der vorrevolutionären Ordnung – beschlossen. Und war Byron nicht selbst ein untotter Feudalherr und Polidori eine Art Leibeigener? Wer hätte diese Horrorstory kreieren sollen, wenn nicht dieses Duo?

Aber der Vampir steht seither auch für Erotik, Triebhaftigkeit, Sucht, Todesangst, unbewusste Begierde, auch für das Sehnen nach ewiger Liebe. Der Film *Bram Stokers' Dracula* (1992) nutzte die Blutvergiftung durch Vampirisse gar als Metapher für Aids. Im 21. Jahrhundert aber wirkt die Horrorfigur des 19. fast schon zu subtil: Hirntote und nimmersatte Zombies haben sie als exaktere Spiegelbilder moderner Konsumgäste abgelöst.

Der Fluch der Psychonauten

Schon wegen ihrer düsteren Resultate wurde die Nacht vom 16. Juni ihrerseits mythologisiert. Die Beschreibungen der Teilnehmer, was damals genau geschah, sind nur bedingt deckungsgleich und hinterlassen aufgrund ihrer Knappheit Lücken. Aber genau das bietet ideales Futter für die Phantasie von Autoren und Regisseuren... So beginnt der Horrorklassiker *Frankensteins Braut* (1935) mit diesem Treffen: Shelley und Byron lauschen der jungen Mary Wollstonecraft beim Erzählen ihrer Monstergeschichte. *Gothic* (1986) und *Schwarzer Sommer* (1988) präsentieren die Zusammenkunft als psychodelischen Horrortrip, als aus dem Ruder gelaufenes Experiment. Der Sci-fi-Horror-Mix *Roger Corman's Frankenstein* (1990) lässt die Monster nicht allein in der Phantasie jener Nacht, sondern real entstehen – und zusätzlich einen Riss im Raum-Zeit-Gefüge. Reinhard Kaisers Roman *Der kalte Sommer des Doktor Polidori* (1991) schildert die

Ereignisse in der Villa Diodati aus der Perspektive des unglücklichen Arztes. Tom Hollands Buch *Der Vampir* (2007) zeigt Byron gleich als reale Figur, und in Federico Andahazis *Lord Byrons Schatten* (1998) erfährt man, dass der Autor den Vampir nicht erfunden, sondern diese Idee gegen sexuelle Dienstleistung bei einer jungen Dame gekauft hat.

Die geköpften Adeligen kehren als Vampire zurück.

Keiner der Psychonauten des 16. Juni erlangte hohes Alter. Polidori litt unter der unerwiderten Liebe zu seinem Arbeitgeber Byron, der ihm den Spottnamen «*Polli-Dolly*» verpasste. Zwar erlebte der Arzt den Erfolg seiner Novelle, aber niemand glaubte an seine Urheberschaft. Alle Welt hielt sie für ein Werk Byrons. Von Depressionen gequält, beendete der ständig Unterschätzte sein Leben im Alter von 25 Jahren mit einer Dosis Blausäure. Der ausgebrannte Byron dagegen suchte neue Erfüllung im Kampf. Als Fan hellenistischer Kultur verteidigte er Griechenland gegen die türkische Besatzung und fiel als 36-Jähriger. Goethe gönnte dem verstorbenen Kollegen als Euphorion einen kurzen Gastauftritt in *Faust II*. Percy Shelley ertrank mit 29 Jahren bei einer Bootstour, seine Frau Mary Wollstonecraft starb 53-jährig an einer nicht eindeutig diagnostizierten Krankheit. Lediglich Marys Halbschwester, Claire Clairmont, erreichte ein hohes Alter, sie wurde 80. Aufgrund der Kurzlebigkeit fast aller Beteiligten glaubt Mary Wollstonecraft in dem Film *Rowing with the Wind* (1988), sie habe in dieser Nacht tatsächlich ein Monster kreiert. Einen unsichtbaren Dämon, der ihre drei Gesprächspartner getötet habe... ■

Noch ein Monster

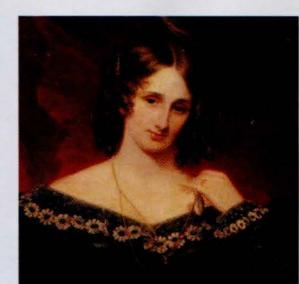


An jenem 16. Juni 1816, an dem die Zusammenkunft der Autoren am Genfer See stattfand, schließt im fernen England die gut sechs Monate alte, uneheliche Tochter des Lord Byron: Ada Byron Lovelace. Schon sehr bald, 1843, würde sie, als junge Mathematikerin, ein komplexes Lochkarten-Programm für ihre Analytical Engine entwerfen: eine Maschine, die nicht nur rechnen, sondern auch die «Fähigkeit zur Erkenntnis analytischer Verhältnisse oder Wahrheiten» (Ada Byron) besitzen sollte. Damit gilt die junge Frau heute als Visionärin und Wegbereiterin des Computers – in den 1970ern wurde die Programmiersprache Ada nach ihr benannt. So setzte auch sie, wie ihr Vater, ein Monster in die Welt, dessen Einfluss auf den Menschen der Moderne weiterhin zunimmt, in jeden Existenzbereich, in die Tiefen des Mikro- und Makrokosmos, in den Körper und die Persönlichkeit von uns allen eindringt – und nicht mehr zu bremsen ist.

Ada Byron Lovelace (1815–1852).
Foto: Public domain, Wikimedia Commons



Villa Diodati am Genfersee.
Foto: The British Library Board



Mary Wollstonecraft Godwin, spätere Shelley (1831). Foto: Public domain, Wikimedia Commons

Agenten in der Sauna

von Helmut Roewer

Meisterspione des 20. Jahrhunderts, ein Nachtrag: Warum viele Hans-Dietrich Genscher auf der Gehaltsliste des KGB sahen und warum das nicht stimmen kann. Einige persönliche Beobachtungen.



Spiegel-Titel nach der Guillaume-Affäre 1974: Das Magazin mutmaßte damals, dass der Kanzleramtsespion «nächstens über die Glienicker Brücke ausgetauscht» wird. Foto: Der Spiegel

Genscher mit Bundeskanzler Helmut Schmidt am 25. November 1980 im Bundestag. Zu diesem Zeitpunkt war das Verhältnis zwischen SPD und FDP bereits weitgehend zerstört. Foto: APA/EPA/Egon Steiner

Es klang wie ein Scherz: Ausgerechnet am 1. April starb in seinem Haus in Wachtberg bei Bonn Hans-Dietrich Genscher, den die Leute in meinen Bonner Dienstjahren als Genschman zu bezeichnen beliebten und den sie spöttisch den Außenminister auf Lebenszeit nannten. Zwei Fälle sind mir erinnerlich, in denen Genscher die nachrichtendienstliche Hauptperson war. Der eine spielte Anfang der 1970er Jahre, der andere 1988/89.

Als der Sachse 1969 die Führung des Bundesinnenministeriums (BMI) übernahm, war die erste sozial-liberale Koalition aus der Taufe gehoben worden, an deren Spitze zur Überraschung des vermeintlichen Wahlsiegess der CDU der SPD-Vorsitzende Willy Brandt trat. Viele erschien dies wie ein Signal zum Aufbruch. Es roch irgendwie nach Fortschritt und ewigem Sonnenschein, und die Ära Adenauer & Co. der damals noch konservativen Christunion war vorbei.

Kommissar Computer

Der Regierungswechsel hatte zunächst keinen Einfluss auf die gute wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik. VW baute noch mehr VW, Rheinmetall den Exportschlager Leopard und IBM und Nixdorf Computer. Alle Branchen schrieben hartnäckig wei-

ter schwarze Zahlen. Das ermöglichte viele wunderbar erscheinende und teure staatliche Reformen. Bei so viel Fortschritt mochten auch die Sicherheitsbehörden nicht zurückstehen. Zwei der größten, das Bundeskriminalamt (BKA) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), fingen an, auf die elektronische Datenverarbeitung zu setzen. Während man beim BKA alsbald vom Kommissar Computer träumte, waren die Ansätze des BfV geradezu bescheiden. Man betrieb die Entwicklung einer sogenannten Findex-Datei, die das zwar wirksame, aber platz- und arbeitsaufwändige System ersetzen sollte, das auf gigantischen Karteikarten-Beständen beruhte.

Bald zeigten sich jedoch die ersten Pferdefüße der neuen Technik. Ein Computer kann nur das, was man ihm vorher gesagt hat. Ob ein vom Hörensagen bekannter Jupp Schmitz aus Köln-Nippes in einer Datei Josef oder Joseph Schmitz oder, schlimmer noch, Schmidt, Schmitt oder Schmied oder sonst wie geschrieben werden muss, das weiß der Rechner nur, wenn man ihm vorher diese Varianten beigebracht hat. Die Rechercheure an den Karteikästen hatten das besser gekonnt, denn sie lernten aus ungezählten Fehlversuchen dazu. Der Computer dagegen konnte nichts dazulernen, jedenfalls damals nicht.

Genschers Name taucht in zahlreichen Akten der Spionageabwehr auf.

Das änderte sich mit einem Schlag, als ein kluger Selfmademan im BfV ein Programm entwickelt und zur Anwendungsreife gebracht hatte, das Namensvarianten erkennen und zuordnen konnte, die sogenannte Kölner Phonetik. Sie wurde bald zum lukrativen Verkaufsschlager des Bundes, denn das Problem unterschiedlicher Schreibweisen machte vielen anderen auch zu schaffen, egal ob in der öffentlichen Verwaltung, in Versicherungen, in Banken und wo auch immer man mit großen Personendatenbeständen hantierte.

Selbstredend war es nun Sache des Innenministers, sich bei so viel Fortschritt ins rechte Licht zu rücken. Also besuchte er das BfV, das damals noch hinter Stacheldraht an der Inneren Kanalstraße in Köln zu Hause war. Der FDP-Mann verhielt sich nicht anders als jeder andere Neugierige auch. Er sagte: «Geben Sie mal Genscher ein.» Ehe man sich versah, füllte sich der Bildschirm mit grün leuchtenden Hieroglyphen.





Der erbleichende BfV-Chef Günter Nollau versuchte, das Dargebotene mit seinem Hintern zu verdecken und sprach von einer Betriebsstörung. In Wirklichkeit war folgendes passiert: In Windeseile hatte der Computer aus der Findex-Datei die Aktenzeichen von allen Dokumenten herausgesucht, in denen der Name Genscher vorkam; das waren sehr viele, und alle begannen mit einer römischen Vier, kamen also – wie peinlich! – von der Abteilung Spionageabwehr!

Geschüttelt oder gerührt?

Der zweite Fall spielte Ende der 1980er Jahre in der Bonner Rheinaue, wo die US-Botschaft ihr Zuhause hatte. Dorthin wurde bestellt, wer von den Amerikanern so etwas wie Weisungen entgegenzunehmen hatte, selbst wenn diese nicht so hießen. Das galt auch für die Wünsche des CIA-Residenten und seiner Crew. Die Getränke wurden in großen Gläsern verabreicht, deren wesentlicher Inhalt neben dem Alkoholischen unzählige Eiswürfel waren.

Das war nicht nach jedermann's Geschmack. Der damalige Abteilungsleiter Innere Sicherheit im BMI, Gerhard Heuer, trank gerne mal ein Bier – doch Bier mit Eiswürfeln, das verabscheute er. Demzufolge mussten ihn öfter mal jüngere Kräfte vertreten, insbesondere wenn es um Besprechungen im Heiligtum der US-Botschaft ging. Das war die Sauna, von der behauptet wurde, sie sei abhörsicher. Auf jeden Fall konnte man schlecht ein Aufzeichnungsgerät mit hineinnehmen, wenngleich die deutschen Gäste nicht ohne Befremden bemerkten, dass ihre Gastgeber auch in der Schwitzkabine Badebekleidung zu tragen pflegten.

Bei einer dieser Besprechungen, es war 1988 oder 1989, ließen die CIA-Boys die Katze aus dem Sack: Außenminister G. sei ein Mann der Russen. Von ihm mussten Informationen stammen, die ihnen heilig waren und die sie zuvor der Bundesregierung nur unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt hatten, etwa Erkenntnisse über den russischen Erzfeind. Für die Yankees stand fest: Der Mann mit dem gelben Pullover gab diese Dinge weiter.

Doch dem war nicht so – er wurde nur abgefischt. Und zwar so: Die Agenten von Erich Mielke, dem Chef des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit, hatten ein dichtes Abhörsnetz über die Bundesrepublik gelegt. Ihre Systeme waren damals auf dem neuesten Stand der Technik und sie konnten ausnutzen, was im Westen als der letzte Schrei des Fortschritts galt, nämlich das Telefonieren über Richtfunk – ein Verfahren, das die Post als kabel- und kostensparend pries. Doch was da durch die Luft flog, konnte auch die Stasi mit hören.

Genscher telefonierte gern und viel. Schon vor ihm hatten sich etliche aus der großen Politik wenig Zurückhaltung auferlegt, wie beispielsweise die Herren Roosevelt und Churchill: Zwischen 1940 und 1944 sprachen sie, zum Entzücken von Hermann Görings Abhörbehörde («das Forschungsamt»), bei ihrem transatlantischen Telefongeplauder Klartext miteinander. Waren damals der beliebte Generalfeldmarschall und sein Führer Nutznießer dieses Plauderfleißes, so nunmehr Mielke und sein Parteichef Erich Honecker. Von Ost-Berlin ging die heiße Ware ungesäumt nach Moskau weiter. Und was dort unterwegs war, hörten wie-

Hans-Dietrich Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Jiri Dienstbier bei der symbolischen Öffnung der Grenze zu Bayern am 23. Dezember 1989.

Foto: CTK, Jiri Berger

In der Sauna ließen die Yankees die Katze aus dem Sack.

Helmut Roewer (*1950) arbeitete bis Anfang der 1990er Jahre im Sicherheitsbereich des Bundesinnenministeriums, zuletzt als Ministerialrat, und war von 1994 bis 2000 Chef des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz.

Genschman fliegt

«1989 erschien in der Satirezeitschrift *Titanic* der erste Genschman-Comic. Der Außenminister rettete darin als merkwürdig unformige Version von Batman die Welt. Sein hautenger Superhelden-Anzug war schwarz-gelb, die Farben der Koalition im Bundestag. Über dem Gürtel schwabbelte ein ordentlicher Politikerbauch. Und zum Fliegen brauchte er keinen technischen Schnickschnack: Er flog mit seinen gewaltigen Ohrenlappen. Genschman sah aus wie eine depressive, dicke Mickymaus mit Cape. Seine Gegner: „die Kröte“ Franz Josef Strauß und – an Stelle des Jokers – „der Wai-gel“.» (*Süddeutsche Zeitung*, 24.2016)

Genschman-Comic. Foto: *Titanic*

Anzeige

derum die Amerikaner mit. Mit der angeblichen Spionage Genschers für die Russen hatte das somit alles nichts zu tun.

Globalist Genschman

Was war nun aber mit dem Verdacht gegen den Außenminister im Zusammenhang mit den Akten der Kölner Spionageabwehr, die so unglaublich oft seinen Namen erfasst hatte? Genschner war in Halle an der Saale aufgewachsen. Seit 1945 lag dieser Teil Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone, die später DDR hieß. Hier in Halle studierte er, hier trat er in die LDPD, eine der Blockparteien, ein, und von hier floh er 1952 in den Westen. Das taten auch ungezählte andere – und unter diesen war so mancher, der einen Spionageauftrag im Gepäck hatte.

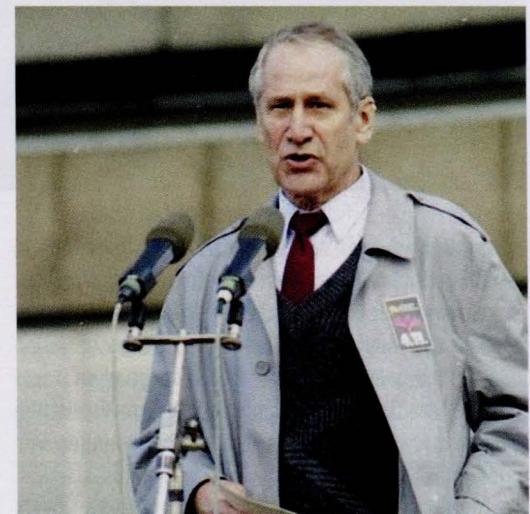
Die Stasi fischte Genschner über Richtfunk-Telefonie ab.

Genschner behielt zahlreiche Kontakte in die alte Heimat bei. Er machte Besuche, die der Bundesgrenzschutz registrierte. Flüchtlinge und Ausreisende berichteten über ihn, die Außenstellen des BfV in den Übersiedler-Einrichtungen notierten das. So kam es zu den Aktenvermerken der Spionageabwehr, aber das machte noch keinen Agenten aus ihm. Ein Agent namens Genschner ist meines Wissens nie ans Licht gekommen.

Und selbst die hartnäckigsten Fans der These vom Spion auf dem Sessel des Außenministers müssen unterm Strich einräumen, dass der Sachse zwar eine Traumbesetzung gewesen wäre, aber das Ergebnis doch allzu jämmerlich ausfiel. Genschner tat nicht nur

nichts, was seinem vermeintlichen Auftraggeber, der Sowjetunion, hätte nützlich sein können, sondern, ganz im Gegenteil, wirkte daran mit, dass diese von der Bildfläche verschwand.

Zum letzten Mal hörte ich von solchen Gerüchten, als Genschner im Jahre 1992 überraschend von seinem Amt zurücktrat. Jetzt wussten die Verdachtschöpfer, diesmal nun endgültig sicher, er habe seiner Enttarnung zuvorkommen wollen. Klingt das plausibel? Nein. Falls er überhaupt einen Standpunkt hatte, war er, soweit ich das überblicken kann, der Prototyp des Globalisierers. Er gehörte einschlägigen Gremien und Vereinigungen an, und noch 2003 rief er nach dem Angriffskrieg gegen den Irak die Europäer zur Einigkeit mit den USA auf. Verhält sich so ein sowjetischer Einflussagent? Wohl kaum. ■



Für den Chef der DDR-Auslandsaufklärung Markus Wolf erzielte der Kanzlerspion Guillaume einen der größten Erfolge. Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1104-431/Peer Grimm/CC-BY-SA 3.0/Wikimedia Commons

COMPACT Reise ©**Auf den Spuren des Alten Fritz in Schlesien**

Der Spätsommer wird spannend! Schließen Sie sich vom **28.09. bis 02.10.2016** unserer kulturhistorischen Studienreise durch Schlesien an: Vom Riesengebirge über das Glatzer Land bis nach Breslau folgen Sie den Spuren des Preußenkönigs und entdecken neben prächtigen Adelsschlössern auch beeindruckende Festungen und bedeutende sakrale Bauwerke.

Reisepreis: ab € 895,-

COMPACT-Abonnenten erhalten 10% Rabatt!

Info & Anmeldung

reise@compact-magazin.com

reise.compact-magazin.com

Tel. 03327-5698611

Kultur und Geschichte hautnah erleben!

**Jetzt
Anmelden!**



Unsere Helden _ Arminius

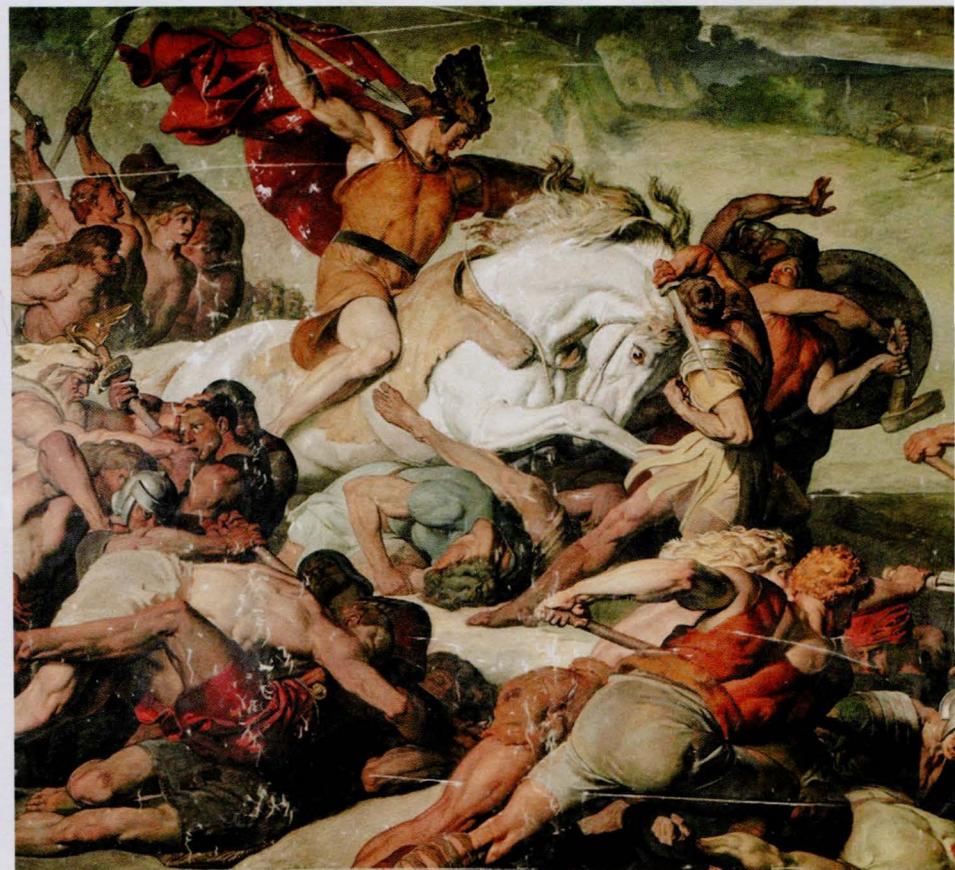
Vom ersten deutschen Helden kennen wir kurioserweise nicht seinen germanischen Eigennamen. In die Geschichte ist nur jener Name eingegangen, den ihm seine Förderer und späteren Gegner verliehen: Arminius. Eine patriotische Legende im 19. Jahrhundert machte daraus «Hermann» der Cherusker – ein etymologischer Unsinn.

Wann wurde er geboren? Die Forschung schwankt zwischen 19 und 17 vor Christus. Gewiss ist er der Sohn des Sigimer, eines Cheruskers, den die Römer als «princeps gentis eius» (Vorstand seines Stammes) bezeichneten. Bei den wechselhaften Kämpfen um Germanien, die schon seit Caesars Zeiten tobten, war es üblich, dass in Friedensperioden die einheimischen Fürsten Geiseln aus ihrer Familie nach Rom schickten, gleichsam als Garantie für künftiges Wohlverhalten.

Arminius kam mit seinem Bruder (wir kennen von ihm auch nur den römischen Namen Flavus, «der Blonde») wohl im Alter von zehn Jahren an den Tiber und trat als Jüngling in die römische Armee ein. Dort befehligte er germanische Hilfstruppen und lernte auf mehreren Feldzügen im Donauraum viel über die Strategie und Taktik der Legionen. Ebenso beobachtete er das arrogante und grobe Agieren von römischen Beamten, Zolleintreibern und Geldwechslern. Die Besatzer benahmen sich so wie heutzutage Brüssels Eurokrate gegenüber den Nationalstaaten. «Sie trachteten danach, die Germanen zu anderen Menschen zu machen und ihnen Vorschriften zu geben, so als ob sie schon geknechtet wären; schließlich wollten sie gar Geldzahlungen von ihnen wie von Untertanen», berichtet der antike Geschichtsschreiber Cassius Dio.

Wahrscheinlich im Jahre 8 nach Christus kehrte Arminius in sein cheruskisches Stammesgebiet (Westfalen und Teile Niedersachsens) zurück. Ein Zeitgenosse, der ihn offenbar persönlich kannte, der Schriftsteller Velleius Paterculus, beschreibt den Germanen als Mann «von persönlicher Tapferkeit, rascher Auffassungsgabe und einer bei Barbaren ungewöhnlichen Entschlossenheit». Dem charismatischen Heerführer gelang es, etliche der notorisch zerstrittenen Stämme, darunter Bruker, Chatten und Marser, zu einer groß angelegten Offensive gegen das Imperium zu verbünden.

Unbemerkt vom römischen Statthalter Quintilius Varus, formierte Arminius seine Truppen in der Nähe des Teutoburger Waldes. Hier wurden im Jahre 9 die Legionen in einem drei Tage währenden Kampf vernichtet geschlagen. Von 20.000 Mann kam kaum einer mit dem Leben davon. Das Prestige des Weltreiches war empfindlich getroffen, Kaiser Augustus



musste reagieren. Er entsandte seinen besten Kommandeur Claudius, genannt «Germanicus» (im Sinne von: Germanenbesieger), in das Gebiet zwischen Weser und Elbe. Mit seinen zahlenmäßig weit überlegenen Truppen errang er einige Teilerfolge – allerdings unter so hohen Verlusten, dass man in Rom schon eine Wiederholung des Varus-Debakels fürchtete. Das Ziel, die Germanen endgültig zu unterwerfen, konnte nicht erreicht werden.

In seinen Annalen vermerkt der römische Historiker Tacitus über Arminius: «Er war ohne jeden Zweifel der Befreier Germaniens (...), in einzelnen Schlachten nicht immer erfolgreich, aber im Krieg unbesiegt.» Unbesiegt, tatsächlich – denn vor genau 2000 Jahren befahl Roms Kaiser Tiberius die Einstellung sämtlicher Kampfhandlungen. Das Imperium ging an Rhein und Donau zur Defensive über und schützte seine Grenzen durch den Limes-Wall.

Und so reimte im Gedicht «Lied des Römers» der sächsische Lyriker Albert Möser Ende des 19. Jahrhunderts:

«Ein hehres Volk! Mir sagt ein Ahnen:
Das jetzt uns schlug im Eichenwald,
Das Volk blondlockiger Germanen
Es naht Italiens Fluren bald.» ■

Im 19. Jahrhundert wurde Arminius zum nationalen Mythos der Deutschen. Foto: Peter Janssen, Public domain, Wikimedia Commons

Arminius zwang die Römer zum Rückzug hinter Rhein und Donau.

Der Historiker Jan von Flocken ist Autor zahlreicher Bücher. Zuletzt erschien im Kai-Homilius-Verlag «Der Fluch des Tempelritters» (264 Seiten, 19,95 Euro, 2012).

Ehrlicher Journalismus in Zeiten der Lüge

**Neu: COMPACT
Jahres-DVDs**

Das komplette COMPACT-Jahr – erstmals auf DVD! Jede DVD enthält alle 12 Ausgaben eines Jahrgangs als PDF. So kommen Sie doch noch an COMPACT-Ausgaben, die im Shop längst vergriffen sind.

€ 29,95 zzgl. Versand

COMPACT-Abonnenten zahlen günstige € 12,95 zzgl. Versand



Abo-Pin

Die Anstecknadel für Abonnenten.
Gut zu tragen am Blazer, dem
Anzug oder am Kostüm.

€ 9,95,- zzgl. € 3,- Versand

**Bestellen und abonnieren
Sie COMPACT-Magazin und
unsere Sondereditionen unter
shop.compact-magazin.com**

**Exklusiv für
Abonnenten**

Mut zur Wahrheit **COMPACT**
MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

BRD-Sprech _ Breites Bündnis

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht irgendwo in diesem Staat ein «breites Bündnis» proklamiert wird, das sich dagegen richtet, dass Anhänger des Nationalstaates oder eines konservativen Christentums, neuerdings vor allem die der AfD, ihre Meinung sagen, dafür auf die Straße gehen oder sich auch nur in einem Saal versammeln können. In aller Regel rufen die Initiatoren solcher «Bündnisse» – keineswegs nur Linksradike, sondern auch Politiker etablierter Parteien – zu diesem Zwecke zum Rechtsbruch auf, billigen oder verharmlosen ihn.

Kein Wunder, dass der, der solches plant, es nötig hat, die «Breite» seines «Bündnisses» zu betonen, um die Qualität seines Handelns – nämlich seine Illegalität – durch die Quantität der Gleichgesinnten zu rechtferigen (mit der es in Wahrheit freilich meist auch nicht weit her ist). Mit einem liberalen Demokratieverständnis, zu dem – und zwar zentral! – das Recht auf Dissens gehört, hat eine solche Einstellung nichts zu tun. Es handelt sich vielmehr um ein jakobinisches beziehungsweise bolschewistisches Demokratieverständnis, wonach es gegenüber einer – womöglich nur finanzierten oder usurpierten – volonté générale kein Recht auf Dissens gebe.

Einen gewissen Wahrheitsgehalt wird man der Formulierung «breites Bündnis» meist nicht absprechen können: Sie haben zwar nicht viele Anhänger, wohl aber reicht die Unterstützerszene von der äußersten Linken bis hin zu den bürgerlichen Parteien, das heißt, es herrscht ein Konsens der Aktivisten und Funktionäre scheinbar unterschiedlichster politischer Richtungen darüber, die Entstehung erfolgsträchtiger politischer Konkurrenzorganisationen nicht mit dem legitimen Mittel des Arguments, sondern mit den ganz und gar illegitimen Mitteln von Rechtsbruch, Nötigung und Gewalt zu verhindern. Wenn es gegen rechtsoppositionelle Kräfte geht, passt kein Blatt zwischen Gewerkschaften und Industrieverbände, Linkspartei und CDU, Autonome und Konzernherren, Taz und FAZ – ein breites Bündnis in der Tat.

Hauptprofiteure dieser Praktiken sind in erster Linie die Unionsparteien – die sich auf diese Weise bis vor Kurzem missliebige Konkurrenz vom Hals zu halten wussten – und folgerichtig auch die hinter diesen Parteien stehenden Interessengruppen.

Dabei versteht es sich von selbst, dass die feinen Damen und Herren der bürgerlichen Parteien nicht selbst zum Pflasterstein greifen, sondern diese Schmutzarbeit den bewährten Kräften der linksextremen Szene überlassen. Die wechselseitige Polemik der vermeintlichen Todfeinde dient lediglich dazu, den für



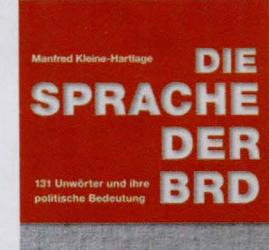
Die Parolen sind meist linksradikal, aber dennoch rufen die etablierten Parteien, deren Vorfeldorganisationen und staatsnahe Gewerkschaften zu den Demos auf. Foto: picture alliance/NurPhoto

beide Seiten immerhin peinlichen Sachverhalt unter den Teppich zu kehren, dass die extreme Linke als nützliche SA der Bourgeoisie auftritt.

Die extreme Linke tritt als SA der Bourgeoisie auf.

Das Schlagwort «breites Bündnis» umschreibt mitin ein in der Verfassung nicht vorgesehenes Macht-kartell politischer Kräfte, die sich selbst das Kollektivmonopol auf die Ausübung politischer Rechte und Wahrnehmung politischer Interessen zusprechen und sich zu diesem Zweck schon einmal über das Gesetz hinwegsetzen. Es bedarf hierzu nicht einmal irgendwelcher Absprachen: Die jeweiligen Partikularinteressen relativ kleiner, geradezu winziger Akteursgruppen führen ganz von alleine dazu, zwischen ihnen das zustande zu bringen, was sie dann ein «breites Bündnis» nennen. ■

Mitte der Gesellschaft | multikulturell
rechts, Kampf gegen | Sexismus | Stämme | Verhöhnung der Opfer | Vielfalt | Weltwoffen | Willkommenskultur | Ziv



Verlag Antaios, 240 Seiten, gebunden, 22,00 Euro (Bestellung über antaios.de). Foto: Verlag

Manfred Kleine-Hartlage ist Publizist und Diplom-Sozialwissenschaftler. Regelmäßig veröffentlicht er kritische Beiträge auf seinem Blog [«korrektheiten.com»](http://korrektheiten.com). Sein aktuelles Buch «Die Sprache der BRD – 131 Unwörter und ihre politische Bedeutung», 2015 im Verlag Antaios erschienen, liefert die Vorlage für diese COMPACT-Serie.

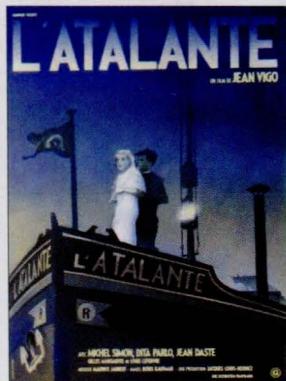
Harzheims Klassiker *_ L'Atalante*



«L'Atalante» (1934): Juliette (Dita Parlo) fährt als leuchtender Engel über den Styx. Foto: Filmverleih

Die frisch vermählte Juliette läuft über das Deck des Binnenfrachters *L'Atalante*, ihrem künftigen Zuhause. Neugierig schaut sie sich um. Das weiße Hochzeitskleid leuchtet in der Nacht. Als wäre sie ein Lichtwesen, das sich im Dunkel verirrt hat...

Sogar der strenge Filmkritiker Rudolf Arnheim zeigte sich 1934 von dieser Szene begeistert. Aber nicht nur von ihr, sondern vom ganzen Film – von dessen Zauber, den man später als «poetischen Realismus» bezeichnen würde. Dabei war die Handlung maximal einfach: Die Dorfschönheit Juliette heiratet den jungen Jean. Der nimmt sie mit auf seinen Frachter. Ein Roadmovie beginnt, aber nicht auf Asphalt, sondern auf Wasserstraßen. Als beide in Paris an Land gehen, lockt das wilde Leben. Juliette verschwindet. Zunächst wütend, dann traurig, setzt Jean die Fahrt alleine fort. Bald vergehen beide vor Sehnsucht. Bis sie sich, nach vielem hin und her, endlich wieder in die Arme fallen. Eine kleine Geschichte über den Traum von Freiheit, Fernweh, Liebe, wenigstens einem Platz im Leben. Kommerziell war *L'Atalante* ein Flopp. Nach dem Zweiten Weltkrieg aber kam die Wiederentdeckung: Kritiker zählen ihn seitdem zu den besten Filmen aller Zeiten.



Die Liebespose auf dem Schiffsbug, 62 Jahre später durch «Titanic» (1997) weltberühmt geworden: hier als Low-Budget-Version, aber mit viel tieferer Emotionalität. Foto: Screenshot Youtube

Harald Harzheim ist der Filmklassiker von COMPACT.

Miguel Almereyda – «Almereyda» ist ein Anagramm für «y'a la merde!» (Hier ist Scheiße!) – verbrachte er seine Kindheit ständig auf der Flucht. Sein früher Dokumentarfilm *A propos de Nice* (1929) ist eine schrille Satire über die Oberklasse in Nizza. *Cero de Conduit* (1933) themisierte eine Internatsrevolte und wurde wegen Subversion verboten. Beide besitzen noch eine Angriffslust, die man aus den Schriften von Vigos Vater kennt. In *L'Atalante* hingegen ist die Revolte sanft geworden – aber nicht weniger effektiv: Das Paar entzieht sich, verflüssigt sich. Beide sind, weil ständig unterwegs, für die Konvention und Machtstrukturen kaum greifbar, denen die Sesshaften unterliegen.

In diesem Film ist die Revolte sanft geworden.

Der 29-jährige Jean Vigo, unheilbar an Tuberkulose erkrankt, ruinierte sich für seinen ersten Langfilm *L'Atalante* endgültig. Auch das Klima an den Drehorten setzte ihm zu. Zuletzt gab er Regieanweisungen von der Tragbahre. Kurz nach Fertigstellung starb der Regisseur. Vor diesem Hintergrund erscheinen der Fluss im Film wie der Styx, über den man der griechischen Sage nach in den Hades kommt. ■

Sein Regisseur, Jean Vigo, war ein Leben auf der Straße gewohnt. Als Sohn des Anarcho-Publizisten

Mut zur Cover- und Werbemittel-Gestaltung!

COMPACT sucht einen Art Director (m/w)

Gehe mit uns
auf Erfolgskurs.
Werde ein Teil
der starken
Marke COMPACT!

Fünf Jahre COMPACT-Magazin!
Fünf Jahre Mut zur Wahrheit!

Seit im Dezember 2010 die erste Ausgabe am Kiosk lag, ist die Leserschaft rapide gewachsen. Konkurrenten wie *Cicero* oder der *Freitag* hat COMPACT inzwischen längst abgehängt und ist somit eine ernstzunehmende Größe in der deutschen Medienlandschaft geworden. Genau deshalb brauchen wir Dich!

Als Art Director (m/w) auf fest-freier Basis bringst Du unsere klare Kante visuell auf den Punkt. Du agierst als Schnittstelle zwischen Chefredaktion und Heft-Layout, übernimmst die Covergestaltung der COMPACT Print-Titel von der Ideenfindung bis zur Umsetzung, beurteilst die Qualität der redaktionellen Fotos und hilfst bei der Beschaffung von Bildmaterial.

Zudem unterstützt Du unser Team bei der Gestaltung der COMPACT-Werbemittel in den Bereichen Print, Dialog, Literatur und Online.

Wenn Du ein Studium im Bereich visuelle Kommunikation, Grafikdesign oder Kommunikationsdesign abgeschlossen hast, mindestens drei Jahre Berufserfahrung in einer vergleichbaren Position auf Agentur- oder Verlagseite vorweisen kannst, die gängigen Adobe CC Programme (InDesign, Photoshop, Illustrator) beherrschst und darauf brennst, in Zeiten der Lügen ehrlichen Journalismus voranzutreiben, freuen wir uns auf Deine Bewerbung per E-Mail inklusive Honorarvorstellung und frühestmöglichem Eintrittstermin.

verlag@compact-magazin.com

COMPACT 
MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

COMPACT Spezial C

MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Sonder-Ausgabe Nr. 9 | 8,80 EUR (D) compact-online.de

ZENSUR in der BRD

Die schwarze Liste
der verbotenen
Autoren

9,90 Euro (A), 13 sFr (CH)

Das Lügenkartell gegen Eva Herman, Akif Pirincci, Matthias Matussek, Nicolaus Fest, Gerhard Wisnewski, Elmar Hörig, Frieder Wagner, Michael Vogt, Jürgen Elsässer, Ken Jebsen, Jan van Helsing.

Einzelheft oder SPEZIAL-Abo unter Tel: 03327-569 86 11 · Fax: 03327-569 86 17
abo@compact-magazin.com · shop.compact-magazin.com